

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis halbjährlich 1.20 RM, monatlich 0.20 RM, vierteljährlich 0.60 RM, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnements 1.20 RM pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Ostpreußen, Schweden und die Schweiz.
 Original folgt.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 96-151 97.

Wittwoch, den 3. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 96-151 97.

Die irische Revolution.

Nach und nach dringen nähere Nachrichten bezüglich der Erhebung der irischen Revolutionäre in Dublin über den englischen Kanal herüber. Daß die im englischen Ober- und Unterhaus von Lord Lansdowne, Asquith und Birrell, dem Staatssekretär für Irland, abgegebenen Erklärungen geschnitten und auf Vertuschung der Dubliner Vorgänge berechnet waren, ergab sich schon aus ihrer ganz unbestimmten, mit der Topographie Dublins schlecht übereinstimmenden Fassung. Versichert wurde, daß der Aufstand nur ganz geringe Bedeutung hätte, dabei aber nebenher erwähnt, daß die Aufständischen nicht nur das Dubliner Kastell, den Sitz des Vizekönigs, zu stürmen versucht, sondern zwei Bahnhöfe im Stadtzentrum, St. Stephens Green, die öffentlichen Gebäude am College Park (darunter das Trinity College), die Post von Irland und das Hauptpostamt besetzt hielten. Daraus ergab sich, daß die Aufständischen in den Ostertagen nicht nur das eigentliche Stadtzentrum südlich des Liffey-Flusses bis hinunter zur Hartcourt Street-Station, sondern auch einen Teil der nördlich der großen O'Connell-Brücke gelegenen Geschäftsgegend an der Sackville-Straße in Besitz gehabt haben. Dieses Stadtgebiet hat aber eine Ausdehnung die ungefähr der jenes Berliner Stadtteils entspricht, der von den Linden (vom Schloß bis zum Brandenburger Tor), der Königgräber Straße, Prinz-Albrecht- und Zimmerstraße, Lindenstraße, Dönhofsplatz, Spittelmarkt, Gertrauden- und Brüderstraße eingeschlossen wird. Und dieses innere Stadtgebiet sollen kleine Haufen bewaffneter Aufständischer tagelang gegen mehrere Regimenter verteidigt haben, die zwar zunächst nur mit Maschinengewehren, dann aber auch mit großen Geschützen arbeiteten und überdies durch ein Kanonenboot auf dem Liffey unterstützt wurden? Wer das den Herren Birrell und Lansdowne glaubt, muß wirklich einen sehr starken Glauben haben. Neuerdings wird denn auch die Zahl der Revolutionäre, die an den Straßenkämpfen in Dublin teilgenommen haben, auf zehn- bis zwölftausend geschätzt. Wie weit das richtig ist, läßt sich von hier aus natürlich nicht beurteilen — jedenfalls dürfte diese Ziffer besser zum Umfang des besetzten Stadtteils stimmen. Uebrigens ist auch heute noch den Redaktionen des neuterschen Bureaus, der „Times“ und der „Daily Mail“ nur geringer Wert beizumessen, denn diese Meldungen verfolgen ersichtlich bestimmte politische Zwecke. Vor allem sollen sie die anglophile Bevölkerung Amerikas zugunsten Englands beeinflussen. Es ist deshalb auch mit größter Sicherheit darauf zu rechnen, daß schon in den nächsten Tagen in der englischen kapitalistischen Presse alle jene bekannten Schauerermären auftauchen werden, wie sie ähnlich 1871 über die Kommune-Kämpfer und zu Anfang des jetzigen Krieges über Belgien verbreitet worden sind: über Verstümmelung englischer Offiziere und Soldaten, Hinschlachtung kleiner Kinder, wüste Nordbrennereien, Plünderungen, Verwundungen der Museen usw.

Daß die Dubliner Erhebung von der aufgebotenen englischen Militärmacht niedergeworfen wird, heute vielleicht schon niedergeworfen ist, daran ist nicht zu zweifeln; aber damit wäre noch keineswegs die sogenannte „Beruhigung“ Irlands durchgeführt. Wie weit die Revolution im Innern des Landes um sich gegriffen hat, ist aus den ausgegebenen Nachrichten nicht mit Sicherheit zu ersehen. In den Händen der Revolutionäre sollen sich bisher nur Ennisecorby, eine Stadt von ungefähr 6000 Einwohnern in der Grafschaft Wexford, also im Südosten Irlands, ferner Galway (ungefähr 14000 Einwohner) an der Galway-Bucht im Westen befinden. Sonst sollen im Westen nur einige kleinere „Rebellenbanden“ aufgetaucht sein. Diese Meldungen dürften sich voraussichtlich alsbald als ebenso wohl korrigiert erweisen wie die ersten offiziellen Nachrichten über die Dubliner Erhebung. Die radikal-nationalistische irische Bewegung hat gar nicht ihre Hauptstätten in Dublin und Umgebung, sondern im Süden und Westen des Landes, in den alten Provinzen Munster und Connaught, besonders in der Grafschaft Sligo, Mayo und Galway, Kerry und Cork. Allerdings trägt diese radikal-nationalistische oder richtiger fenianische Bewegung in Dublin einen besonders proletarischen Charakter, da sich ihr unter James Connolly Führung ein großer Teil der großstädtischen Arbeiterschaft angeschlossen hat. Selbst dann wenn die Aufstände in Dublin, Galway, Ennisecorby und anderen Ortschaften bald im Blut erstickt werden sollten, ist dennoch mit ziemlicher Gewißheit darauf zu rechnen, daß immer wieder, bald hier, bald dort, von neuem lokale Aufstände losbrechen werden. Der lange zurückgehaltene Groll gegen die englische Bedrückung hat endlich alle Dämme durchbrochen, und die brutale Gewalt, mit der das englische Militär die Aufständischen in Dublin niederkniet, wird schwerlich die Begeisterung für Englands Herrschaft über die grüne Heimatinsel heben.

Freilich an einen schließlichen Sieg der Revolution in Irland ist selbst unter den heutigen Englands Kraft schwächenden Kriegsverhältnissen kaum zu denken. Vielleicht wäre eine Siegesmöglichkeit gegeben, wenn die Iren in den Vereinigten Staaten große Freiwilligen- und Munitionstransporte auszurüsten vermöchten und diese Gelegenheiten fänden in den westlichen Hafenplätzen Irlands zu landen. Solche Landungen wird jedoch nicht nur die englische Flotte zu verhindern wissen, die Wilsonsche Regierung wird auch zweifellos alles derartige

Unterstützungsversuchen der amerikanischen Iren von vornherein energisch entgegengetreten, selbst auf die Gefahr hin, die Unzufriedenheit der Iren mit dem Wilsonschen Regiment noch zu vermehren.

Zudem ist höchstwahrscheinlich, daß die englische Regierung bei der offiziellen irischen Partei, den Redmondisten, offenen Beistand gegen den radikalen demokratischen Flügel der irisch-nationalistischen Bewegung finden wird, sobald Asquith irgendwelche sicheren Garantien dafür bietet, daß das im Herbst 1914 angenommene und vom König bereits sanktionierte, aber infolge des Krieges nicht zur Einführung gelangte Gomerulegesetz alsbald nach Friedensschluß durchgeführt wird. Die irische Nationalistenpartei hat sich seit den Tagen der Michael-Davittschen Landtaggründung (1879) und der späteren unbestrittenen Herrschaft Charles Stewart Parnells merkwürdig gewandelt. Schon in der letzten Zeit der Parnellschenschaft trat gegen ihn innerhalb seiner eigenen Partei eine demokratische und eine gemäßigt-liberale Opposition hervor, die aber von Parnell mit harter Hand niedergehalten wurde. Als dann infolge des Parnell-D'Schealschen Ehebruchprozesses (1890) und der Stellungnahme Gladstones mitamt seines nonkonformistischen Anhangs gegen Parnell sich die irische Parlamentsfraktion in eine Parnellistische und anti-Parnellistische Fraktion spaltete (einer Spaltung, der das Jahr darauf der Tod Parnells folgte), gewann sowohl in der von dem Advokaten John Redmond geleiteten Gruppe als in der abgewandten von dem Journalisten Mac Carthy geführten nationalpatriotischen Partei der gefällige Bourgeoisliberalismus immer mehr die Oberhand. Einer Wiedervereinigung beider Fraktionen standen irgendwelche ernstere Hindernisse kaum noch im Wege, und auf Betreiben Parnells kam es denn auch im Januar 1900 zur Einigung. Die Führung der neuen Nationalistenpartei übernahm nun Redmond, unter dem der Einfluß des wohlhabenden Bürgerturns auf die politische Haltung der irischen Fraktion weitere Fortschritte machte.

Diese Wandlung ist kaum verwunderlich. Die irische Bourgeoisie gelangte mehr und mehr zur Ueberzeugung, daß ihr wirtschaftliches Interesse doch recht eng mit dem der englischen Handels- und Bankkreise verknüpft sei, während sich zugleich infolge der Bodenreform- und Landankaufsgesetze, besonders der Bills von 1896 und 1903, mehr und mehr ein behäbiger Bauern- und Pächterstand herausbildete, der bei dem Abzug seiner Bodenprodukte nach England gute Geschäfte machte. Von einer Losrennung Irlands von England wollten diese gesättigten Schichten nichts mehr wissen. Sie forderten lediglich eine größere Selbstverwaltung, Gomerule, für Irland — zum Teil zu dem Zweck, auf der grünen Insel baldigst eine eigene Großindustrie heranzüchten zu können.

Natürlich blieb die Opposition gegen diese Wandlung nicht aus. Der linke demokratische Flügel der irischen Bewegung geriet in immer schärferen Gegensatz gegen die Redmondische Richtung und nahm die alten Ueberlieferungen des Fenianismus (des alten demokratisch-irischen Verschwörertums) wieder auf. Zugleich erhielt die radikale Richtung, indem das wohlhabende Bauernturn sich von ihr abwandte, dagegen aber die Stadt- und Landarbeiter mancher Gegenden sich ihr anschloß, einen halbproletarischen Charakter. Die Folge dieser Scheidung waren mehrfach heftige Konflikte zwischen den irischen Parteigrößen und den Anhängern der fenianischen Richtung, besonders im Spätherbst 1913 bei dem großen Streik des irischen Transportarbeiterverbandes unter Connollys Leitung. Verschiedene Führer der Redmondpartei traten gegen die Streikenden für die Unternehmer ein.

Diese radikale Gruppe, die die völlige Losrennung Irlands von England und die Errichtung einer demokratischen irischen Republik auf ihre Fahne geschrieben hat, ist es, die jetzt in Irland kämpft; aber wie sehr man auch mit ihren Bestrebungen sympathisieren mag, gebietet doch eine kritische Betrachtung der Dinge offen einzugestehen, daß sie entschieden der schwächeren Seite ist.

Besteht aber wenig Aussicht auf einen Sieg der Radikalen, so kommt doch England der Aufstand in Irland höchst unangenehm. Immer wieder haben in letzter Zeit seine Staatsmänner und seine kapitalistischen Blätter verkündet, England kämpfe im jetzigen Weltkrieg für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen. Gaben schon die Vorgänge in Indien und Ägypten sowie die jüngsten Vorgänge in Griechenland längst bei allen Urteilsfähigen den Glauben an diese kuriose Mär zerstört, so kommt nun die irische Revolution und erinnert eindringlich die Welt daran, wie gerade England vor seiner eigenen Tür eine kleine Nation jahrhundertlang mit einer Brutalität gemißhandelt hat, die in der Geschichte fast beispiellos dasteht. — Zudem aber wird die Folge sein, daß England auf das Rekrutierungsgeschäft in Irland, vielleicht gewisse nördliche Grafschaften ausgenommen, verzichten und in Irland ständig eine größere Truppenmasse bereithalten muß, um einem Wiederaufkommen der Erhebung mit Nachdruck begegnen zu können.

Und auch auf die amerikanische Politik wird der irische Revolutionsversuch nicht ohne Einfluß bleiben. Das irische Element ist in manchen Teilen der Union sehr stark, und in diesem Element hat die auf Abtrennung Irlands von England gerichtete fenianische Richtung einen größeren Anhang als in Irland selbst. Zumeist aber zählen sich diese Iren drüben zur Wilsonschen demokratischen Partei, so daß Herr Wilson sie bei seinen politischen Entschlüssen mit in Rechnung stellen muß.

Seinrich Cunow

Ende des Aufstandes in Irland.

Aussterdam, 1. Mai. (B. Z. B.) Eine englische amtliche Meldung besagt: Alle Aufständischen in Dublin haben sich ergeben, und die Sicherheit in der Stadt ist wieder hergestellt. In den ländlichen Gegenden ergeben sich die Aufständischen fliegenden Truppenabteilungen. In Dublin hatte man gestern (hier fehlt eine Zahl, die in dem Londoner Telegramm durch die vier Buchstaben addd angedeutet ist) Gefangene, von denen 480 nach England gesandt wurden. In Ennisecorby erboten sich die Aufständischen, ihre Führer und die Waffen abzuliefern, falls man der Mannschaft gestatten würde, nach Hause zurückzukehren. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß die Uebergabe bedingungslos sein müsse. Sie ergeben sich jetzt. In den Grafschaften Cork, Clare, Limerick und Kerry herrscht im großen ganzen Ruhe. — Ferner meldet Reuters, daß der Rat der Grafschaft Cork, die größte Gemeindekörperschaft in Irland, einstimmig beschloßen habe, dem König seine Ergebenheit auszudrücken und die Regierung in der Fortführung des Krieges zu unterstützen.

Staatssekretär v. Jagow über die deutsch-amerikanische Krise.

Berlin, 2. Mai. (B. Z. B.) In der Budgetkommission des Reichstages nahm heute der Staatssekretär v. Jagow vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der amerikanischen Frage hätte die Regierung über den Stand der Dinge gern schon heute bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit Mitteilungen gemacht. Die Entscheidung steht jedoch noch bevor. Sobald der Reichskanzler aus dem Hauptquartier zurückgekehrt sei, beabsichtige er, der Kommission nähere Aufschlüsse zu geben.

Deutschland und Amerika.

Frankfurt, 2. Mai. (Z. U.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Berlin: Herr Gerard hat, wie man in Berliner politischen Kreisen erzählt, zweimal beim Kaiser gespeist und Gelegenheit gehabt, unsere Truppen in einem wichtigen Teile unserer Front zu sehen. Er hat Unterredungen mit dem Reichskanzler gehabt und, wie in amerikanischen Kreisen erzählt wird, auch in telegraphischer Verbindung mit Washington gestanden. Ob während der Anwesenheit des Botschafters im Hauptquartier Entschlüssen über die Antwort auf die Wilsonsche Note und damit eine Entscheidung über unser weiteres Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gefallen sind, ist zur Stunde hier nicht bekannt. Die Tatsache allein, daß der Botschafter wieder abgereist ist, bedeutet keinen genügenden Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Frage. Die folgenschwere Entscheidung, die in der Abfassung der Antwort auf die Wilsonsche Note nach den sorgfältigen Erwägungen der nicht nur formell dafür Verantwortlichen erfolgt, und der man in allen politischen Kreisen mit Spannung entgegensteht, kann aber auf keinen Fall mehr lange auf sich warten lassen.

Eine Ansprache Wilsons.

Washington, 1. Mai. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei der Eröffnung eines Uebungslagers für Kriegspflögerinnen sagte Wilson in einer Ansprache: Gott möge verhüten, daß die Vereinigten Staaten jemals in einen Krieg gezogen würden. Wenn das aber doch geschähe, so würden sie sich aus ihren Träumen wachrütteln, bis jeder, der an den Geist der neuen Welt zweifle, einsehen würde, daß sie noch immer ihre Stimme für die Menschlichkeit erheben.

Bulgarisches Dementi.

Sofia, 2. Mai. (B. Z. B.) Die bulgarische Telegraphenagentur teilt mit: Das Blatt „La Suisse“ hat die Nachricht gebracht, daß der bulgarische Gesandte in Wien Tschew und der bulgarische Militärattache in Bern, Oberstleutnant Tschernomawow, in der Schweiz im Einvernehmen mit türkischen Delegierten mit Vertretern der Bierverbandsmächte Friedensverhandlungen pflegten. Die Nachricht entbehrt jeder Begründung. Das Gerücht hat seinen Ausgang von der Reise Tschews und Tschernomawows nach Genf genommen, wohin die beiden Herren sich in Geschäften begeben haben, die weder mit dem gegenwärtigen Kriege noch mit dem zukünftigen Frieden im Zusammenhang stehen.

Neue Verhandlungen wegen der Durchfahrt der serbischen Truppen.

Paris, 2. Mai. (B. Z. B.) Sabas meldung. „Petit Journal“ erfährt aus Athen, daß es unrichtig sei, daß die Verhandlungen betreffend die Durchfahrt der serbischen Truppen durch Griechenland durch die ablehnende Antwort Stuludis beendet seien. Die Unterhandlungen werden fortgeführt.

Griechischer Protest gegen die Verhaftung des deutschen Konsuls.

Athen, 2. Mai. (W. Z. B.) Vom Vertreter von W. Z. B.) Wie verlautet, hat die griechische Regierung dagegen Einspruch erhoben, daß die Engländer den deutschen Konsul in Drama Auenher bei Serres verhaftet haben.

Bern, 2. Mai. (W. Z. B.) Nach Meldungen französischer Blätter ist der verhaftete deutsche Konsul in Drama nach Malta gebracht worden.

Die griechische Regierung bedauert den Bombenanschlag gegen die bulgarische Gesandtschaft.

Sofia, 2. Mai. (W. Z. B.) Nach einer Mitteilung von zuverlässiger Stelle hat der griechische Gesandte Naum dem Ministerpräsidenten Radoslavov das Bedauern der griechischen Regierung über den Anschlag gegen die bulgarische Gesandtschaft in Athen ausgedrückt. Der Ministerpräsident erwiderte, die bulgarische Regierung habe an der Loyalität der griechischen Regierung niemals gezweifelt. Es sei staunenswert, daß der Mordanschlag noch mit derlei Mitteln auf einen Erfolg rechnen. Die bulgarische Regierung hoffe, daß man den Täter ergreifen werde.

Hungersnot in Norddepirus.

Athen, 1. Mai. Vom Privatkorrespondenten von W. Z. B. Eine Verklammerung der Benizelisten in Patras ist gescheitert, da es zu wütenden Kundgebungen kam, die sich gegen die Anhänger Benizelos richteten.

Da der Bierverband die für Norddepirus bestimmten Malzladungen in Korfu beschlagnahmt hat, herrscht im Norddepirus Hungersnot, Hungertodesfälle sind gemeldet. Die Aufregung der Bevölkerung wegen dieses unmenschlichen Vorgehens von Seiten des Bierverbandes ist ungeheuer.

Englische Mehlauskäufe in Rumänien.

Bukarest, 1. Mai. (W. Z. B.) Neuer meldet, daß die Verhandlungen des Syndikats rumänischer Mühlenbesitzer und des britischen Mehlaufkaufbüros zum Anlauf eines für die Ausfuhr bestimmten Mehlvorrats von ungefähr 10 000 Waggons geführt haben.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 2. Mai. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Nach einem heftigen Bombardement richtete gestern westlich der Maas der Feind gegen Tagesende einen mächtigen Angriff in dichten Massen auf die von uns nördlich von „Toter Mann“ eroberten Gräben. Unser Speer- und Maschinengewehrfeuer bewirkte dem Feinde sehr große Verluste, dessen Stürme sämtlich scheiterten. Nördlich von Cumieres wurden zwei deutsche Gegenangriffe, die zur selben Zeit auf einen von uns gestern eroberten Graben ausgeführt wurden, zurückgeschlagen. Im Lauf eines dritten Angriffs fachte der Feind in unseren Linien Fuß, konnte sich dort aber nicht behaupten und wurde bald mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Heftiges und anhaltendes Bombardement bei Höhe 304 und in der Gegend von Wang. Die Nacht war in der Voivre ruhig.

Flugdienst: In der Nacht vom 29. zum 30. warfen Flugzeuggeschwader zahlreiche Geschosse auf den Lebensmittel- und Munitionsbahnhof Sebastopol (südlich Thieucourt), die Eisenbahn bei Etah, auf Wivack bei Epincourt und auf die Bahnhöfe von Apremont, Grandpre, Challerenges und Couziers. Zahlreiche Explosionen auf den Eisenbahnen wurden gemeldet und zahlreiche Brände im Laufe dieser Operation festgestellt.

Paris, 2. Mai. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. In Belgien hat unsere Artillerie die deutschen Gräben vor Sternstraats und Voefinghe zerstört. In den Argonnen Minenkämpfe. Bei Gille Marie haben wir den Schrand eines Trichters zerstört, der durch Sprengung einer unserer Querschminnen entstanden war. Gesammeltes Feuer auf die feindlichen Werke bei Courtes Chaussees und im Walde von Cheppy. In der Gegend von Verdun sehr lebhaftes Beschießen unserer Stellungen auf dem linken Ufer. Auf dem rechten Ufer hat sich die Tätigkeit der Artillerie auf die Abschnitte des Pfefferrückens und von Douaumont konzentriert. Kein Ereignis von Bedeutung ist von der übrigen Front zu melden außer der üblichen Kanonade.

Flugwesen: Während des Monats April haben unsere Kampfflieger, die sich sehr lebhaft gezeigt haben, namentlich in der Gegend vor Verdun, beträchtliche Ergebnisse erzielt. Im Laufe zahlreicher Luftkämpfe, in denen sie unbestreitbar im Vorteil waren, ist es unseren Flugzeugführern gelang, etwaddreißig feindliche Flugzeuge abzuschießen. Keun von diesen sind in unseren Linien herabgefallen, zweiundzwanzig sind von unseren Beobachtern gesehen worden, als sie in Flammen gefüllt oder vollständig steuerlos in die feindlichen Linien niedergingen. In derselben Zeit sind sechs französische Flugzeuge im Kampfe unterlegen und in die feindlichen Linien gestürzt.

Belgischer Bericht. Weidertseits lebhaftes Artillerietätigkeit an der ganzen belgischen Front, besonders in der Gegend von Dinant und im Abschnitt südlich davon.

Orientarmee. Lage vom 15. bis 30. April. Von längs der griechischen Grenze wird über die Zeit vom 15.—20. April gemeldet, daß Scharmügel ohne Bedeutung, aber häufiger stattgefunden haben wegen der Nähe der Truppen der Alliierten und der deutsch-bulgarischen Streitkräfte, die an einzelnen Stellen höchstens einen Kilometer von einander entfernt stehen. Infolge schlechten Wetters war die Artillerietätigkeit weniger lebhaft. Unser Flugwesen hat in dieser Zeit im Gegenlage dazu sehr lebhaftes Tätigkeit entwickelt. Der Bahnhof von Strumia und die Batterien von Bogdanzi, Feldlager von Regorci bei Bogorobica und die bei Petric bombardiert worden. Einer unserer Flieger hat auf einem schönen Fluge auf Sofia Bomben abgeworfen. Ein deutscher Flieger ist bei Distrav (südlich von Manastir) abgeschossen worden. Feindliche Flieger haben einige Beschädigungen unserer Niederlagen und Feldlager durchgeföhrt, ohne einen anderen Erfolg zu erzielen, als uns unbedeutenden Sachschaden zuzufügen.

Die englische Meldung.

London, 1. Mai. (W. Z. B.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier. Gestern abend lag der Feind gegenüber von Carey nach einer Beschießung eine Mine springen, wodurch unsere erste Laufgrabenreihe beschädigt wurde; kein Infanteriekampf folgte. Ein kleiner feindlicher Bombenangriff südlich von Loos wurde zurückgeschlagen. Heute liegen wir bei Nobincourt gegen feindliche Minen eine Gegenmine springen. Die Artillerie war auf beiden Seiten von Agnes, wo wir die feindlichen Werke ernstlich beschädigten, beim Piers-Comines-Kanal und nördlich von Opem tätig. Gestern fanden sieben Luftkämpfe statt, wobei eine feindliche Maschine zum Abbrechen in die deutschen Linien gezwungen wurde. Ein anderer Flugzeug fiel, da der Pilot die Herrschaft über die Maschine verloren hatte, auf die Dächer von Dapaume.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. Mai 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Loos drang in der Nacht zum 1. Mai eine stärkere deutsche Offizierspatrouille überraschend in den englischen Graben ein; die Besatzung fiel, soweit sie sich nicht durch die Flucht retten konnte.

Im Maasgebiet haben sich die Artilleriekämpfe verschärft. Während die Infanterietätigkeit links des Flusses auf Handgranatengefächte vorgeschobener Posten nördlich von Avocourt beschränkt blieb, wurde südlich der Feste Douaumont und im Gaisette-Walde abends ein französischer Angriff von unseren Truppen in mehrstündigem Nahkampf abge schlagen. Unsere Stellungen sind verlos gehalten.

Wie nachträglich gemeldet wurde, ist am 30. April je ein französisches Flugzeug über der Feste Chamme westlich und über dem Walde von Thierville südwestlich der Stadt Verdun im Luftkampf zum Absturz gebracht worden. Gestern schoß Oberleutnant Voelde über dem Pfefferrücken sein 15., Oberleutnant Freiherr von Althaus nördlich der Feste St. Michel sein 5. feindliches Flugzeug ab.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Oberste Seeresleitung.

Luftangriffe im Osten.

Amtlich. Berlin, 2. Mai 1916. (W. Z. B.) Am 1. Mai wurden die militärischen Anlagen am Roonsee und von Fernau von einem Marineluftschiff mit gutem Erfolg angegriffen. Luftschiff ist unbeschädigt gelandet.

Gleichzeitig belegte ein Geschwader unserer See flugzeuge die militärischen Anlagen und die Flugsation von Papenhelm auf Dese mit Bomben und lehrte unversehrt zurück. Gute Wirkung beobachtet.

Ein feindliches Flugzeuggeschwader wurde an demselben Tage gegen unsere Marinanlagen in Windan angegriffen, mußte aber, durch die Abwehr gezwungen, unrichtiger Sache zurückkehren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generallabsbericht.

Wien, 2. Mai. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautet:

Russischer und südböhmischer Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei den Kämpfen im Khamells-Gebiet wurden 87 Alpin gefangen genommen. In den Dolomiten griffen die Italiener heute früh unsere Stellungen auf der Groda bei Ancona und am Rasreddo an. Beide Angriffe wurden abge schlagen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generallabes von Dosefer, Feldmarschalleutnant.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 2. Mai. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 1. Mai. Westfront: Bei Pulkare (21 Kilometer) südlich Riga beschloß unsere Artillerie mit guter Wirkung eine feindliche Batterie. Deutsche Artillerie beschloß den Bahnhof und die Wägenlopfstellungen von Uegüll. In einem Unterabschnitt der Stellungen von Dünaburg rief unser Artilleriefeuer einen Brand in den südlichen Gräben hervor. Südwestlich des Karooj-See versuchten die Deutschen aus ihren Gräben vorzugehen, mußten aber unter unserem Feuer schleunigst wieder zurück. Der Feind versuchte dreimal das Dorf Chromalaw (6 Kilometer) südöstlich des Bahnhofs Digla, umfassend anzugreifen, wurde jedoch jedesmal durch unser Artillerie-, Infanterie- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen.

Kaukasus: In der Richtung Diabets vorgehend warfen unsere Kolalen die Türken energisch nach Westen zurück. In Richtung Bagdad waren wir ebenfalls eine stärkere feindliche Abteilung nach Westen und nahmen ihr einen Teil ihrer Artillerie und zahlreiche Munitionsläden ab.

Eine empfindliche Schlappe.

Kriegspressequartier Ost, 29. April 1916.

Ein gut vorbereiteter Vorstoß der Deutschen gegen die von den Russen südlich vom Karooj-See zwischen der Seeenge eingenommenen Stellungen brachte den Angreifern am 28. April einen ausgesprochenen starken Erfolg; Gegenstände der Russen in der Nacht zum 29. April vergrößerten und verschärften für sie die erlittene Schlappe. Die durch Ansammlung großer Truppenmassen und Heranschaffung gewaltiger Mengen von Munition vorbereitete große frontale Offensive der Russen, die unsere Offiziere überrennen und den Franzosen die feindlich erwarbte und dringend verlangte Hilfe bringen sollte, war ein großer, man kann sagen: ein erschütternder Misserfolg! Die Offensive schaufelte vielen Tausenden von fast sinnlos in das deutsche Feuer hineingetriebenen Russen das Grab. Viele Tausende von Krüppeln mußten in die Heimat geschickt werden, während sich die Verluste der Deutschen auf einen ganz kleinen Bruchteil der russischen Zahl von Toten und Verwundeten beschränkten. Trotzdem fanden die Russen Meldungen von erunterten Vorteilen in die Welt. Am Karooj-See wollten sie einen bedeutungsvollen Sieg erringen haben. Worin er bestand, meldete der deutsche Heeresbericht in sachlicher Kürze. Am Menschen zu schauen, sie nicht zweifellos zu opfern, überließ man den Russen eine Stellung in einem unglücklichen Gelände, zog sich in eine festere Position zurück. Ein Stücken Sumpfland, eingetauscht gegen eine große Zahl von Menschenopfern, das war der ganze russische Erfolg auf der langen Front, bei der riesigen Kraftanstrengung und dem entsetzlichen russischen Verlust. Ein schnell vorbereiteter Gegenstoß der Deutschen trieb die Russen zudem damals schon wieder erheblich zurück. Und nun liegen sie bei dem neuen Vorstoß der Deutschen an dieser Stelle — zwischen Karooj- und Wiganew-See — wieder viele Tote in den Stellungen zurück, die sie räumen mußten, verloren wieder annähernd 5500 Mann, die zu Gefangenen gemacht wurden, und haben den Verlust von einem Geschütz, 13 Maschinengewehren und einer Anzahl von Minenwerfern zu beklagen. Auffällig ist die verhältnismäßig große Zahl der gefangenen Offiziere, denn von den 100 Gefangenen überhaupt war immer einer Offizier. Daß ihrer so viele in Gefangenschaft gerieten, erklärt sich vielleicht aus dem Umstand, daß sie von dem Vorstoß der Deutschen überrascht wurden, oder sie hielten ihre allerdings stark ausgebauten Stellungen für uneinnehmbar. Wie die Meldungen aus den einzelnen Abschnitten bezeugen, war der Verlust der Russen, der sich vollständig ja nicht feststellen läßt, an allen Stellen ungewöhnlich groß, während die Deutschen wiederum nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Toten und Verwundeten einbüßten. Das Verhältnis in dem Abgang an Kämpfern bei den Angreifern und Verteidigern hat sich vollständig ver-

ändert. Bei der russischen erfolglosen Offensive ist schätzenswert beobachtet wurde der Angegriffenen gewaltige Mitleid in die Reihen der vorwärtsgetriebenen Sturmkolonnen, die Verteidiger erlitten so geringe Verluste, wie sie die Kriegsgeschichte aus ähnlichen Kämpfen bisher kaum jemals zu verzeichnen hatte. Diesmal führten die Deutschen mit nur geringer Menscheneinbuße einen vorbereiteten Vorstoß sicher und erfolgreich durch, und die angegriffenen, aus festen Stellungen vertriebenen Verteidiger erlitten unverhältnismäßig große Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Nahe herrschte vor dem Sturm. Als die Vorbereitungen nach festem Plan und peinlicher Beobachtung aller Einzelheiten vollendet waren, schickte am 28. April, morgens 10 Uhr, der deutsche Angriff ein. In kräftig durchgeführten Sturm warfen die Angreifer den Gegner in schneller Folge aus 4 Stellungen. Obwohl man sich vielleicht hätte sagen können, daß ein so vorbereiteter, und so sicher durchgeführter Vorstoß nicht so schnell wieder unwirksam gemacht werden konnte, ein Gegenangriff neues große Opfer erfordern würde, versuchten es die Russen doch, die Scharte wieder auszuweichen. Die zu erwartenden Verluste nicht achtend, wollte man das verlorene Terrain zurückgewinnen. Kurz nach Mitternacht trieben die Kommandanten ihre Truppen bei Janaroiße gegen die von den Deutschen eingenommenen Stellungen vor. Ohne Erfolg. Unter schweren Verlusten für die Angreifer wurde der Vorstoß abgewiesen. Nochmals, morgens zwischen 3 und 4 Uhr, stürmten die russischen Truppen heran. Nach beach der Vorstoß schon beim Anfang im Feuer der Deutschen zusammen. Wird man endlich von dem wahnsinnigen Opfern von Menschen, von dem zwecklosen Einsetzen der Ehre des russischen Volkes absehen? Oder sollen die Ströme verpönten Blutes noch weiter anschwellen, das Geld des Volkes ins Unermessliche steigen? Riesengroß wächst die Schuld der Führer und der zu weiteren Opfern werdenden Kriegstreiber. Wenn kein Erbarmen sie beunruhigt, die Vernunft mühte es tun; denn schließlich wird doch die Sache des betrogenen Volkes über sie kommen.

Dauell, Kriegsberichterstatter.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 2. Mai. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Montag. Im Abschnitt der Front vom Gardasee bis zur Brenta sehr lebhaftes Artillerietätigkeit in dem Gebirgsabschnitt auf dem Abhang nördlich Loppio. Die feindliche Artillerie verursachte durch ihr Feuer eine Feuerbrunst in Castione, südlich von Mori. Unsere Artillerie erwiderte, indem sie die Ortschaft Pannone zerstörte und eine Explosion in einem Munitionsdepot im Crestalale verurteilte. Im Ratomoladamasiv (oberer Adisio) bemächtigte sich eine unserer Infanterieabteilungen, die sich die großen Schwierigkeiten des Geländes und den erbitterten Widerstand des Gegners überwand, einer starken Stellung in einer Höhe von mehr als dreitausend Meter. Wir machten fünf Gefangene und nahmen dem Feinde zwei Maschinengewehre, Waffen, Munition und Kriegsmaterial ab. Am Monte aussehende Artillerietätigkeit. Auf den Nordabhang des Monte San Michele versuchte in der Nacht vom 29. zum 30. der Gegner einen Angriff, der sofort abge schlagen wurde. Während der letzten Nacht beschloß eines unserer Luftschiffe, das durch bliche Wollen vordrang und durch Sturm gehindert wurde, die Bahnlinie von Calliano nach Trento und den Bahnhof dieser Stadt, wobei es Schäden verursachte und Brände hervorrief. Das durch zahlreiche Scheinwerfer geucht und erbaute Luftschiff war lebhaftem Artilleriefeuer ausgesetzt, lehrte jedoch unbeschädigt in unsere Linien zurück. General Caborna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 1. Mai. (W. Z. B.) Das Hauptquartier meldet: Unsere Unterseeboote jagten in den letzten Tagen an den Küsten des Schwarzen Meeres drei Dampfer auf den Strand, zerstörten einen von ihnen durch ihr Feuer vollständig und versenkten ferner vier Segler, die mit Vorräten beladen waren. Nordwestlich der Stellung von Soghun wurden unsere Unterseeboote von der Küstenstadt Socha aus beschossen. Die genannte Stadt wurde darauf ebenfalls beschossen. An der Kaufausföhrnt mußten die feindlichen Truppen, die am 12. April unsere Truppen angegriffen hatten, die westlich von Rusch bis nördlich vom Berge Kogma aufgestellt waren, sich nach siebenstündigem Kampfe zurückziehen, wobei sie eine Anzahl von Gefangenen in unseren Händen ließen. Der Feind, der in Stärke von etwa einem Regiment am 15. April eine Abteilung unserer Truppen angegriffen hatte, die sich in dem Abschnitt südlich von Aschale befand, wurde mit Verlusten für ihn zurückgetrieben, wobei er uns eine große Menge Lebensmittel überlassen mußte. Der Feind, der in der Nacht vom 16. zum 17. April den Abschnitt der Höhe 2600 westlich von Aschale angriff, besetzte einen von zwei unserer Kompanien gehaltenen Schützengraben, der jedoch von uns im Gegenangriff mit dem Bajonett wieder erobert wurde. Im Abschnitt von Vitlis und im Küstenabschnitt keine Operation von Bedeutung. Auch von der Frafront und den übrigen Fronten wird kein Ereignis von Bedeutung gemeldet.

Einzelheiten über den Feldzug in Mesopotamien.

Konstantinopel, 1. Mai. (W. Z. B.) „Tanin“ veröffentlicht einen Bericht über den Feldzug in Mesopotamien mit vielen noch unbekanntem Einzelheiten.

In dem Bericht heißt es: Der Feldzug hatte die Türkei überrascht, die in dieser Gegend keinerlei Vorbereitungen gegen erwartete Angriffe auf die Wüsten des Schatt el Arab getroffen hatte. Zu Beginn des Krieges beschloßen die türkischen Streitkräfte, die kaum einige tausend Mann stark waren, sich kämpfend zurückziehen. Sie erlitten hierbei keine ernstlichen Verluste. Der nachdrängende Feind erhielt fortwährend Verstärkungen und wurde von mehreren Kanonenbooten unterstützt. Die türkische Armee, die vor Bagdad Verstärkungen erhielt, beschloß, nicht weiter zurückzugehen. Im vergangenen Herbst rechneten England und alle Anhänger der Entente mit dem Falle Bagdads, den man für unmittelbar bevorstehend hielt. Am 22. November fand der letzte Ansturm gegen Bagdad statt. Zehn Kanonenboote neuerer Bauart schätzten die englischen Truppen und beschossen gleichzeitig die vorgefahrenen Stellungen der Türken bei Bagdad. Am 28. November ging die Infanterie zum Sturm über. Der erste Angriff gelang, die türkischen Truppen zogen sich bis zu den Hauptstellungen vor Bagdad zurück. Der Angriff auf diese wurde tags darauf fortgesetzt, brach sich jedoch diesmal an einer unerschütterlichen Mauer. Am folgenden Tage gingen die türkischen Truppen zum Sturmangriff über und zwangen die Armee des Generals Townshend zum Rückzuge. Die Engländer begründeten damals ihre Niederlage mit Wassermangel, aber Townshend konnte nirgends standhalten und setzte seinen Rückzug 200 Kilometer weit bis Kut el Amara fort, wobei er auf dem Wege das ganze schwere Kriegsgerät, ja sogar Kanonenboote und Schiffe voll Lebensmittel, im Stiche ließ. Unmittelbar darauf begann die Einschließung von Kut el Amara durch türkische Streitkräfte, die sich bemühten, auch alle Wege zu sperren, auf welchen Verstärkungen hätten ankommen können. Nach einigen Stürmen, die unternommen wurden, um die Stärke des Feindes zu erlangen, beschränkten sich die türkischen Truppen zur Vermeidung von Ver-

lusten darauf, die Einküpfelungslinie zu bereinigen. Am 23. Januar unternahm englische Verstärkungstruppen unter General Ashmead einen großen Sturmangriff, wurden jedoch zurückgeschlagen. Von diesem Augenblick an begriff man in England das Unglück, das auf el Amara bevorstand. Man bemühte sich, neue Verstärkungen zu schicken, die den Resten der Dardanellenarmee, ja sogar den in Stambul stehenden Truppen entnommen wurden. Aber die türkischen Truppen hielten weder stand und bereiteten in den Verhängerungen von Gelahie für den Feind eine neue Dardanelleniederlage vor. Trotz des häufigen Wechsels im Oberbefehl, trotz der fortwährenden Verstärkungen hielten sich die Engländer, wie bereits aus den amtlichen Berichten bekannt ist, eine blutige Niederlage nach der anderen.

Von der ägyptischen Westgrenze.

London, 1. Mai. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Büreaus. Das Kriegsbüro veröffentlicht folgenden Bericht aus Cairo vom 30. April: In der westlichen Wüste sind im Nordabschnitt die Verhältnisse schnell wieder in den gewöhnlichen Stand zurückgeführt. Kleine Patrouillen, gewöhnlich in Panzerwagen, fahren fort, verborgene Waffenlager aufzufinden und zu zerstören. Ueber eine Viertelmillion Patronengürtel sind bisher seit der Wiedereinnahme von Sollum gezählt worden. Zwei verborgene deutsche drahtlose Stationen wurden vor einigen Tagen in der Wüste südlich von Sollum entdeckt und eingebracht. Moghara ist durch unsere Truppen besetzt worden, um die Absperrung strenger handhaben zu können. Die Anwesenheit britischer und ägyptischer Truppen in Kharga erleichtert die Aufklärung, die nach allen Seiten hin ausgeführt wird, und die Fliegerkorps machen ständig Flüge nach Dakhla. Keine Bewegung des Feindes von dieser Seite aus kann hoffen unbemerkt zu bleiben.

Auf Minen geraten.

London, 2. Mai. (T. U.) Reuter meldet: Nach einem Notd-bericht ist das englische Schiff „Hendonhall“ auf dem Wege von Vorkland nach Rotterdam zwischen dem Gammert- und Galloper Leuchtschiff auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die ganze Besatzung wurde gerettet.

Amsterdam, 2. Mai. (T. U.) „Het Nieuws van den Dag“ meldet aus Rotterdam: Das niederländische Dampfschiff „Bellatrix“, von Rosario nach Rotterdam unterwegs, befand sich zwischen Gabbard und der Galloper Voje, als die „Hendonhall“ auf eine Mine lief und sofort sank. Die Mannschaft wurde von einem englischen Minenschiff gerettet und nach England gebracht.

London, 2. Mai. (T. U.) Reuter meldet amtlich: Die bewaffnete Jacht „Regusa“ und der Minensucher „Kosurium“ sind im Mitteländischen Meere auf eine Mine gelaufen und gesunken. Von beiden Schiffen wurden die Offiziere und ein Teil der Mannschaft gerettet. Vermißt werden von der „Regusa“ sechs und von der „Kosurium“ sieben Mann.

Amsterdam, 2. Mai. (W. T. V.) Das „Handelsblad“ meldet aus Rotterdam: Der schwedische Dampfer „Friesland“ ist bei der Galloper Voje auf eine Mine gelaufen. Der Dampfer „Gatavier 4“ ist zu Hilfe gekommen und versucht das Schiff in einen englischen Hafen zu schleppen.

Frankreich und Belgisch-Kongo.

Paris, 2. Mai. (T. U.) Havas meldet: Der französische Gesandte hat dem belgischen Minister des Auswärtigen die folgende Erklärung überreicht: Unter Berufung auf die französisch-belgischen Verträge vom 23. und 24. April 1834, 5. Februar 1895 und 23. Dezember 1908 einerseits und andererseits auf die Übereinstimmung der französischen Regierung mit der Note über den Kongostaat, die durch den englischen Gesandten am 19. August 1914 der belgischen Regierung ausgehändigt wurde und weiter unter Berufung auf die Erklärung der Mächte vom 14. Februar 1908, durch welche die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens verbürgt wurde, wünscht die Regierung, der französischen Republik zu erklären, daß sie bei den Friedensverhandlungen der belgischen Regierung ihre Mitwirkung leiste, um den heutigen territorialen Bestand des belgischen Kongo-Kolonies zu wahren, und um dieser Kolonie eine spezielle Vergütung für den Schaden zuzuerkennen zu lassen, welchen sie im Laufe des Krieges erlitten hat. Die Vertreter von England, Rußland, Italien und Japan haben ihre Einwilligung zu dieser Erklärung gegeben.

Ein Beschluß französischer Gewerkschaftler.

Paris, 2. Mai. (W. T. V.) Der Kongreß des Verbandes der Arbeiterkammern der Seine hat nach einer Besprechung der Frage des 1. Mai eine Entschlieung angenommen, die von neuem die am 1. Mai 1915 angenommene Tagesordnung bestätigt. Der Kongreß billigte die Bemerkungen, die dahin gehen, den Sitz des internationalen Sekretariates, der sich gegenwärtig in Berlin befindet, in ein neutrales Land zu verlegen. Ferner sprach er sich zugunsten des Vorschlages der amerikanischen Arbeiterorganisation aus, der für die gleiche Zeit, in der die Diplomatenkonferenz sich mit dem Abschluß des Friedensvertrages beschäftigt wird, die Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz fordert. In den Friedensvertrag sollten die Arbeiterinteressen wahrnehmenden Klauseln aufgenommen werden.

Friedensbestrebungen serbischer Sozialdemokraten.

Die „Verner Tagwacht“ veröffentlicht einen Aufruf der serbischen Sozialdemokraten, der von der serbischen Regierung fordert, daß sie sofort Unterhandlungen über den Friedensschluß einleite und dafür Sorge, daß das Heer und die Bevölkerung ohne weitere Qualen nach Hause zurückkehren können. Die Regierung ist verpflichtet, so vorzugehen, um zu retten, was noch gerettet werden kann. (2)

Deutsch-französischer Kriegsverwundeten-austausch.

Konstanz, 2. Mai. (W. T. V.) Der Austausch der invaliden Kriegsgefangenen zwischen Deutschland und Frankreich beginnt demnächst wieder. Der Tag ist noch nicht genau festgelegt. Bestenfalls ist der Stellvertreter des kommandierenden General des 14. Armeekorps mit einem größeren Stabe von Vertretern des Kriegsministeriums aus Anlaß des bevorstehenden Austausches hier eingetroffen.

Zur englischen Regierungskrise.

London, 2. Mai. (W. T. V.) „Daily News“ meldet: Die Regierung ist zu dem Schluß gekommen, daß nach den jüngsten Ereignissen die allgemeine Wehrpflicht unüberwindlich ist. Man erwartet, das Asquith heute im Unterhause eine neue Bill einbringen wird, die die militärische Dienstpflicht für alle Männer militärischen Alters einführt. Es scheint, daß die drei zur Arbeiterpartei gehörigen Minister Genderson, Roberts und Grace diese Politik billigen,

die jetzt auch die Unterstützung eines ziemlich großen Teiles ihrer Partei hat. Das Blatt schreibt: Asquith wird heute im Parlament eine Rede vorfinden, die so schwierig ist, wie niemals. Er kann sich glücklicherweise darauf berufen, daß der Aufstand in Irland zu Ende ist, aber die Schwierigkeiten, die der Aufstand zur Folge hat, sind trotzdem sehr groß. Dann muß sich die Regierung über Austelmaro und die Dienstpflicht äußern, die die größten Schwierigkeiten bietet. Vom liberalen Parteistandpunkt aus könnte man die Leitung des Krieges wohl den Konservativen überlassen, aber es würde sich kaum ein konservativer Führer finden, der bereit wäre, die Aufgabe zu übernehmen.

„Times“ sagt: Die Ereignisse der vorigen Woche zeigen deutlich, daß Änderungen in der Regierung dringend notwendig sind. Das Kabinett muß verkleinert werden und höchstens aus sechs Ministern bestehen.

Die Verfolgungen der englischen Antimilitaristen.

Aus Amsterdam schreibt man und: Die Ausbreitung der Kriegseindlichen Propaganda in England hat die Justiz dabin gebracht, das Abschreckungsprinzip für ihre Urteile entscheidend zu machen. Ein besonders krasser Fall ist der des Lehrsers Everett von St. Helens. Er hatte Gewissensbedenken gegen den Heeresdienst geltend gemacht, war jedoch vor zwei Instanzen abgewiesen worden. Am 31. März wurde er als Fahnenpflichtiger verhaftet, erst zu zwei Pfund Geldstrafe verurteilt und dann der Militärbehörde überliefert. Er blieb trotz allen Juredens standhaft und erklärte, wohl eine Tätigkeit im Dienst der Nation übernehmen zu wollen, aber keinen Heeresdienst. Am 10. April wurde er vom Kriegsgericht zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Es ist dies die höchste Strafe, die bisher über einen Dienstverweigerer verhängt worden ist. Der „Labour Leader“ bemerkt, sie sei in der Regel bei Soldaten, die ihre Offiziere schlagen, angewandt worden. Eine Strafe dieser entehrenden Art in einem Falle, wo zweifellos ehrenhafte Motive vorliegen, ist etwas ganz Neues. Der „Labour Leader“ regt einen Proteststurm seiner Leser bei der Regierung gegen dieses und andere Urteile an.

Auf empörende Weise hat man den Beamten die Schulkomitees des Londoner Grafschaftsrats E. Chapelow behandelt, einen hochgebildeten, auch als Dichter bekannten Schriftsteller. Vor dem Dienstpflichtgericht hatte er nachgewiesen, daß er seine Ueberzeugungen seit vielen Jahren hat, aber er wurde den Militärbehörden überstellt. Als er sich dort weigerte, die Uniform anzuziehen, wurde er von Soldaten mit Gewalt angefaßt. Hierauf wurden ihm die Arme an den Leib gebunden und eine Westdecke um ihn geschlagen. So wurde er ins Dobsonanzimmer geliefert, dort verhöört, bedroht und beschimpft und unter großem Gelächter von einer Pflegerin des roten Kreuzes und einem Feldweibel photographiert. Die Bilder erschienen im „Daily Sketch“ vom 14. April unter dem Titel: „Eines Opponenten mit Gewissensbedenken erster Tag in der Arme“. Chapelow steht jetzt der Verhandlung vor dem Kriegsgericht entgegen.

Sehrlich mitgepielt wurde dem Dienstverweigerer Sara, der am 5. April in Salisbury verhaftet wurde. Als er sich weigerte, die Uniform anzuziehen, fiel ein Duzend Soldaten über ihn her, riß ihm die Kleider vom Leibe, drehte ihm fast die Arme aus, schlug ihn ins Gesicht und steckte ihn in das Soldatenkleid. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, ihn zum Waffendienst zu bewegen, wurde er zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Er erklärt, nach seiner Entlassung seinem Entschluß treubleiben zu wollen.

Sieben Dienstverweigerer haben in einem Brief bekannt gegeben, daß sie gleichfalls mit Gewalt mit der Uniform bekleidet wurden. Als sie sie hierauf auszogen, wurden sie in den Arrest gesteckt und, nur mit dem Hemd bekleidet, viereinhalb Stunden im kalten Raum gelassen!

Der „Labour Leader“ fürchtet, daß das alles erst ein Anfang sei und daß man die Dienstverweigerer nach Frankreich schicken werde, wo die Anwendung der Todesstrafe gegen sie möglich sein werde. Das Blatt zitiert den Brief eines Dienstverweigerers, dem die Verhaftung nach Frankreich angedroht worden ist. In verschiedenen Fällen sind die Dienstverweigerer gar nicht erst von den bürgerlichen Dienstpflichtgerichten abgeurteilt, sondern einfach von der Polizei den Militärbehörden überstellt worden.

Eine vom „Labour Leader“ veröffentlichte Liste von verhafteten Dienstverweigerern, die sich jetzt in den Händen der Militärbehörden befinden, umfaßt 48 Personen. Sechs andere sind wieder auf freien Fuß gesetzt oder vom Dienst freigestellt worden. Unter den Verhafteten befinden sich die Brüder E. und W. Andrews, die zu sechs Monaten Zwangsarbeit verurteilt sind, und J. B. D. Richards mit zwei Jahren Zwangsarbeit. Der „Labour Leader“ veröffentlicht auch folgenden Inhalt einer Postkarte, die sein Herausgeber aus dem Arrestlokal in Carlisle von vier Verhafteten erhalten hat:

„Werter Genosse! Vier der allschlimmsten Männer, die heute in England leben, senden Ihnen Grüße. Sie hoffen, daß Sie mit der Kraft segnet bleiben, die Freiheitsfloge flattern zu lassen, während wir hier im Innern unser bißchen Pflicht tun.“

Englische Freiheit der Rede.

Die Art und Weise, wie England „berpreucht“ wird, erkennt der „Labour Leader“ vom 20. April in der, wie er sagt, toben Verurteilung des Glasgower Sozialdemokraten John Mac Lean zu drei Jahren Gefängnis wegen einer Rede. Gärtten die deutschen Gerichte ein ähnliches Urteil gefällt, so würde die ganze englische Presse darauf hingewiesen haben als neuen Beweis für die gewalttätige Politik der deutschen Regierung.

Ententestimmen für eine allgemeine Offensive.

Bern, 1. Mai. (W. T. V.) Ein Londoner Brief des „Giornale d'Italia“ vom 27. April macht darauf aufmerksam, daß man einem weiteren Winterfeldzug mit Schrecken dort entgegenstehe. Die allgemeine Auffassung verlange, daß man mit den heute vorhandenen Kräften kräftig dreinschlage. Es sei dringend nötig, eine allgemeine und erschöpfende Offensive zu ergreifen und die Lösung des Kampfes in diesem Jahre zu finden. Man versichere, daß die Militärkonferenz der Verbündeten auf diesen Gedanken gestimmt sei. Die öffentliche Meinung der Verbündeten verlange auch eine weitere Zusammenarbeit der militärischen Kräfte.

Die russischen Industriellen und die neuen Handelsverträge.

In der vom Rat der Kongresse für Industrie und Handel eingesetzten Kommission zur Durchsicht der Handelsverträge wurde dieser Tage ein Bericht über die Handelspolitik Rußlands nach dem Kriege und die wirtschaftliche Annäherung der Verbündeten erstattet. Nach Ansicht des Berichterstatters könnten die Aufgaben Rußlands in der vom Krieg geschaffenen Situation folgendermaßen formuliert werden: Erstens sei es erforderlich, daß alle Zweige der russischen Volk-

Wirtschaft eine möglichst schnelle und umfassende Entwickelung fänden, die eine größere Unabhängigkeit und Vielseitigkeit der russischen Industrie und die völlige Unabhängigkeit der russischen Kriegsindustrie sicherstellen könnte. Zweitens sei es notwendig, daß die Zerrüttung des russischen Geldverkehrs schleunigt beseitigt und der Rubelkurs wieder hergestellt werde. Da Rußland außer seines Altiums in der Handelsbilanz keinen bedeutenden Aktivposten für die Zahlungsbilanz aufweise, könne dieses Ziel nur erreicht werden durch die Steigerung der russischen Ausfuhr bei gleichzeitiger Einschränkung der Einfuhr, namentlich in der ersten Zeit nach dem Kriege.

Diese Grundforderungen des russischen Wirtschaftsprogramms müßten, nach Ansicht des Berichterstatters, vereinigt werden mit einem engeren Anschluß an die Verbündeten und einer Zurückdrängung des deutschen Handels in Rußland. Da Rußland unterhältnismäßig große Opfer im Kriege gebracht habe und bringe, dürfe es von seinen Verbündeten verlangen, daß sie der geschädigten Handelspolitik Rußlands Rechnung tragen. Bei der letzten Erörterung der künftigen Wirtschaftsbeziehungen der Entente müßte Rußland sich völlige Hand bewahren und irgendwelche bestimmte Zusicherungen vermeiden, bis die in Frage kommenden Probleme allseitig geprüft sein würden.

Aus dem veröffentlichten Kommissionsbericht ist nicht ersichtlich, wie die Mitglieder des Rats der Kongresse für Handel und Industrie, der einflussreichsten und stärksten Unternehmerorganisation Rußlands, den wiedergegebenen Bericht aufgenommen haben. Allein schon die Tatsache seiner Veröffentlichung weist darauf hin, daß er zu mindestens den Anschauungen der Mehrheit der in Frage kommenden russischen Industriellen nicht zuwiderläuft. Vom tendenziell ist der schroffe Gegensatz der wiedergegebenen „Theisen“ zu den Anschauungen der Vertreter der russischen Landwirtschaft, wie sie in der Presse und anlässlich verschiedener Beratungen formuliert worden sind. Die Landwirte sind bereit, die Induzriedliche herabzusetzen, um für die russische Getreideausfuhr günstigere Bedingungen zu schaffen. Die Industriellen jedoch fordern eine noch größere Einschränkung der Einfuhr, das heißt eine Erhöhung der russischen Industriezölle, die gleichzeitig die Beschränkung der Einfuhr im Interesse der russischen Zahlungsbilanz. Daß dies nur auf Kosten der Landwirtschaft geschehen kann, sieht die Industriellen wenig an. Sie appellieren an die „Dankebarkeit“ der Verbündeten, um diese zu veranlassen, für die russische Ausfuhr, d. h. in erster Linie für die Landwirtschaft, günstige Bedingungen zu schaffen, ohne die hohe Zollschranke der russischen Industrie antasten zu wollen. Schon das Befestigen dieser Konstruktion zeigt, auf wie schmalen Boden die russischen Industriellen mit ihren Forderungen stehen. In der Stellung zu der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege stellt sich nicht nur ein tiefer Widerspruch zwischen Industrie und Landwirtschaft in Rußland selbst, sondern auch zwischen dem vorwiegend agrarischen Rußland, mit seiner noch völliger Absperrung stehenden Industrie und den hochentwickelten verbündeten Industrieländern im Westen. (2)

Persien unter russisch-englischer Finanzkontrolle.

Petersburg, 1. Mai. (W. T. V.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Aus Teheran wird gemeldet: Kürzlich begonnene Unterhandlungen zwischen Persien, Rußland und England über eine finanzielle Unterstützung der persischen Regierung sind zu einem günstigen Ergebnis gelangt. Zwischen der persischen Regierung und den Gesandtschaften Rußlands und Englands ausgetauschte Noten bestimmen die Einsetzung einer gemischten Finanzkommission unter dem Vorsitz des persischen Generalkonsulmeisters, des belgischen Herrn. Die Kommission wird die Geldquellen untersuchen, die Persien braucht, deren Verwendung überwachen und das erste persische Budget ordentlich aufstellen. Auf Ersuchen der persischen Regierung werden Rußland und England je einen finanziellen Berater ernennen.

Letzte Nachrichten.

Die englische Niederlage in Mesopotamien.

Konstantinopel, 2. Mai. (W. T. V.) Eine halbamtliche Meldung stellt fest, daß General Townshend und sein Gefolge mit den ihnen gebührenden Ehren behandelt werden, und hält nicht mit Anerkennung für die Fähigkeiten des Generals zurück, von denen er während der Verteidigung von Kut el Amara und bei dem Rückzuge von Mesopotamien, der leicht zum schwersten Unheil für die Engländer hätte ausschlagen können, eine Probe abgelegt habe. — Er sei jedoch durch die Entschlossenheit englischer politischer Agenten irreführt worden, die seit Jahren im Lande ihr Wesen trieben und von der Anhänglichkeit der Bevölkerung jener Gebiete solche Begriffe gehabt hätten; diese gaben vor, sie hätten Kamelkaravannen mit Geld für die türkischen Befehlshaber abgeschickt, und trieben so den General, indem sie ihn über den Wert der türkischen Truppen unterrichteten, in die Katastrophe hinein.

Die Wirtschaftskonferenz der Entente.

Paris, 2. Mai. (T. U.) Dem „Temps“ wird aus Paris berichtet, die Wirtschaftskonferenz der Regierungen der Alliierten werde in Paris im Anfang des Monats Juni zusammentreten. Die Vertreter der verbündeten Regierungen würden nicht allein einen theoretischen Gedankenaustausch pflegen, sondern sich auch bemühen, bestimmte Maßnahmen festzusetzen, die man nach dem Kriege gemeinsam in die Tat umsetzen würde. Dabei wird zugestanden, daß die einzelnen Regierungen der Entente sich vollständige Freiheit für ihre Wirtschaftspolitik nach dem Kriege vorbehalten.

Streik im Hafen von New York.

Haag, 2. Mai. (W. T. V.) „Nieuwe Courant“ meldet: Im Hafen von New York ist ein allgemeiner Streik unter den Maschinisten der Schiffsboote und Leichter ausgebrochen. Die Ausländischen verlangen eine Lohnerhöhung. Infolgedessen können die Schiffe den Hafen nicht verlassen, wodurch der Munitionstransport verhindert wird.

Zu den Unruhen in China.

Kopenhagen, 2. Mai. (T. U.) Die „Rotoje Brestja“ melden, daß Friedensunterhandlungen zwischen der Beijing Regierung und den südjapansischen Republikanern eingeleitet worden sind.

Explosionskatastrophe.

Paris, 1. Mai. (W. T. V.) (Meldung des Reuterschen Büreaus.) In den chemischen Werken von La Rochelle ereignete sich eine Explosion, auf die ein Brand folgte. Die Gebäude, in denen die Explosion stattfand, sind zerstört. Zwanzig Opfer wurden unter den Trümmern hervorgezogen. Eine Anzahl von Personen wurde verwundet. Die Verletzungen sind im allgemeinen leicht.

Gewerkschaftliches.

Die Düsseldorfener Gewerkschaften und die Generalkommission.

Das Düsseldorfener Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in zwei ausgedehnten Sitzungen mit der Haltung des „Correspondenzblattes“ zum Parteistreit und mit der Stellungnahme der Generalkommission zur Politik des 4. August 1914. Nach eingehender, oft recht erregter Debatte wurde mit 36 gegen 15 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die am 27. April tagende Sitzung des Kartells der freien Gewerkschaften erklärt sich mit der Haltung des „Correspondenzblattes“ und der Generalkommission nicht einverstanden. Sie erwartet, daß sich das „Correspondenzblatt“ von dem Parteistreit fernhält. Das „Correspondenzblatt“ soll sich einer objektiven Schreibweise befleißigen.“

Außer den Kartelldelegierten beteiligten sich auch verschiedene Gauleiter an der Debatte — Düsseldorf ist der Sitz der Rheinisch-Westfälischen Agitationszentrale der Gewerkschaften —, die gegen die Resolution sprachen. Das Abstimmungsverhältnis wäre für das „Correspondenzblatt“ und die Generalkommission noch ungünstiger ausgefallen, wenn das Kartell nicht den nichtdelegierten Gauleitern und einigen anderen Vertretern in diesem Falle das Stimmrecht ausnahmsweise zugestanden hätte. Das geschah, um jeder Disharmonie die Spitze abzubrechen.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterverband und der Parteistreit.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ berichtet über eine Sitzung, die der Aktionsausschuss des Bergarbeiterverbandes während der Osterwoche in Hannover abgehalten hat. Der Aktionsausschuss des Bergarbeiterverbandes setzt sich zusammen aus Delegierten der Mitglieder, ferner aus den Bezirksleitern, dem Gesamtvorstand und den Medalettoren. An den Beratungen in Hannover nahmen insgesamt 67 Personen teil, davon 2 ohne Stimmrecht.

Der Hauptkassierer konnte berichten, der Vermögensbestand habe Ende 1913: 3 282 857,36 M., Ende 1914: 3 207 861,81 M., Ende 1915: 3 508 754,64 M. betragen. Obwohl also der Verband außer den regulären Zahlungen an Arbeitslose, Gemahregelte, Streikende, Kranke, Rechtschutzsuchende und Sterbegeldern bis Ende 1915 schon 880 593,64 M. an Extrazustellungen an die Familien der kriegsdienstleistenden Mitglieder geleistet hat, ist das Gesamtvermögen am letzten Jahresabschluss doch wieder über 271 000 M. höher gewesen als kurz vor dem Kriege.

Die Stellung, welche er zu den verschiedenen behandelten Fragen einnimmt, faßt der Aktionsausschuss in der folgenden Resolution zusammen:

„Der Aktionsausschuss erklärt sich mit der prinzipiellen und faktischen Haltung der Verbandsleitung und der Verbandszeitung zu den durch die Kriegereignisse in der Arbeiterbewegung aufgeworfenen Streitfragen einverstanden.“

Das Zusammengehen unseres Verbandes mit den übrigen Bergarbeiterorganisationen war nach Lage der Verhältnisse geboten. Der Aktionsausschuss erkennt an, daß es nicht möglich war, früher eine Vorberatung des Ausschusses abzuhalten. Der Vorstand erhält den Auftrag, die Arbeitsgemeinschaft auch in Zukunft im Interesse der Bergarbeiter fortzusetzen.

Der Aktionsausschuss erkennt auch an, daß die Verbandsvertreter sich nach besten Kräften bemühen, die Interessen der Verbandsmitglieder im besonderen und der Bergarbeiterschaft im allgemeinen wahrzunehmen und zu fördern, bedauert aber lebhaft, daß diese Bemühungen bisher nur zum Teil von Erfolg gekrönt waren. Immer noch sind die Lohnverhältnisse der übergroßen Mehrheit der Bergarbeiter längst nicht befriedigend, vielmehr besteht zwischen dem Arbeiterentlohnung und den Kosten der Lebenshaltung eine außerordentlich große Differenz. Die Schuld an diesem traffen Mißverhältnis liegt, abgesehen vom dem Unwillen der Werkbesitzer, die Entlohnung der Bergarbeitermassen nach Möglichkeit mit den Feuerungsverhältnissen in Einklang zu bringen, an den leider äußerst zahlreichen Arbeitskammeraden, welche der Aufforderung, sich gewerkschaftlich zu organisieren, noch immer keine Folge geleistet haben. Die Verbandsleitung wird beauftragt, ihre Bemühungen zur Verbesserung der Lohnverhältnisse energisch fortzusetzen. Die Bergarbeiter fordern mehr Lohn oder billigere Lebensmittel. Den Erfolg dieser Forderungen können die arbeitslosen notleidenden Bergarbeiter sichern, wenn sie sich in Massen der Organisation anschließen.

Zweifellos liegen die Arbeitersehnsuchtverhältnisse im Bergbau jetzt häufig weit mehr im Argen, als es auch die dringendsten Kriegsnotwendigkeiten erforderlich machen. Speziell ist die Beseitigung der während des Krieges zugelassenen jugendlichen Arbeiter aus den unterirdischen Betrieben eine im Interesse des Jugendschutzes sofort behördlich anzuordnende Maßregel. Die Aufhebung der seit Kriegsbeginn erfolgten behördlichen Ausnahmegenehmigungen betreffend den Arbeitereinsatz im Bergbau muß sogleich nach Friedensschluss eintreten. Wir fordern sodann das ausnahmslos gesetzliche Verbot der unterirdischen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sowie der weiblichen Arbeiter überhaupt in den bergbaulichen Betrieben. Weiter fordern wir die gesetzliche Einführung der Achtstundenschieft (heiß und nasse Orte), ferner die Einführung von gegenüber den Werkverwaltungen unabhängiger, vom Staate besoldeter und von den Belegschaften gewählter Arbeiterkontrollen. Diese unbedingt notwendigen Schutzmahnahmen müssen die gesetzgebenden Körperschaften alsbald nach der Beendigung des Krieges vorsehen.

Sodann fordern wir die Reorganisation des Knappschaftsclassenwesens auf der Grundlage eines Reichs-Knappschaftsgesetzes, damit endlich die unheilvolle Stufenzersplitterung beseitigt und unter gerechter Berücksichtigung des heute meist nur scheinbaren Selbstverwaltungsrechts der Mitglieder die Leistungsfähigkeit der Knappschaftsclassen sichergestellt wird.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu: „Ein stimmig fand diese Resolution, nach mehrtägiger Beratung, Annahme! Das möge jenen ein Fingerzeig sein, die glauben, die Arbeiter verständen nicht, daß die anarchoindustrialistischen Zerstückelungs- und Disziplinbruchherrlichkeiten die Arbeiterorganisationen ruinieren wollen.“

Die Fassung der Resolution scheint zu einer solchen Bemerkung nicht ohne weiteres eine Verächtigung zu geben. Um diese Fassung verstehen zu können, muß man lesen, was die „Bergarbeiter-Zeitung“ über den Verlauf der Diskussion selbst bringt. Wir zitieren wörtlich und mit allen Auszeichnungen des Originals:

„Selbstredend hatte sich der Aktionsausschuss auch mit den gegenwärtigen Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung zu befassen. Das war schon notwendig, weil sich herausstellte, daß in einigen rheinischen Orten von außerhalb des Bergarbeiterverbandes stehenden anarchoindustrialistischen Elementen der Versuch gemacht wurde, die in der sozialdemokratischen Partei wählenden Streitigkeiten auch auf die Gewerkschaften, nicht zuletzt auf den Bergarbeiterverband zu übertragen. Auch sonst sind bestimmte Zeitungen eifrig bemüht, nach dem Grundsatz: Partei und Gewerkschaft sind eins“, die Gewerkschaft in den Parteistreit hineinzuzerren.“

Dem Aktionsausschuss wurde zunächst ein ausführlicher Bericht gegeben über die Situation. Die eigentlichen Triebkräfte

der Streitigkeiten seien nicht erst während des Krieges aufgetreten, sondern hätten sich schon vorher bei der Zerlegungsarbeit befunden. Gegen die langsam bekanntem anarchoindustrialistischen Zerstückelungen einer bestimmten überinternationalistischen Gruppe hätten sich aber gerade die Vertretungen des Bergarbeiterverbandes lange vor dem Kriege in der entschiedensten Weise ausgesprochen. Das wurde von der Mitgliedschaft stets gutgeheißen. Wenn also seitens der anarchoindustrialisten nun von „Zuschüngen des Proletariats“ und „schamlicher Haltung“ geredet und geschrieben würde, so beträfe das den Bergarbeiterverband absolut nicht, weil er den Anarchoindustrialisten, Kriegsstreikern und Putschisten niemals Hoffnungen gemacht habe! Was der Verband während des Krieges getan und was er nicht getan habe, das entspräche durchaus den allein maßgebenden Beschlüssen seiner Generalversammlungen. Das sei durch den Vortrag der entscheidenden Beschlüsse unserer Generalversammlungen, auch durch Erklärungen auf den internationalen Bergarbeiterkongressen und in der Verbandszeitung leicht nachzuweisen. Was der Verband zu tun oder zu lassen habe, darüber bestimmten seine Mitglieder durch ihre Delegierten! Jemand wer sonst, und sei es eine noch so „internationale Verühmtheit“, habe dem Bergarbeiterverband keinerlei Vorschriften zu machen. Die Neutralität des Bergarbeiterverbandes gegenüber allen parteipolitischen und religiösen Gruppen sei statutarisch festgelegt, würde von der Verbandszeitung streng gehandhabt und habe sich nun während der Kriegswirren besonders gut bewährt. Wir machten keiner politischen oder religiösen Partei Vorschriften, ließen uns aber auch von dort keine Vorschriften machen! Wir alle seien Verehrer des Krieges und Freunde dauernder Völkerverständigung. Darum seien wir nicht inkonsequent, wenn wir, um das Aller schlimmste von unseren Heimatlande fernzuhalten, Verräter der Landesverteidigung sind. Auch darüber ließen wir uns nicht durch von Land zu Land bagierenden „Heberinternationalisten“ und bedauernswerten Wirrblößen irre machen! Andererseits sei für die Einigkeit aller Volksgenossen während des Krieges wirksamer, kürzen wir ihn am sichersten ab. Wir treten einfach ein für die Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Zukunft unseres Vaterlandes.“

Auf besondere Anregung des Vorstandes hin beteiligten sich an der mehrstündigen Diskussion über diesen Verhandlungspunkt mit Ausnahme zweier Angelegten nur Delegierte, die noch täglich ihre Grubenschicht verfahren. Es sollte so unmittelbar wie möglich die Stimmung der Arbeitermasse zum Ausdruck kommen. Der Ausdruck war natürlich, was die Beurteilung der Kriegsurachen und der Kriegsfolgen betrifft, nicht einheitlich. Einige Kameraden machten aus ihrer Sympathie mit den Ablehnern der Kriegskredite kein Hehl. Es stellte sich durch die Aussprache heraus, daß die Kameraden durch ihre Lokalpresse in der denkbar einseitigsten Weise über die parlamentarischen und außerparlamentarischen Vorgänge unterrichtet waren! Für die Beurteilung prinzipieller und faktischer Fragen sehr wichtige Tatsachenerörterungen haben diese Blätter ihren Lesern einfach unterschlagen. — Andere Delegierte berichteten, ihre Lokalpresse befolge die Methode, ihre unstreitige Sympathie mit den Spaltungstreibern hinter einer „objektiven“ Berichtserstattung zu verbergen, wobei merkwürdigerweise in der Regel eine Entschuldigung des Disziplinbruchs herauskomme. Da viele Kameraden die Grenzen zwischen Gewerkschafts- und politischen Parteiaufgaben noch nicht streng zu trennen wüßten, bestünde die Gefahr, daß diese raffinierte Entschuldigung der parteipolitischen Disziplinlosigkeit auch auf die Gewerkschaftsdisziplin übertragen würde. Damit würde die Organisation untergraben. Als die betreffenden Kameraden diese und ähnliche Mitteilungen zu Gehör gebracht hatten, erklärten Delegierte, die vordem ihre Sympathie der Gegenseite zuwandten: eine solche Zerstückelungsarbeit sei schandlos, sie müsse rückwärts losgerissen werden! Delegierte aus den Bezirken Silesien, Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Braunschweig-Hannover-Lippe, Ruhrgebiet, Niederrhein, Bismarck und Süddeutschland sprachen sich übereinstimmend scharf aus gegen die Spaltungstreiber. Ein Delegierter aus dem östlichen Westfalen, einer unserer ältesten und opfermütigsten Streiter, der noch täglich seine Hauereisicht verfährt, gab den Bezeichnenden Rat: Die Arbeiter sollten sich nicht mehr um den „Streit der Adolanten und Literaten“ kümmern. Diese Leute hätten überflüssig Zeit zum Streiten, die Arbeiterzeitung müsse ihre freie Zeit für die Organisation verwenden. Wer keine Disziplin halten könne oder wolle, „der gehört nicht zu uns!“ Das war überhaupt der Grundton dieser Diskussion: Reinigung verschiedenheiten sind kein Hebel, sondern regen zum Nachdenken an, aber die Kritik muß kameradschaftlich sein, und wenn die Mehrheit beschlossen hat, muß sich jeder fügen. Wenn das nicht mehr gelten soll, dann ist keine Organisation möglich!

So das recht temperamentvolle Stimmungsbild der „Bergarbeiter-Zeitung“. Wir wollten es unseren Lesern nicht vorenthalten, da es leider die einzige Quelle ist, aus der man sich über die gewiß recht wichtigen Verhandlungen des Aktionsausschusses der Bergarbeiter unterrichten kann. Ein solcher Bericht über die Debatten wäre natürlich für Parteimitglieder und Gewerkschaftsgenossen unendlich wertvoller gewesen. Freilich: Ein Schelm gibt mehr als er hat!

Ausland.

Aus der russischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Seher der Buchdruckerei von Sytin, der größten Drucker Moskwa, fahnen den Beschluß, in vollem Besande in den Buchdruckerverband einzutreten. Außerdem nahmen sie eine Resolution an, in der der nach langer Unterbrechung wieder seine Tätigkeit aufnehmende Verband begrüßt und ihm zugleich empfohlen wird, folgende Fragen in den Vordergrund zu stellen: 1. die Ausarbeitung eines Tarifs, bei dem die vollständige Abschaffung der Akkordarbeit angestrebt werden soll; 2. die Wahl von Werkstatthaltern auf Grund des Gesetzes von 1903 in allen Druckereien und die Schaffung eines Einigungsamtes zur Schlichtung der entstehenden Konflikte in den Betrieben. In allen allgemeinen Fragen wurde als erwünscht erklärt, mit den bestehenden Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereinen, Arbeitergenossenschaften und solchen Vertretungen der Arbeiter, die ihre Lage zu fördern suchen, in engere Beziehungen zu treten. Hierbei wurde als notwendig erkannt, den Vorstand des Verbandes darauf hinzuwirken, daß er den Zusammenschluß aller Arbeiter des Druckereigewerbes, ohne Unterscheidung der fraktionellen Anschauungen, anstreben müsse.

Aus der Partei.

Entgegnung der Berliner Zentralvorstandsminderheit.

Wir werden um den Abdruck folgender Erklärung ersucht: „In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ ist eine Erklärung der Mehrheit des Zentralvorstandes veröffentlicht, die ein Schulbeispiel dafür ist, wie man mit vielen Worten einen klaren Tatbestand verdecken kann. Wir beschränken uns ihr gegenüber darauf, einige Tatsachen sprechen zu lassen, damit sich die Parteigenossen selbst ein Urteil bilden können: Seit Monaten werden in einzelnen Konferenzen heftige Vorwürfe gegen die Berliner Parteileitung erhoben. Sie haben ihren Ausgangspunkt in Sonderzirkeln, die als nächstes Ziel eine

Beseitigung derjenigen Mitglieder des Zentralvorstandes verfolgen, die in Fragen der Parteitätlichkeit anderer Meinung sind, als die von jenen Konventikeln dirigierte Mehrheit des Berliner Zentralvorstandes. Zu diesem Zweck soll eine Generalversammlung des Verbandes berufen werden, die auch dann zur Neuwahl und zur Beseitigung der unbequemeren Personen schreiten soll, selbst wenn diese über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft nicht ablegen können und eine freie Aussprache über die Berliner Parteiverhältnisse unmöglich ist. Darin sind sich alle Richtungen der Opposition einig. Verschiedene Vertrauensmänner der Oppositionsrichtungen haben sich in den einzelnen Kreisen offen dafür ausgesprochen und — ein Beispiel aus neuerer Zeit — einer der berufensten Vertreter einer der Sondergruppen hat erst noch am 25. April in Groß-Lichterfelde die Liste für die Einzelwahlkreise dargelegt. Er befuhrwortete dort ein „diplomatisches Vorgehen“, um auf der Kreisgeneralversammlung durch „Ueber-rumpelung“ den jetzigen Vorstand, „unter allen Umständen“ zu beseitigen. Die Hauptsache sei: „Geld in die Hände zu bekommen“. Der „Vorwärts“ sei aus dem „Haus Lindenstraße 8“ heraus zu bringen und unter die alleinige Kontrolle der Berliner zu stellen. Zuerst sei sicher zu fänden, die anderen kämen dann an die Reihe. In wenigen Monaten sei alles erledigt.“

Unter diesen Umständen, die auch durch weitere Tatsachen erläutert werden können, hält die Minderheit des Zentralvorstandes daran fest, daß eine Generalversammlung, die die Möglichkeit eines Rechenschaftsberichts und freier Aussprache nicht bietet, dem Wortlaut und Sinn des Statuts widerspricht. Alle Ausführungen der Mehrheitserklärung über das Statut beziehen sich auf die Einberufung von außerordentlichen Generalversammlungen. Für die ordentliche Generalversammlung gilt als zwingende Vorschrift, daß ein Bericht der Geschäftsleitung vor der Neuwahl erfolgt. Wir bitten die Mitglieder, ihr Statut nachzulesen.

Wenn die Mehrheit des Zentralvorstandes sogar das „systematische Einberufen der politischen Parteioorganisation“ zu den Bestrebungen der Sonderorganisationen befreit, so beweist das nur ihre Furcht, daß die Parteigenossen davon Kenntnis erlangen könnten. Gegen die Abhaltung eines allgemeinen Parteitages wird von der Opposition immer wieder mit Nachdruck betont: Er sei unmöglich ohne völlige freie Aussprache. Die Groß-Berliner Kreisgeneralversammlung aber soll möglich, für sie soll eine freie Aussprache jedoch nicht notwendig sein!

Da eine solche statutenwidrige Generalversammlung nur dazu dienen soll, die Pläne jener Sondergruppe zur Durchführung zu bringen, halten wir unseren Protest für gerecht.

Kaspar Wenzel, Karl Albold, Adam Vittorf, Ernst Vosner, Emil Voelke, Eugen Ernst, Richard Fischer, Theodor Fischer, Alexander Fröhlich, Albert Bahniak, Julius Jänike, Franz Lucht, Julius Meyer, Alex. Bagels, August Pohl, Friede Ryneck, Gustav Schmidt, Heinrich Schröder, A. Steffenhoffer, Franz Thurov, G. Umlauf, Otto Weis, Richard Weimann, Fritz Wolf.“

Soweit die Erklärung. Wir hätten es für richtiger gehalten, wenn diese Differenzen, wie bisher, innerhalb der Organisation zum Ausdruck gebracht worden wären.

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Am 30. April tagte in Köln eine Wahlkreisleiterskonferenz der oberen Rheinprovinz (Köln-Caarbrücken), die aus 15 Wahlkreisen befaßt war. Genosse Hofrichter berichtete über den Stand der Organisation, die in diesen überwiegend ländlichen Gebieten vor dem Kriege hart zu kämpfen hatte. In den Wahlkreisen Trier und Düren-Jülich hat der Krieg die Organisation fast völlig vernichtet, — in allen anderen Kreisen wird nach vorübergehender Verwirrung wieder gearbeitet. Ein Bild über die Mitgliederzahlen ist einleitend nicht zu geminnen, jedoch beweist die Zunahme in einzelnen Orten, daß auch jetzt mit Erfolg für die Partei gearbeitet werden kann. — Genosse Meerfeld berichtete im Sinne der Fraktionsmehrheit über die Lage in der Partei. In der Aussprache kamen auch Gegner der Kreditbewilligung zum Wort, jedoch mißbilligten sie sämtlich das Vorgehen der Achten, das verwirrend auf die Parteigenossen und abtöndend auf die christlichen und noch indifferenten Arbeiter wirkte, die sich zu uns hingezogen fühlten. Allgemein kam die große Mißstimmung über die Lebensmittelteuerung zum Ausdruck.

Einmütig wurden folgende Entschlüsse angenommen: 1. Die Konferenz beurteilt das Vorgehen der Achten ganz entschieden und fordert, daß allen Zersplitterungsversuchen nachdrücklich entgegengetreten wird. Sie beurteilt noch schärfer die offen auf Parteispaltung gerichteten Bestrebungen der Gruppe Lieblich-Rühle. Ebenso beurteilt aber die Konferenz auch die Aufwertung unnötiger und verwirrender Streitfragen durch eine Anzahl Genossen des rechten Parteiflügels. Alle Sonderbestrebungen haben in dieser geschäftlich demütigenden Zeit hinter dem dringenden Gebot völliger Einheit der Partei zurückzutreten.

Indem die Konferenz verspricht, alles aufzubieten, um den unheilvollen Geist zeretzender Zwietracht aus dem Bezirk der oberen Rheinprovinz fernzuhalten, fordert sie, daß unvermeidliche Auseinandersetzungen innerhalb der Partei streng sachlich und im Geiste der Brüderlichkeit und Duldsamkeit geführt werden.

2. Die Konferenz hält es für die Pflicht der Behörden, auf die verhängnisvollen Folgen der völlig unzulänglichen Lebensmittelversorgung und der längst bis zur Untragbarkeit gesteigerten Preise mit dem größten Nachdruck aufzumerken zu machen. Eine Fortdauer dieser Zustände birgt die allergrößten Gefahren in sich. Die Konferenz verlangt sofortige Maßnahmen radikalster Art: Beschlagsnahme aller Lebensmittel, gleichmäßige Verteilung zu erschwinglichen Preisen, rückwärtslose Verfolgung des schamlosen Wuchers, großzügige Förderung der Erzeugung von Lebensmitteln, nötigenfalls unter Anwendung von Zwangsmahnahmen. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie den parlamentarischen Kampf für die Volksernährung mit der Entschiedenheit führt, die der Not und der Stimmung breiter Volksschichten entspricht. Insbesondere muß mit aller Kraft die Wiederherstellung der Preis- und Medefreiheit angestrebt werden, damit das Volk selbst in den Kampf... eintreten kann.

Die am Sonntag, den 30. April, in Nied stattgehabte Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Höchst-Homburg-Uffingen nahm nach Entgegennahme eines Referats des Abgeordneten des Kreises, Genossen Brähne, und eines Korreferats des Genossen Hente-Vremen in namentlicher Abstimmung mit 38 gegen 30 Stimmen folgende Resolution an:

„Die heutige Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Höchst-Homburg-Uffingen lehnt die Politik der Fraktionsmehrheit ab und billigt die Haltung der 18 Genossen der Minderheit, die zur Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft schritten.“

Die Delegierten sind gewillt, die Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit allem Nachdruck zu unterstützen, getreu dem internationalen Sozialismus, im Sinne des Parteiprogramms und der Grundzüge, die auf dem Boden des... basieren.“

Literatur.

Von der im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstraße 8, erscheinenden Festsammlung „Dokumente zum Weltkrieg 1914“, herausgegeben von Ewald Bernstein, ist am 14. Dst. toeben der zweite Teil vom Ergänzungsbände des Deutschen Reichsbuches erschienen. In dem Dst. werden die Anträge und Notizen der halbamtlichen „Nord. Allgem. Ztg.“, die sich auf die Vorgehensweise und den Ausdruck des gegenwärtigen Krieges beziehen, wiedergegeben. Wir finden Aufsätze über die im Jahre 1912 zwischen Deutschland und England geschlossenen Verhandlungen, über Englands Rolle am Vorabend des Krieges, Kritik des französischen Selbstbuchs „Rundgebung des Reichszanklers gegen Sibiani“, zur Kündigung des Dreibundes, über Italiens Rolle im Dreibund, über Russlands Einwirken auf Serbien, über die Beziehungen zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn usw. — Das Dst. kostet 60 Pf.

Die Redefreiheit im Reichstag.

Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Dienstag ihre Sitzungen wieder auf. An erster Stelle stand die Beratung des Etats des Reichstags. Hierzu hatte die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft folgende Resolution vorgelegt:

1. Es ist unzulässig, daß durch das Präsidium des Reichstags die Presse zu beeinflussen versucht wird, einen von ihm selbst festgestellten Bericht über eine Sitzung oder einen Teil einer solchen zu veröffentlichen, zumal wenn jeder andere Bericht dadurch ausgeschlossen werden soll.

2. Der Herr Präsident wird ersucht, Vorkehrungen zu treffen, daß die Redefreiheit nicht beeinträchtigt, und daß der Redner an der Ausübung seines parlamentarischen Rechts nicht gewaltsam gehindert wird, wie dies am 8. April dieses Jahres gegenüber dem Abgeordneten Dr. Liebknecht geschehen ist.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.) begründet diese Resolution und stellt fest, daß Liebknecht seine Rede nicht fortsetzen konnte, weil ihm ein fortgeschrittener Abgeordneter das Manuskript weggenommen hat. Ein anderes Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei ging sodann dazu über, Liebknecht direkt anzugreifen. Der Präsident hat gegen diese Mitglieder nichts unternommen und hat den Redner nicht geschützt. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, solche Dinge künftig zu vermeiden. Es besteht bereits ein Verbot, die Treppen zu besetzen, die zu den Rednertribünen führen. Dieses Verbot sollte auch angewendet werden. An diese Vorgänge knüpfte sich der Versuch des Präsidenten, die Presse zu beeinflussen, keinen wahrheitsgemäßen Bericht über die Vorgänge zu bringen. Das geht über die Befugnisse des Präsidenten hinaus. Die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sind von dem Vizepräsidenten Baasche zurückgewiesen worden, weil sie eine Kritik der Geschäftsführung des Präsidenten enthalten haben sollen. In Wirklichkeit stellten die Anträge nicht eine Kritik des Präsidenten dar, sie forderten nur Maßnahmen, um zu verhindern, daß Abgeordnete gewaltsam am Reden verhindert werden. In den Funktionen des Präsidenten gehört jedenfalls nicht, die Presse zu beeinflussen. Uebrigens kann dem Reichstag das Recht nicht bestritten werden, Kritik an der Geschäftsführung des Präsidenten zu üben.

Abg. Baasche (Nat.) gibt eine Darstellung über die Vorgänge, die dazu geführt haben, daß der Wunsch die Presse ausgedrückt wurde, den Bericht möglichst zu kürzen. Was Liebknecht gesagt hat, wurde von der Mehrheit des Hauses als landesverräterisch angesehen. Der Präsident hatte das Recht, an die Vertreter der Presse den Wunsch zu äußern, über die bekannten Vorgänge ganz kurz zu berichten, denn er tritt auch den Reichstag nach außen. Den in die Presse gelangten Bericht hat ja auch der Präsident nicht etwa verfaßt. Die Anträge enthielten eine Kritik des Präsidenten, denn es wird ihm unterstellt, daß er die Redefreiheit nicht geschützt habe. Diese Kritik geht weit über den Rahmen des Zulässigen hinaus.

Abg. Dove (Fortf. Sp.) bezweifelt, daß diese Resolution zum Etat des Reichstags gehört. Es wäre besser, sie der Geschäftsordnungscommission zu überweisen. Selbst wenn die Resolution angenommen würde, dann könnten auch noch Zweifel darüber bestehen, was denn nun eigentlich geschehen solle. Die Zusammenhänge der Fortschrittlichen mit Liebknecht fanden erst statt, als Liebknecht das Wort bereits entzogen war, er aber trotzdem versuchte, noch weiter zu sprechen.

Präsident Dr. Kaempf: In eine Diskussion über meine Präsidialtätigkeit werde ich mich nicht einlassen. Ich habe mich im Rahmen der Geschäftsordnung gehalten. Die Entscheidung darüber, wie die Geschäfte zu führen sind, ist meine Sache. Das kann besprochen, es ist damit einverstanden ist oder nicht, im letzteren Falle würde der Präsident die Konsequenzen ziehen. Der Präsident hat aber auch Pflichten gegenüber dem Lande, und zwar vor allen Dingen muß er dafür sorgen, daß verberbliche Wirkungen verhindert werden.

Abg. Gröber (Z.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Doves an. Der Beweis ist nicht erbracht, daß der Präsident seine Schuldigkeit nicht getan hat. Die Resolution kann aber nur auf dieser Voraussetzung beruhen. Dem Präsidenten muß

das Recht zustehen, den Vertretern der Presse einen Wunsch zu unterbreiten. Der Reichstag braucht sich nicht gefallen lassen, daß ein Einspänner sich heiz bemüht, das Vaterland zu schädigen. Wenn ein Abgeordneter Landesverrat zu begehen sich anfängt, dann verdient er keinen Schutz. Die entstandenen Szenen waren gewiß nicht schön, aber schließlich kann man sie begreifen aus der Erwägung heraus, die über das Verhalten Liebknechts das ganze Haus ergriffen hat. Vielleicht werde man dazu kommen müssen, darauf zu verzichten, alle Zwischenrufe in das Protokoll aufzunehmen. Eine absolute Redefreiheit gibt es nicht, denn der Präsident hat das Recht, den Redner am Weiterreden zu verhindern.

Abg. Scheidemann (Soz.): An der Sicherstellung der Parlamentsrechte haben wir das größte Interesse. Vor allem muß die Redefreiheit vollkommen sichergestellt sein. Anlaß zu unserer heutigen Aussprache sind die bedauerlichen Vorkommnisse im Reichstag vom 8. April. Schuld an diesen Vorkommnissen ist mehr die Nervosität, die im Hause herrschte, als gerade diese Rede Liebknechts gewesen. Sie hat mir gewiß nicht gefallen, aber wenn man sie als landesverräterisch bezeichnet, so muß ich dem widersprechen. Hätte Liebknecht seine ganze Rede gehalten, dann würde ihm kein Anstoß gegeben worden und keine Spur von Schanden entstanden sein. Durch das Eingreifen einiger Abgeordneter aber konnte gerade der Anschein erweckt werden, was für „gefährliche“ Dinge Liebknecht vielleicht noch hätte sagen können. Ich bin für jeden besseren Schutz der Parlamentsrechte, aber die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bergen die Gefahr in sich, daß wohl der Präsident, nicht aber die Abgeordneten mehr Rechte bekommen. Man soll Änderungen der Geschäftsordnung oder auf Änderung der Geschäftsordnung abzielende Resolutionen nicht aus dem Handgelenk vornehmen, am wenigsten in der jetzigen Zeit. Ich habe die Befürchtung, daß die Kommission, wenn wir überhaupt in die Materie hineinsteigen, wohl Änderungen vornehmen könnte, die das Gegenteil dessen bringen, was die Antragsteller wünschen. Vorkommnisse, wie sie sich am 8. April abgespielt haben, können leicht verhindert werden, wenn auf keiner Seite das Verantwortlichkeitsgefühl ausgeschaltet wird. Die Rednertribüne ist übrigens ausreichend geschützt durch die Bestimmung, daß der Platz um die Szenographen und auf den Treppen, die zur Tribüne führen, frei gehalten werden müssen. Weitere Nachbefugnisse braucht der Präsident nicht. Darauf läßt aber der Antrag hinaus, der von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gestellt worden ist. Die Berichterstattung über Verhandlungen des Reichstags in der Presse muß unter allen Umständen gewährleistet werden. Die Verhandlung hat erfreulicherweise ergeben, daß der Präsident hier nicht eingegriffen, sondern nur den Wunsch geäußert hat, in einem bestimmten Falle mehr summarisch zu berichten. Wenn also Änderungen der Geschäftsordnung verlangt werden, dann müßte die Geschäftsordnungscommission die Sache gründlich prüfen.

Ledebour wendet sich gegen Gröber. Der Präsident ist nicht über jede Kritik erhaben. Daß der Präsident gesehen hat, daß Liebknecht das Manuskript fortgenommen wurde, ist nicht behauptet worden. Der Redner erklärt, die Resolution verlange keine Änderung der Geschäftsordnung. Sie wolle nur Vorkehrungen zum Schutze der Redefreiheit getroffen wissen. Die Bestimmung, die verhindern soll, einen Redner am Sprechen zu verhindern, besteht schon, aber sie muß auch angewendet werden. Darüber besteht kein Zweifel, daß kein Abgeordneter das Recht hat, gegen einen anderen tätlich zu werden. In der Rede Liebknechts war nichts enthalten, was als Landesverrat gedeutet werden konnte. Es handelt sich hier auch gar nicht um die Person Liebknechts, sondern um die Rechte des Parlaments. In der Beschränkung der parlamentarischen Berichterstattung hat der Präsident nicht richtig gehandelt. Sein Eingreifen hat einen weit schlimmeren Eindruck gemacht, als es die Veröffentlichung des wahrheitsgetreuen Berichtes vermocht hätte. Die Annahme der Resolution liegt im Interesse des Ansehens des Parlaments.

Abg. Liesching (Sp.) bespricht eingehend das Verhalten Liebknechts, der die Parlamentsrededefreiheit mißbraucht habe. Darauf erkläre sich auch die gegen ihn bestehende Erregung, und diese Tatsache mag auch das Vorgehen gegen Liebknecht als begründet erscheinen lassen.

Abg. Roske (Soz.) Wer die Resolution ablehne, schädige wieder das Parlament noch seine Rechte. Gelegenheitsgesetze haben stets

ihre großen Nachteile. Die Tendenz der Resolution ist, die Disziplinargewalt des Präsidenten zu stärken. Das Wolfsbureau hat zuerst einen eingehenden Bericht über die Szene verbreitet, der auch von vielen Wählern abgedruckt worden ist. Erst später wurde der Bericht zurückgezogen. Aus ersterer Tatsache geht hervor, daß eine Unterdrückung wahrheitsgemäßer Berichte nicht stattgefunden hat. Mit dem zweiten Teil der Resolution erreicht man das Gegenteil dessen, was anscheinend damit bezweckt werden soll. Wenn man die Disziplinargewalt des Präsidenten stärkt, dann kann das für die Redner der Opposition später recht unangenehm werden. Man möge die Angelegenheit in der Geschäftsordnungscommission besprechen; er werde jedenfalls gegen die Resolution stimmen.

Abg. Oertel meint, man müsse dem Präsidenten dankbar sein, daß er bestrebt war, das Interesse des Vaterlandes zu wahren. Wenn die Angelegenheit der Geschäftsordnungscommission überwiesen werde, seien die Konservativen gern bereit, an der Erweiterung der Rechte des Präsidenten mitzuarbeiten.

Abg. Hoch (Soz.) erklärt darauf, daß diese Drohung ihn nicht berühren könne. Es gelte, die Rechte der Minderheit zu schützen. Wenn man auch das Verfahren eines Abgeordneten nicht billige, dürfe man ihm noch immer nicht vorwerfen, er schädige die Wucht des Vaterland. Daß die Presse beeinflußt wurde, kann nicht bestritten werden. Das müßte einen weit schlechteren Eindruck machen, als wenn man Liebknecht hätte reden lassen, der Schachsekretär wäre dann in der Lage gewesen, die Ausführungen Liebknechts zu widerlegen. Die Resolution ist nur ein Protest gegen die Unterdrückung der Minderheit. Er werde deshalb für die Resolution stimmen.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.) polemisiert kurz gegen Dove und stellt fest, daß dem Präsidenten im ersten Teil der Resolution kein Tadel ausgedrückt werden soll. Dagegen will der zweite Teil zum Ausdruck bringen, daß die Beeinflussung der Presse nicht zu billigen ist. Wenn die Konservativen die Resolution beizugehen wollten, die Redefreiheit einzuführen, so wäre das keine Konsequenz der Resolution, sondern eine mißbräuchliche Anwendung. Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Ledebour und Gröber kam es zur Abstimmung. Der erste Satz der Resolution wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Abgeordneten Hoch, Hofrichter, Ledebour und Wibel. Der zweite Absatz wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Abgeordneten Hoch, Hofrichter und Ledebour.

In der Sitzung am Mittwoch wird zunächst das Gesetz über die Kapitalabfindung der Kriegsbeschädigten zur Beratung gelangen.

Die Reichsvereinsgesetznovelle.

Am Montag hat der Bundesrat einer Novelle zum Reichsvereinsgesetz zugestimmt, gestern ist sie dem Reichstag zugegangen und wird voraussichtlich heute zur Verteilung gelangen.

Vor länger als einem Jahr, am 20. März 1915, überwies der Reichstag dem Reichkanzler einen Antrag zur Veränderrung, der die beruflichen Vereine nicht mehr als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes zu betrachten verlangte. Ferner wurde ein Gesetzentwurf einer Kommission überwiesen, der die Beschränkungen aufgehoben wissen wollte, denen der Gebrauch einer fremden Sprache in Versammlungen und Personen unter 18 Jahren nach dem Vereinsgesetz unterliegen. Die Kommission schlug einen Gesetzentwurf vor, der nach drei Richtungen hin das Vereinsgesetz ändert. Es sollte danach erstens als politischer Verein nur ein Verein gelten, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern und ausdrücklich — einer von der Regierung im April 1908 bei Gestaltung des Vereinsgesetzes abgegebenen, aber von der Rechtsprechung nicht eingehaltenen Versicherung entsprechend — war angelegt worden: „Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Ständevereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in ihren Versammlungen erörtern.“ Außer dieser Freistellung beruflicher Vereine von den politischen

Daß eine solche Entschlossenheit das heutige Frankreich befeelt, wird auch von anderer Seite bestätigt. Die Stimmung hat jedoch im arbeitenden Volk wenig mit dem ehemaligen Chauvinismus gemein. Für diesen hat die sozialistische Ideenwelt zu tiefen Wurzeln geschlagen. Man läßt nicht „pour la gloire“ und träumt nicht von Triumphzügen. Was eine sensationslüsternen Heypresse schreibt, hat keine Herrschaft über die Geister. Und auch in Frankreich findet man den wildsten Haß und die tollsten Raschegedanken nicht im Volk, sondern in bestimmten Gelehrtenkreisen.

Sehr geringe Aussichten haben nach Vorstis Schilderung der Verhältnisse die Pläne, Engländer und Franzosen in absehbarer Zeit wieder auseinander zu bringen. In beiden Nationen ist das Gefühl solidarischer Zusammengehörigkeit tief eingewurzelt. Vorwürfe, welche einzelne Politiker und Journalisten nach haben oder nach drüben hin richten, werden daran so wenig etwas ändern, wie das deutsch-österreichische Bündnis durch journalistische Sticheleien oder Kritik von Politikern auseinandergeritten werden wird, solange die Voraussetzungen fortbestehen, denen es seine bisherige Existenz verdankt. Gegner hatte die anglo-französische Entente vor dem Krieg in England nur bei den entgegengesetzten politischen Demokraten, die ihr Land nicht der Gefahr ausgesetzt sehen wollten, durch die Politik der französischen Hochfinanz und der Revolutionskriege in einen Krieg verwickelt zu werden. Genau wie in Frankreich die entchiedene Demokratie (Linksrädler und Sozialisten) sich dagegen auflebten, daß ihr Land Werkzeug der Politik der englischen Imperialisten werde. Nun der Krieg doch gekommen ist, ist dieser Opposition die Kraft auf längere Zeit entzogen worden. Er hat die beiden Nationen zusammengeschweißt.

Der Haß gegen Deutschland ist in England nicht so intensiv, wie in Frankreich, und zwar schon deshalb nicht, weil der Engländer die deutschen Wutausbrüche gegen sein Land für Zeichen einer moralischen Schwäche nimmt. „Ich will Ihnen sagen, warum man uns in Deutschland haßt“, erklärte Vorst in England, mit dem er über den Krieg sprach und der von ihm als intelligent und Kenner der deutschen Verhältnisse bezeichnet wird. „Alles, was Sie da sagen, sind Scheingründe. In Wirklichkeit haßt man uns am meisten, weil man uns für den mächtigsten und gefährlichsten Gegner hält.“

Dieser selbe Engländer wollte namentlich nicht zugeben, daß die englische Ausbungerungsblockade etwas Unerhörtes sei. So meinte er u. a.:

Wir können es nicht ernst nehmen, wenn man in Deutschland unsere Blockadepolitik für verberderisch erklärt. Denn die Deutschen würden, wenn sie in der Lage wären, genau so handeln. Wir wissen ja in der deutschen einschlägigen Literatur auch Bescheid und kamen zum Beispiel Volkes Dreiwöchler mit Professor Winckler genau, in dem sich Volke dafür ausdrückt, daß im Kriege alle Hilfsquellen des feindlichen Landes, darunter gerade auch die Lebensmittel, zum Gegenstand des Angriffs gemacht werden müssen. Wir wissen auch, daß sich der deutsche Generalstab zum Beispiel in seiner Schrift über den Kriegsbegriff im Landkrieg auf denselben Standpunkt gestellt hat. Unsere Blockadepolitik mag unangenehm sein, aber wie kommt man dazu, sie für „verberderisch“ zu erklären? Sie ist sogar ein sehr humanes Kriegsmittel. Wenn eine solche Politik nicht, so wird nämlich niemand Hungerern; denn ehe es so weit käme, wäre der be-

Zwei Bücher über Feinde.

Von Ed. Bernstein.

II.

Nächst das Gutmännische Buch uns im wesentlichen die Völker in subtiler Gestalt vor, so macht ein anderes Buch uns mit den zwei großen Nationen des Westens, mit denen Deutschland im Krieg liegt, in ihrer heutigen konkreten Wirklichkeit bekannt. Es ist dies die vor kurzem im Verlage von S. Fischer-Berlin erschienene Schrift von Hans Vorst „Im Kriege durch Frankreich und England“. Der Verfasser, Staatsbürger eines neutralen Landes, war durch die Staatszugehörigkeit in die Lage versetzt, sich in den im Titel seiner Schrift bezeichneten Ländern auch während des Krieges frei zu bewegen. Er hat Frankreich und England im Jahre 1915 bereist und seine Eindrücke in Briefen an das „Berliner Tageblatt“ niedergeschrieben, die nun in seinem Buch gesammelt vorliegen. Sie sind Zeugnisse der Gabe feiner Beobachtung und eines klugen, nüchternen Urteils. Der Verfasser ist nicht neutral in dem Sinne, daß ihm der Sieg Deutschlands und seiner Verbündeten über ihre Gegner gleichgültig wäre, aber er ist Parteimann für Deutschland ohne Haß gegen die Völker auf der anderen Seite und vergißt im Kriege nicht, daß auf ihn eine Zeit folgt, wo die Völker wieder miteinander werden auskommen müssen und es für alle das Beste sein wird, wenn sie sich vorher nicht bis zu einem Generationen währenden Haß ineinander verbissen haben. Mit einem gewissen Stolz spricht er davon, daß die Deutschen die anderen Völker gerechter beurteilen, als diese die Deutschen. Obwohl unser Verfasser in Bezug auf den Krieg selbst schmerzlich von den Ausländern als gerechter Beurteiler anerkannt werden wird, kann doch soviel gesagt werden, daß sein Buch im ganzen die besseren Ueberlieferungen unserer Literatur aufs würdigste aufrecht erhält. Seine lebendig geschriebenen Berichte tragen in der Tat, wie nach der Ära des Buches es in den „Preussischen Jahrbüchern“ von ihm heißt, „das Gepräge der Wahrheit an der Stirn“. Wer in der Literatur Frankreichs und Englands einigermassen bewandert ist und in beiden Ländern mit den verschiedenen Volkselementen in Berührung gekommen war, den überläßt an den Gesprächen, die Vorst von ihnen mitteilt, höchstens das eine, daß sie wohl Veränderungen in der Volksstimmung erkennen lassen, daß aber im übrigen jedesmal die Volkseele genau so sich in ihnen offenbart, wie er selbst sie in ihren Schwächen und Tugenden kennen gelernt hatte. Die reizbare Subjektivität der Franzosen und ihre lebendige Einbildungskraft, der Tatkraftsinn der Engländer und ihr Glaube an ihre Mission als auserwählte Vertreter der Freiheitstheorie haben durch den Krieg wohl eine Stögerung, aber keinerlei Veränderung ihres Wesens erfahren, und die zutrauliche Art des einfachen Mannes in Frankreich ist offenbar ebenso dieselbe geblieben, wie der Sinn für derben Humor in breiten Kreisen des englischen Volkes.

Selbstverständlich sind Engländer wie Franzosen fest davon überzeugt, gegenüber den Deutschen die gerechtere Sache zu vertreten, wobei die Franzosen sich obendrein darauf berufen, daß nicht ihr Land den Krieg erklärt hat, sondern er ihm erklärt und durch

Druck der belgischen und luxemburgischen Neutralität in es hineingetragen worden sei. Bei den Engländern mischen sich sentimentale und Nützlichkeitsbetrachtungen in die Begründung ihrer Teilnahme am Krieg. Daß die Rücksicht auf Belgien nicht der Hauptgrund gewesen sei, gab Vorst die meisten Engländer zu, die er sprach. Am rücksichtslossten ein älterer einfacher Mann, mit dem er sich in einer der Rhodischen Inseln in ein Gespräch eingelassen hatte. „Wenn wir nicht dabei wären, dann wäre schon längst Frieden“, bemerkte ihm der Alte plötzlich. Und als Vorst ihn fragte, wie jener das meine, erhielt er zur Antwort:

„Sehr einfach: Frankreich und Rußland wären längst besetzt und hätten Frieden schließen müssen. Daß ihnen die Unterstützung des englischen Landheeres gefehlt hätte, ist noch das wenigste. Aber wenn wir nicht dabei wären, hätte ja Deutschland das Meer beherrscht. Frankreich hätte nicht einmal seine Kolonialtruppen auf den Kontinent bringen können, von amerikanischem Kriegsmaterial gar nicht zu reden. Rußland wäre vollständig isoliert gewesen. Italien hätte nie gewagt, in den Krieg einzugreifen. Die türkischen Truppen wären zur Verwendung gegen Rußland frei gewesen, und die Zentralmächte hätten aus der ganzen neutralen Welt Kriegsmaterial erhalten können, soviel sie wollten. Man kann doch gar nicht daran zweifeln, daß unter diesen Umständen Rußland und Frankreich längst gesungen gewesen wären, Frieden zu schließen. Und wie wäre es uns dann gegangen? Von der Kriegskontribution hätte Deutschland in wenigen Jahren eine Flotte bauen können, stärker als die englische. Unsere möglichen Bundesgenossen wären auf lange Zeit hinaus geschwächt gewesen. Unter solchen Umständen könnten wir es auf eine Kraftprobe nicht mehr ankommen lassen und müßten tun, was Deutschland will.“

Bei diesem Gedanken habe der Mann wäsend in seiner Felle herumgestandert und geschlaffen: „Es wäre eine ungeheure Dummheit gewesen, wenn wir nicht mitgemacht hätten.“

Vorst meint, diese drastische Darlegung habe nach seinen Eindrücken „durchaus die Meinung des englischen Volkes“ widergespiegelt, und es dürfte damit Recht haben. Die Furcht vor der deutschen Oberherrschaft in Europa ist ja heute noch eines der stärksten Motive, die in den Ententeländern der Friedensbegehrte Wege stechen. In Frankreich hat sie eine solche Gewalt über die Geister, daß sie jeden Gedanken unmittelbar der materiellen Zweckmäßigkeit vollständig erdrückt. Im Bewußtsein ihrer großen Schwäche können die Franzosen den Gedanken nicht ertragen, einem militärischen Deutschland unterlegen dazustehen. Vorst begegnete bei ihnen einer allgemeinen Entschlossenheit, im Notfall das Bestehe bei ihnen einer allgemeinen Entschlossenheit, im Notfall das Bestehe daran zu sehen, ehe man sich von Deutschland den Frieden diktiert lassen müsse. An ältlicheren Monteur, mit dem er sprach, und der aus seinen sehr entschiedenen sozialistischen Anschauungen gegen den Krieg keinen Rest machte und sich von jedem Haß gegen die Deutschen frei zeigte, meinte am Schluß der Krieg würde erst ein Ende haben, wenn die Völker sich zusammenschließen und öffentlich erklärten, daß sie einander nichts rauben wollten. Keine der großen Mächte, die jetzt miteinander kämpften, würde in einen Frieden einwilligen, der ihren Besitz schmälerte.

„So stehen wir Sozialisten auch. Und so muß es sein. Denn stolz sind wir auch. Nehmen wollen wir nicht. Aber solange man uns etwas nehmen will, solange werden wir den Krieg fortsetzen, und wenn auch wir Alten ins Feld müßten.“

Vereinen auferlegten Fesseln verlangte der Gesetzentwurf Beseitigung des Sprachenparagrafen und der Vorschrift aus dem Vereinsgesetz, die Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verbietet, Mitglieder von politischen Vereinen zu sein oder in deren Versammlungen oder in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend zu sein.

Am 27. August 1915 stimmte der Reichstag diesem Gesetzentwurf zu — eine Zustimmung des Bundesrats ist nicht erfolgt. Die Regierung verspricht, sie werde wenigstens dem auf berufliche Vereine sich beziehenden Verlangen entsprechen und baldigst eine Vorlage in diesem Sinne dem Reichstag zugehen lassen. Dies Versprechen wurde noch am 7. April d. J. wiederholt.

Die Vorlage bleibt nach den uns gewordenen Informationen weit hinter den Erwartungen zurück, die man in weiten Kreisen hegte. Die Novelle beschränkt sich im wesentlichen auf die Bestimmung, daß die §§ 8 und 17 des Reichsvereinsgesetzes (Verpflichtung zur Einreichung der Satzungen, Ausschluß Jugendlicher unter 18 Jahren) künftig nicht mehr Anwendung finden sollen auf solche Vereine (Gewerkschaften), die sich lediglich die Verbesserung des Arbeits- und Lohnverhältnisses ihrer Mitglieder zur Aufgabe gemacht haben. Rein politische Betätigung bleibt also den Gewerkschaften unterzogen; auch das Koalitionsverbot für landwirtschaftliche Arbeiter wird, soweit es besteht, nicht aufgehoben. Ebenso wenig der Sprachenparagraf und der wesentlichste Teil der Beschränkungen in der Betätigung Jugendlicher. Eine Unpolitischklärung der Berufsvereine ist nicht erfolgt.

Einen über Erwarten großen Erfolg haben also die einflußreichen Kreise erzielt, die, wie wir bereits mitteilten, den Bundesrat zu bestimmen suchten, die Novelle auf die Unpolitischklärung der Berufsvereine zu beschränken. Selbst dazu hat sich die Regierung nicht entschließen können. Sie hat natürlich auf diese Art den Wünschen dieser Kreise, die für die Organisationen der Landarbeiter und der Staatsarbeiter eine ausnahmerechtliche Stellung wünschten, in der besten Weise Rechnung getragen. Gegen diese Ausnahmestellung der Landarbeiter und Staatsarbeiter hatte sich auch eine von uns bereits erwähnte Eingabe der Gesellschaft für soziale Reform gemeldet. In dieser Eingabe hieß es:

Die landesrechtliche Sonderstellung der Landarbeiter und Dienstboten durch § 24 des Reichsvereinsgesetzes, über deren grundsätzliche Berechtigung oder Nichtberechtigung hier nicht gesprochen werden soll, bezieht sich nur auf bestimmte Koalitions-handlungen oder Verhandlungen zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit und findet überdies nur noch in den alten preussischen Provinzen Anwendung. Die Vereinigungsfreiheit als solche wird dadurch nicht berührt: Die Landarbeiter und Dienstboten genießen vielmehr in allen Fragen, die nicht auf die Einstellung oder Verhinderung der Arbeit sich beziehen, das volle Vereinigungsrecht gemäß dem Reichsvereinsgesetz wie alle übrigen Reichsangehörigen. Falls hingegen bisher irgend noch ein Bedenken bestanden haben sollte, so hat das Kriegserlebnis des deutschen Volkes und die unterschiedslose Kampf- und Opferbereitschaft aller Schichten die Notwendigkeit unüberwindlich bewiesen, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung für alle zu voller praktischer Geltung zu bringen und die Landarbeiter- und Dienstbotenvereine nicht länger als soziale Organisationen minderen Rechtes zu behandeln. Es wäre mit der Loslöse, daß die Staats- und Gemeinbediensteten und die ländlichen Arbeiter mit ihren städtischen Kameraden Schulter an Schulter während der Kriegszeit kämpfen und bluten und sich des höchsten Vertrauens der Nation würdig erweisen, unvereinbar, ihnen bei der Heimkehr in die Friedensarbeit, wenn es sich um Wahrnehmung der arbeitsvertraglichen Interessen handelt, die gleiche Vereinigungsfreiheit wie den Arbeitern der privaten Gewerbe zu versagen, unbeschadet der bestehenden Regelung des Streikrechtes in gemeinnützigen landwirtschaftlichen und öffentlichen Betrieben. Auch würde die sozialrechtliche Sonderstellung der Landarbeiter die für Deutschland künftig drohende ernste Gefahr einer steigenden Abwanderung vom Lande in die Stadt noch verschärfen, während im Gegenteil alles

troffene Staat auf unblutige Weise gezwungen, Frieden zu schließen.

Was sich darauf antworten läßt, braucht nicht des längeren dargelegt zu werden. Wenn die Abschneidung der Lebensmittelzufuhr auch nicht direkt tötet, so wissen wir doch, wieviel Leid sie zur Folge haben und dadurch indirekt auch tödend wirken kann.

Unmittelbar töten natürlich Tauchboot-Torpedos und Zeppelin-Bomben. Vorst beschreibt an verschiedenen Stellen die zerstörende Wirkung, welche in der City von London und in anderen Stadtvierteln der Themsestadt von Geschossen der letzten Gattung während seines Aufenthaltes angerichtet wurden. Grauenhaft anzusehen war nach ihm das Bild von Zerstörungen in dem blühenden Geschäftsviertel, das zunächst der Bank von England liegt, und von denen die Engländer überzeugt waren, daß sie dem berühmten Selbistitut selbst galten. Auch Häuser in der Umgebung der gewaltigen St. Pauls-Kirche wurden von Bomben zerstört, und Vorst bezeichnet es als ein betäubendes Symptom der Vergiftung der Gemüter durch die antideutsche Propaganda, daß „weite Kreise des Volkes in London ganz ehrlich daran glauben, daß die Deutschen einen Luftangriff gerade auf die St. Pauls-Kathedrale planten“. Es sind aber nicht nur englische Hege, die zur Bildung dieser Meinung beigetragen haben.

Auch auf den mitten in einem Wohnviertel gelegenen, von Pensionen und Hospitälern umgebenen Queens Square in nächster Nähe des britischen Museums waren Bomben geworfen worden, so daß, schreibt Vorst, „leicht Schanden hätte entstehen können, der auch dem deutschen Empfinden sehr nahe gegangen wäre“. Man müsse das letztere offen ansprechen, um der Ausbeutung solcher Vorkommnisse durch Deutscheinnde entgegenzuwirken. Fraglich ist indes, ob dies allein schon genügen würde, jene Wirkung zu erzielen.

Am ganzen hat sich nach Vorst's Schilderung das Londoner Publikum insofern an die „Zeppeline“ und ihr Zerstörungswert gewöhnt, daß es ihrem Erscheinen mehr mit fatalistischer Neugier als mit wirklicher Furcht entgegenfiehet und man von einer eigentlichen Einschüchterung durch sie nicht reden könnte. In bezug auf die Gewöhnung an Gefahren ist die Menschenatur eben ungleichmäßig anpassungsfähig. Von größerer Dauer ist die Rückwirkung auf die Empfindungen gegenüber der Nation der Bombenwerfer. Sie trägt dazu bei, die Aussicht auf einen baldigen Friedensschluß zu verringern. Vorst ist in bezug auf diesen Punkt pessimist. Deutschland, weil der Erfolg auf seiner Seite liegt, und die Gegner, weil sie dies wüßten, hätten jeder keine Reue, zuerst die Hand zum Frieden zu bieten. „Unsere Feinde sind Menschen wie wir und werden, ehe sie sich als besiegt erklären, kämpfen, wie wir es tun würden, wenn wir in ihrer Lage wären, nämlich bis zur Erschöpfung“. Bis dahin sei aber noch ein weiter Weg.

Trotzdem schließt Vorst mit dem hoffnungsvollen Ausdruck, daß das Ende des Krieges der Sieg der Humanität sein werde. Wir wollen es mit ihm hoffen und alles, was in unserer Macht steht, tun, daß das Wort Wahrheit werde. Von seinem Buch aber nehmen wir mit der Veremerkung Abschied, daß sein politischer Standpunkt zwar weit von dem unseren abweicht, der freimut, der aus ihm spricht und der offene Blick, von dem es Zeugnis ablegt, auch nach unserer Meinung die größte Anerkennung verdienen. Immer wieder erinnert es an das schöne Wort des Terenz: „Ich bin ein Mensch, und nichts Menschliches erachte ich als mir fremd.“

geschaffen sollte, der Arbeiterschaft das Leben auf dem Lande anziehlicher als bisher zu gestalten.

Nicht minder entschieden wandte sich gegen die Absicht, bei der angekündigten Reform des Vereinsrechts der Gewerkschaften abermals ein Ausnahmestück für die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu schaffen, die „Reichs-Landtags-Korrespondenz“ der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrranstalten, die Verbände mit 130 000 Mitgliedern vertritt. In einem Artikel wies sie auf die Kriegslasten hin, die von den Eisenbahnern und den Postbeamten getragen worden sind. Angesichts dieser Lasten müsse es als ein großes Versehen an den Volksrechtern bezeichnet werden, wenn sich zurzeit gewisse politische Kreise alle Mühe geben, die Staatsbediensteten bei der bevorstehenden Novelle zum Reichsvereinsgesetz auszuschalten. Dies würde für sie eine Verschlechterung des jetzigen Rechtszustandes bedeuten, noch mehr: es wäre ein ganz rigoroser Ausnahmestück. Heute beschäftigen sich die Staatsangestelltenverbände in weitestem Umfange mit Fragen, die außerhalb des engeren Rahmens der Dienst-, Arbeits-, Gehalts- und Lohnverhältnisse liegen, mit dem Lebensmittelmangel, der Wohnungs- und Bodenfrage usw. Das alles aber seien „politische“ Fragen. Würden die Staatsbediensteten bei der Novelle zum Vereinsgesetz ausgeschaltet, so könnten sie mit einem Schloß zu politischen Vereinen erklärt werden und dann alle Erschwerungen solcher zu tragen bekommen. Der Zweck dieser Ausschaltung gehe allerdings noch weiter:

Man will endgültig den Staatsangestellten den Weg zur reichsgesetzlichen Regelung ihrer Koalitionsbestrebungen, die heute vollständig in der Luft hängen, verammeln. Die reaktionären Kreise drücken in dem geschilderten Sinne vermittelst der preussischen Stellen (wie bei der Lebensmittelverorgungsorganisation) auf die Reichsleitung. Diese bleibt entweder fest, was wir nach der Erklärung des Ministerialdirektors Lewald am 7. April im Reichstags auf eine Anfrage des Abgeordneten Scheidemann fast zu hoffen wagen, oder sie gibt nach und versucht den bürgerlichen Mittelparteien und der gesamten Linken die Sache mit den üblichen Argumenten schmachtlich zu machen, daß die geplanten Änderungen des Reichsvereinsgesetzes doch einen großen Fortschritt für die Privatarbeiter bedeuteten, daß mit einem Male nicht alles erreicht werden könne, daß man die „Abschluszahlung“ doch vorläufig einmal annehmen möge usw. usw.

Wir würden der Volksvertretung des Reiches in diesem Falle jedes moralische Recht absprechen, den Privatarbeitern rechtliche Fortschritte (die wir diesen gewiß gönnen) auf Kosten von ausnahmerechtlichen Maßnahmen gegenüber den Staatsangestellten zu geben. Wir würden gegen eine solche Reichsvereinsgesetzgebung den allerhöchsten Einspruch erheben müssen. Wir würden weiter unsere Kollegen im Lande auffordern müssen, Abgeordneten, die so mit unseren Grundrechten umspringen, bei den kommenden Wahlen rücksichtslos die Stimmen vorzuhalten. Im Jahre 1916 darf mit uns nicht 1816 gespielt werden.

Das ist eine deutliche Sprache gegen die Quertreiber auf Schaffung neuer Ausnahmegesetze. Die Regierungsvorlage hat den gehegten Befürchtungen leider in überaus reichem Maße recht gegeben. Für die Landarbeiter und Staatsarbeiter ist zwar kein Ausnahmestück geschaffen worden. Es brauchte nicht geschaffen werden, weil die geforderten Rechte auch den gewerblichen Arbeitern nicht eingeräumt werden sollen. Die gewerblichen Arbeiter werden nicht minder enttäuscht sein wie die Landarbeiter und Staatsarbeiter. Sorgen hoffen wir den Text der Novelle bringen zu können.

Politische Uebersicht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Dienstag abend folgenden schleunigen Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode auszusetzen und die über ihn verhängte Haft aufzuheben.

Noch einer

Nach Herrn Dr. Heßscher mit seiner „Der Liebknecht“ meldet sich nun noch ein zweiter Freisinnvertreter zum Wort. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Neumann-Hofer schreibt im „Berl. Tageblatt“:

Wie ich lese, hat mein fraktionskollege Dr. Heßscher in der Presse für eine Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags ausgesprochen. Ich möchte deshalb meinen entgegengelegten Standpunkt kurz begründen:

Zunächst würde ich es sehr bedauern, wenn Herr Liebknecht die Genußnahme erhalte, das Bedenken an seine Ausschreitungen durch eine „Der Liebknecht“ verweigert zu sehen. Sodann wäre es sehr bedenklich, die fast vollständige Einmütigkeit des Reichstags in der Beurteilung des Liebknechtschen Auftretens durch Maßnahmen zu tören, die scharfe Gegensätzlichkeiten hervorgerufen hätten. Endlich aber hätte es doch nur dann einen Sinn, zu solchen Maßnahmen zu greifen, wenn sie wirklich geeignet wären, dem Uebel abzuhelfen. Ist darauf zu hoffen? Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht! Die gewaltsame Entfernung eines ausgeschlossenen Abgeordneten verbessert die Lage nicht, sondern verächtlicht sie; da wird besser durch Sättigung der Sitzung geholfen. Und dadurch, daß man dem Präsidenten unter gewissen Umständen das Recht der sofortigen Wortentziehung gibt, statt der Wortentziehung durch das Haus nach dreimaligem Ruf zur Ordnung oder zur Sache, wird auch nicht viel erzielt; denn wenn jemand, wie es bei Herrn Liebknecht ja leider offenbar der Fall ist, mit kaltem Blut und bewusster Verachtung von der Tribüne des Reichstags herab Hochverrat treiben will, so wird er immer noch genug sagen können, bevor ihn die Wortentziehung erreicht. Nun und so weit, es in das Verliehen des Präsidenten zu stellen, ob er einem Abgeordneten das Wort geben will oder nicht, wird ja wohl niemand gehen wollen.

Die jetzigen Bestimmungen der Geschäftsordnung reichen aber vollständig aus, um mit Herrn Liebknecht aufzuräumen. Und nachdem Herr Liebknecht gezeigt hat, daß er nicht nur aus Unbelenntheit fehlt oder sich von der Leidenschaft fortreißen läßt, sondern daß er fortgesetzt gewillt ist, mit ruhiger Ueberlegung und zielbewusster Folgerichtigkeit in diesem Kampfe um Leben und Tod den Feinden Deutschlands Vorstoß zu leisten und Deutschland in den Rücken zu fallen, wird es wohl keinen Deutschen, der auf diese Verzeihung Anspruch erhebt, geben, der es etwa dem Reichstag verübeln wollte, wenn er von den ihm zur Verfügung stehenden geschäftsordnungsmäßigen Mitteln Gebrauch macht, um Herrn Liebknecht an der Fortsetzung seiner landesverräterischen Tätigkeit im Reichstage zu hindern.

Das kann aber ganz einfach dadurch geschehen, daß der Präsident, was nach der Geschäftsordnung in seinem Verliehen steht, Herrn Liebknecht nicht mehr zur Geschäftsordnung sprechen läßt, und daß das Haus, was

auch in jedem Verlehen besteht, auf jegliche Ausführungen des Herrn Liebknecht fortan verzichtet.

Dieses Verfahren mag einige Unbequemlichkeiten mit sich bringen, aber es hilft wenigstens, während die vorgeschlagenen Änderungen der Geschäftsordnung als solche nicht helfen und künftig doch sehr unangenehm empfunden werden könnten.

Aus allen diesen Gründen bin ich gegen eine „Der Liebknecht“.

Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Kraft- und Glanzleistung des liberalen Abgeordneten und Professors in weiten Kreisen der Bevölkerung — und zwar nicht bloß bei den Arbeitern — die gebührende Würdigung finden und zur Klärung unserer politischen Verhältnisse beitragen wird.

Zur Sache selbst stellt der Vorschlag des Dr. Neumann-Hofer nur eine Verschärfung des Antrags Heßscher dar. Bloß soll das Ziel der Mundtotmachung eines unangenehmen Abgeordneten nicht auf dem Wege der Verschärfung der Geschäftsordnung — was immerhin ein gesetzlicher Akt wäre — sondern durch administrative Willkür: durch die Etalierung eines Ausnahmezustandes für einen einzelnen Abgeordneten herbeigeführt werden. Die Rechte, die jedem Abgeordneten — auch wenn er in seinen Anschauungen noch so sehr von der Mehrheit abweicht — durch die Verfassung gewährleistet sind, sollen durch eine systematisch betriebene Vergewaltigung seitens der Mehrheit aufgehoben werden!

Was bei dem ganzen Kesseltreiben gegen den Genossen Liebknecht noch besonders auffällt, ist die Tatsache, daß scharfe Gewaltmaßnahmen gegen Liebknecht in erster Linie von Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei gefordert werden. Doch nein. Das ist nicht auffällig, sondern nur zu natürlich. Es ist das böse Gewisse über das hysterische Verhalten zweier Mitglieder dieser Partei Genossen Liebknecht gegenüber in der Sitzung vom 8. April, das den liberalen Herren die Befonnenheit derart raubt, daß sie in ihrem blinden Zorn, die an sich schon kümmerlichen Parlamentsrechte in Scherben schlagen wollen.

Herr v. Tirpitz für den „erdumspannenden Horizont“.

Der Vorsitzende des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“, Exzellenz v. Reichenau, der als Chef der Zivilverwaltung bei der Zug-Armee steht, hatte im Namen des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ an den Großadmiral v. Tirpitz folgendes Telegramm gerichtet:

In tiefer persönlicher Beklammernis spreche ich Eure Exzellenz das schmerzliche Bedauern des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ aus über Eure Exzellenz' Rücktritt vom Amte und bitte Eure Exzellenz, unseres tiefempfundenen dauernden Dankes versichert sein zu wollen für all das Große, das Eure Exzellenz als Schöpfer der deutschen Seemacht und Vorkämpfer einer zielbewussten, tatkräftigen, harblidenden deutschen Politik für das Deutschtum erstritten und erstrebt haben.

v. Reichenau,

Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

Darauf ist vom Großadmiral v. Tirpitz folgende Antwort eingelaufen:

Eure Exzellenz bitte ich meinen wärmsten Dank für die Worte treuen Gedankens, die mich sehr erfreut haben, entgegenzunehmen zu wollen. Gleichzeitig bitte ich, meinen Dank auch dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“ gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Um unserem Volke den erdumspannenden Horizont zu sichern, war und ist Auslands-Deutschtum und Seegeltung unerlässlich.

v. Tirpitz, Großadmiral.

Der Steuerauschuß des Reichstags

hatte am Dienstag seine erste Sitzung nach den Osterferien abgehalten. Diese mußte aber vertagt werden, da Reichschatzsekretär Dr. Helfferich sich zurzeit im Großen Hauptquartier befindet.

Zum Verkehr mit Kraftfuttermitteln.

Berlin, 2. Mai. (B. Z. V.) Der § 12 Absatz 2 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 enthält die Bestimmung, daß die Vorschriften der genannten Verordnung sich nicht auf Kraftfuttermittel beziehen, die selbst oder deren Rohstoffe nach dem 31. März 1915 aus dem Auslande eingeführt worden sind. Durch die Erteilung der Ausnahme auf die Rohstoffe der Futtermittel (bieten gewisse Abfälle eingeführter Waren, die zu Futterzwecken dienen (Maisabfälle, Kleie und Malzkeime aus ausländischer Gerste, Treber aus Kontingentsfreiem ausländischen Malz u. a. m.) der allgemeinen Versorgungsregelung entzogen; sie sind im freien Verkehr nur zu übertrieben hohen Preisen zu haben. Diefem Mißstande soll durch Streichung der Worte „selbst oder deren Rohstoffe“ in dem erwähnten Paragraphen abgeholfen werden; eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 1. Mai 1916 hat diese Streichung verfügt. Damit wird auch der Bezugvereinbarung der deutschen Landwirte eine rechtlich unabweisbare Grundlage für die Anforderung der Kakaoschalen (Vollanmachung vom 29. März 1916) gegeben, die wohl durchweg aus Rohstoffen (Kakaobohnen in der Schale) stammen, die nach dem 31. März 1915 eingeführt worden sind.

Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet.

B. Z. V. meldet: Der Bundesrat hat soeben dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet seine Zustimmung erteilt, der sobald dem Reichstag vorgelegt werden soll. Als durch den Krieg verursacht sollen nach dem Entwurf Verwundungen gelten, die unmittelbar hervorgerufen sind 1. durch die kriegerischen Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte; 2. durch Brand oder sonstige Zerstörung, Diebstahl oder Plünderung in dem vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebiet; 3. durch die Flucht, Abbliebung oder Verklüppung der Bevölkerung aus dem vom Feinde besetzten oder unmittelbar bedrohten Gebiet. Wenn die Sache zerstört oder abhanden gekommen ist, wird der volle Wert, wenn sie nur beschädigt ist, die Wertminderung festgesetzt. Maßgebend ist der Wert vor dem Kriege. Bei Erwerbungen nach Ausbruch des Krieges mit nachweislich höheren Kosten können diese in angemessener Höhe in Rechnung gestellt werden. War der Wert der Sache zur Zeit der Beschädigung höher als der Friedenswert oder war bei notwendigen Ersatzbeschaffungen, insbesondere von Haus- oder zur Fortführung landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe die Anwendung höherer Kosten erforderlich, so können Zuschläge festgesetzt werden. In jedem Fall ist festzustellen, ob und inwieweit dem Geschädigten ein Anspruch auf Ersatz aus einer Versicherung zusteht. Es werden Feststellungsbehörden gebildet, und zwar Ausschüsse, Oberausschüsse und ein Reichsausschuß. Bei den Feststellungsbehörden werden Vertreter des Reichsinteresses gestellt, die vom Reichskanzler ernannt werden. Gegen den Beschluß des Ausschusses steht dem Antragsteller wie den Vertretern des Reichsinteresses die Beschwerde an den Oberausschuß gegen den Beschluß des Oberausschusses, die Beschwerde an den Reichsausschuß frei. Eine Entscheidungsgewalt verfallen Unwirksame, die sich bestimmt Vergehen gegen die Sicherheit des Reiches schuldig gemacht oder versucht haben, auf unläuterem Wege das Feststellungsverfahren zu beeinflussen. Die Entscheidungen der Seeschiffahrt sollen wie im Jahre 1914, durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Diese Schiffahrtsschäden werden in dem vorliegenden Entwurf daher ausdrücklich ausgenommen.

Das Gesetz ist ausdrücklich als ein Provisorium gedacht. Nach dem Kriegseinstellungsgesetz vom 18. Juni 1873 ist die Regelung der Kriegsschäden durch ein besonderes Reichsgesetz in Aussicht gestellt. Da der Inhalt eines solchen Entschädigungsgesetzes wesentlich von der Finanzlage des Reiches nach Beendigung des Krieges abhängig ist, kann es erst nach Schluß des Krieges erlassen werden. Die jetzige vorläufige Regelung soll hauptsächlich mit Rücksicht auf die Bundesstaaten erfolgen, die den Ertrag der Kriegsschäden einstuellen aus eigenen Mitteln in die Wege geleitet haben. Es handelt sich dabei um die Schäden, die durch den Einfall der feindlichen Heere in den westlichen und östlichen Grenzgebieten des Reiches verursacht worden sind, und um die Verwüstungen, die feindliche Flugzeuge innerhalb des Reiches hervorgerufen haben. In Ostpreußen allein sind durch die beiden Russeneinfälle 24 Städte, 600 Dörfer, ungefähr 800 Güter und 24 000 Gebäude zerstört. Rund 100 000 Wohnungen sind gänzlich und ebensolche teilweise ausgeplündert worden, 22 Kirchen, 25 Pfarrhäuser und 133 Schulgebäude wurden vernichtet. Der Verlust an Pferden allein beträgt rund 90 000 Stück. In den Reichsländern sind zurzeit vom Feinde noch Drischaffen mit zusammen etwa 65 000 Einwohnern, das ist 3,4 Proz. der Gesamtbevölkerung besetzt. Auf die geräumten Gegenden entfallen Drischaffen mit etwa 48 000 Einwohnern, das ist 2,6 Proz. der Bevölkerung. Die Verwaltung hat sich dort bisher darauf beschränkt, nach Möglichkeit die Kriegsschäden zu ermitteln und in besonderen Fällen nach dem ostpreussischen Muster Vorentschädigungen zu zahlen.

Bei der langen Dauer des Krieges kann natürlich das System der Vorentschädigung nicht ausreichen. Zur Auszahlung der vollen Beträge aber müssen die Landesregierungen die Gewißheit haben, daß die von ihnen gewährten Entschädigungen bei dem etwaigen späteren Ertrag durch das Reich als zutreffend berechnet anerkannt werden. Dazu würde eine bloße Verhandlung der beteiligten Bundesstaaten mit der Reichsfinanzverwaltung nicht ausreichen, weil diese ohne Mitwirkung der Gesetzgebenden Körperschaften das Reich in der angegebenen Richtung nicht verpflichten kann. Daher schritt man zu einer reichsgesetzlichen Regelung, wobei allerdings eine gesetzliche Zusage hinsichtlich der späteren Uebernahme der Schäden durch das Reich zurzeit wegen der finanziellen Belastung des Reiches durch den gegenwärtigen Krieg und angesichts der Unmöglichkeit ein zutreffendes Bild über die Finanzlage nach Beendigung des Krieges zu gewinnen, ausgeschlossen war. Der Entwurf sieht daher noch nicht die Feststellung bestimmter Entschädigungen seitens des Reiches vor, sondern will nur die Art der Feststellung der Schäden und ihres Umfangs regeln. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit erstreckt sich der Gesetzentwurf nur auf die Sachschäden, und zwar auf die innerhalb des Reichsgebietes entfallenden. Bestimmungen über Schäden an Leib und Leben sollen besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten bleiben, ebenso, wie schon erwähnt, die Schäden der Schiffsahrt. Die Schäden in den Schauplätzen und andere, etwa noch in Betracht kommende Schadenskatgorien.

Aus Groß-Berlin.

Abwehr des Berliner Magistrats.

Der Magistrat teilt mit: „Es ist neuerdings wiederholt versucht worden, die großen Unzutraglichkeiten auf dem Gebiete der Fleischversorgung mit Maßregeln oder Unterlassungen der Gemeinden in Verbindung zu bringen. So werden jetzt sogar die kommunalen Preisprüfstellen für die Viehhände verantwortlich gemacht. Die wahre Ursache ist einzig und allein darin zu suchen, daß der Viehantrieb auf den städtischen Märkten bisher in keiner Weise den Erwartungen entsprochen hat, welche auf die Wirksamkeit der Viehhändlerverbände gesetzt werden mußten. Die Verhältnisse auf dem Berliner Viehmarkt bieten dafür ein schlagendes Beispiel. Groß-Berlin hat nach den amtlich getroffenen Festlegungen allwöchentlich 2125 Rinder, 2185 Kälber, 4500 Schafe und 14 116 Schweine zu empfangen, auf welche die für Berlin und Vororte kraft früherer Verträge zu liefernden Festschweine angerechnet werden. Statt dessen sind von den Viehhändlerverbänden nach dem Berliner Viehmarkt expediert worden in der Woche vom 10. bis 15. April 781 Rinder, 8916 Kälber, 4184 Schafe und 1150 Schweine, in der Woche vom 17. bis 22. April 1115 Rinder, 8967 Kälber, 1863 Schafe und 512 Schweine und in der Woche vom 24. bis 29. April 1668 Rinder (davon 208 wegen schlechter Beschaffenheit freihändig verkauft), 2081 Kälber, 1225 Schafe und 681 Schweine. Es springt in die Augen, wie sehr durch diesen für die Groß-Berliner Gemeinden völlig unbemittelten Ausfall die kommunale Verteilung beeinträchtigt worden ist.

Die Höchstpreisfestsetzung für Rindvieh ist in dem sicheren Vertrauen erfolgt, daß sie diesmal, wo die Zuführung amtlich gewährleistet war, nicht den sonst immer beobachteten Erfolg der Fernhaltung der Ware herbeiführen würde. Aber dieser Erfolg ist dennoch in größtem Umfange eingetreten. Bei Kälbern aber, für welche man, um wenigstens ein Sicherheitsventil zu haben, Höchstpreise bisher nicht festgesetzt hat, ist die Zufuhr weit über dem der Stadt zugemessenen amtlichen Kontingent gewesen. Die Entwicklung der allernächsten Zukunft wird zeigen, ob nunmehr mit einer den Festlegungen entsprechenden ununterbrochenen Versorgung des Groß-Berliner Marktes gerechnet werden darf.

Direkte Fleischabgabe an die Ladenschlächter.

Der Verkauf der auf dem städtischen Viehhof aufgetriebenen, auf die Stadtgemeinde Berlin entfallenden Schweine wird von heute, Mittwoch, ab unter Aufsicht der Grob-Schlächter von der Verwaltung des städtischen Vieh- und Schlächterhofs unmittelbar an die Ladenschlächter erfolgen. Es ist weiter die Anordnung getroffen, daß — zunächst für die Zeit bis einschließl. 9. Mai — kein Grob-Schlächter aus dem Hof am Mittwoch- und Sonnabendmarkt zugeleiteten Vieh mehr als je zwei Viertel Rind, 2 Kälber und 2 Schafe an Wiederverkäufer abgeben darf und daß die Wiederverkäufer nicht mehr als diese Menge beziehen dürfen.

Die Viehkommissionäre bleiben nach wie vor an dem Viehhof beteiligt.

Sinterzogene Fleischbestände.

Wo mitunter das Schweinefleisch fehlt, dafür liefert ein in der Gemeindevertretung in Lichtenfelde gegabener Bericht einen recht interessanten Einblick. Aus Anlaß einer Anfrage machte Bürgermeister Brosch über die Fleischversorgung Groß-Berlins und über Erfahrungen bei Revisionen folgende Mitteilungen:

Lichtenfelde bildet mit den Roden-Bezirken Grob-Beeren und Kleinbeeren sowie Döbrot einen Fleischversorgungsbezirk, dem 9,9 Prozent des Fleischbestandes des Kreises Teltow überwiesen wird. Die Verteilung des Viehs erfolgt allein durch die Gemeinde, so daß die Schlächtermeister nicht mehr in der Lage sind, in freiem Verkehr aufzulaufen und anderes als durch die Gemeinde überwiesenes Fleisch zu verkaufen. Am Donnerstag und Freitag in der vorigen Woche waren wiederum Schweine an die ortsanfälligen Fleischer zum Verkauf in kleinen Mengen überwiesen worden. Verschiedene laut gewordene Klagen, daß die Fleischermeister nicht das Fleisch verkaufen, sondern zur Herstellung von Wurst und Dauerwaren verbrauchen, veranlaßte die Richterfelder Polizeiverwaltung, in den frühen Morgenstunden am Sonnabend, 29. April, in Gegenwart des Ehrenmeisters der Fleischerinnung eine Prüfung der Fleischbestände in einzelnen Läden vorzunehmen. Diese Hausdurchsichtigung ergab den Verdacht, daß einzelne Fleischermeister das Fleisch zurückbehalten und zu Dauerwaren verarbeiten.

In dem Polizeibericht heißt es: Als dritten Besuchten wir den Schlächtermeister W., Müllerstraße. Es waren einige Käufer in dem Laden. Auf die Frage, wo er das Schweinefleisch habe, erklärte er, es sei bereits alles verkauft. Bei der Durchsichtigung wurden unter seinem Ladentisch noch einige Stücke in Papier eingewickelt gefunden, welche nach seiner Aussage bestellt waren. Bei näherer Durchsichtigung seiner Räume wurden 30—40 Pfund frische Fleischstücke gefunden, die am Tage vorher von dem Schweinefleisch hergestellt waren. Ferner hing im Küchraum die beiden Schinken, jeder im Gewicht von rund 18 Pfund fertig zum Pöken zurechtgeschnitten. Am Fußboden des betreffenden Kühlraums stand eine Mulde mit 50 Pfund Leberwurst, auch von diesen Schweinen hergestellt. Auch das im Laden bereits noch eingepackte wenige Fleisch war nur mageres, demnach ist Mädesfett nur wenig oder gar nicht zum Verkauf gekommen. Die beiden Schinken mußten in kleine Stücke gehakt und in Gegenwart der Beamten verkauft werden.

Auch der Schlächtermeister R., Rolkestraße, wollte sein Schweinefleisch bereits am Donnerstagabend verkauft haben, während anwesende Kunden das bestritten. Auch hier wurden im Schlachthaus sowie im Eisschrank noch größere Posten Schweinefleisch gefunden, die vor den Augen der Beamten verkauft werden mußten. Gegen 9 1/2 Uhr vormittags kamen die Beamten zum Schlächtermeister R., Dürerstraße. Nach seiner Behauptung war das Schweinefleisch bereits um 7 Uhr vormittags verkauft. Bei der Durchsichtigung wurden 30—40 Pfd. frisch angefertigter Schinken, ein Stück Schweinefleisch, Waden, Mädesfett und Bauchfleisch zur Verarbeitung von Kochwurst vorgefunden. Im Eisbehälter waren ferner zwei ganz frische Schweinebänke und eine Sutte dieses Mädesfett verpackt. R. mußte alles in den Laden bringen und sofort verkaufen.

Der Gemeindevorstand hat beschlossen, den Schlächtermeistern W., R. und R. bis zum 15. Mai kein Fleisch mehr zu liefern. Den Schlächtern, die im Wiederholungsfall bei Unregelmäßigkeiten betroffen werden, wird das Geschäft geschlossen. Die Ueberwachung der Fleischabgabe wird durch Vertrauensleute der Gemeinde erfolgen. Das Fleisch darf nur noch Montag, Mittwoch, Donnerstags und Sonnabends in den Vormittagsstunden von 8 Uhr morgens ab verkauft werden. Das Fleisch darf nur auf Ausweistarten in bestimmten Mengen abgegeben werden.

Rechtlich energische Maßregeln der Ueberwachung würden sich auch an anderen Orten als nur gerade in Groß-Lichtenfelde empfehlen.

Die Ausgabe der Zuckerkarten.

Die Zuckerkarten werden im Kommunalbezirk Berlin im Laufe des Mittwochs dieser Woche zur Verteilung gelangen. Die Verteilung erfolgt nach denselben Grundsätzen, wie die der Hauptbrotkarten, also wiederum durch die Vermittlung der Hausbesitzer oder deren Stellvertreter an die Haushaltungsvorstände, welche die Karten ihren Haushaltungsmitgliedern auszubehalten haben. Wer eine Hauptbrotkarte erhält, erhält auch eine Zuckerkarte. Konditoren, Gastwirte, die keine Hauptbrotkarten erhalten und ähnliche haben sich wegen des Zuckerbezuges an die Brotkommissionen zu wenden.

Es liegt im eigenen Interesse der Bevölkerung, die Zuckerkarten, wie überhaupt die Lebensmittelkarten sorgfältig aufzubewahren. Dies ist für die Zuckerkarte von größter Bedeutung, da die einzelnen Karten nicht wie die Brotkarten für eine Woche, sondern für einen Zeitraum von acht Wochen gelten. Der Verlust einer Zuckerkarte bedeutet also den Verlust des Zuckerbezuges für die Zeit bis zum 25. Juni d. J.

Der Vertrieb von Kaffee und Tee.

Berlin, 2. Mai. (W. T. V.) Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel O. m. S. O. in Berlin macht bekannt:

Die angemeldeten Bestände an grünem Tee werden hiermit unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkaufspreis im Groß- und Kleinhandel 2,50 M. für ein halbes Kilogramm verzollt nicht übersteigt.

Berlin, 2. Mai. (W. T. V.) Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel O. m. S. O. in Berlin macht bekannt, daß von den ordnungsmäßig angemeldeten und bei ihm verzeichneten Beständen an Kaffee vorerst eine Quote von insgesamt 10 Proz. jeder einzelnen Sorte zum Verkauf und zur Abholung unter folgenden Bedingungen freigegeben wird:

1. An den Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustande verkauft werden.

2. In jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als ein halbes Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Ersatzmittel abgegeben wird.

3. Der Preis für ein halbes Pfund gerösteten Kaffee und ein halbes Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 M. nicht übersteigen.

4. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) darf an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantum in wöchentlichen Raten verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Ersatzmittel verkauft werden.

5. Fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Ersatzmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie 50 Proz. Kaffee enthalten, 2,20 M. pro Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu halten.

Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln und fertigen Mischungen, welche die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuß ihr gesamter Vorrat an Kaffee abgenommen werden.

Verhaftungen am Potsdamer Platz.

Wolfs Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Nachricht: Berlin, 2. Mai. Durch Handzettel sind zahlreiche Bewohner der südlichen Vororte für gestern Abend 8 Uhr zu einer Raifeier auf den Potsdamer Platz bestellt worden. Es fanden sich auch einige Reugierige ein, die aber nicht auf ihre Rechnung kamen. Die Ansanmlungen des Publikums in dieser verkehrsreichen Gegend, die durch den Unfug des Zettelverteilens veranlaßt worden waren, wurden mühelos von der Polizei zerstreut. Wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und wegen groben Unfugs sind 9 Personen sistiert worden.

Mutter und Kind in den Tod.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die am 23. April aus dem Landwehrkanal gelandete Anabensleiche ist als die des 1 1/2 Jahre alten Helmut Brunzel festgestellt worden. Die Mutter des Kindes, Frau Frida Brunzel geb. Birsch, Andreesstr. 77 wohnhaft gewesen, hat am 22. April in später Abendstunde ihre Wohnung mit dem Knaben verlassen. Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß sie mit dem Kinde den Tod im Wasser gesucht und gefunden hat, wobei bemerkt wird, daß sie schon früher einen Selbstmordversuch gemacht hat. Der Grund zur Tat dürfte in häuslichen Verhältnissen zu suchen sein. Die Leiche der Frau Brunzel ist bis jetzt noch nicht gefunden worden. Frau Brunzel ist am 26. Februar 1895 in Berlin-Preib geboren, etwa 1,55 Meter groß, hat blaues blasses Gesicht, hohe Stirn, gerade Nase, oben jähliches Gebiß, keine Hände und Füße und sprach Doeliner Dialekt.

Beleibet war sie bei ihrem Fortgehen mit schwarzem Mantel, schwarzem Lasthut mit Blumen, schwarzem Samtmantel, schwarzem Schwärzen, halben schwarzen Schnürschuhen, blauem Unterrock und weißer ungezeichneten Wäsche. Mitteilungen über den Verbleib der Frau Brunzel unter besonderer Berücksichtigung unbekannter Wasserleichen werden von der Kriminalpolizei und allen Polizeibehörden entgegengenommen.

Ein Morbanschlag auf seine Frau verübte gestern Nachmittag der 32 Jahre alte aus Berlin gebürtige Arbeiter Josef Jislinskä, der zuletzt auf dem Ringplatz in Johannisthal beschäftigt war. Während eines Besuchs bei seiner in der Tresefstraße 58 wohnenden Ehefrau versuchte er diese zu erschlagen. Er gab aus seinem Revolver vier Schüsse auf sie ab, von denen zwei trafen. Eine Kugel traf den linken Arm, die andere drang in das linke Schulterblatt. Die Verletzungen sind zwar schwer, jedoch nicht lebensgefährlich. Nach dem mißglückten Anschlag ergriff Jislinskä die Flucht. Die Kriminalpolizei schadet jetzt auf ihn. Der Flüchtige ist 1,75 Meter groß und schlank, hat ein hartloses Gesicht und mittelblondes Haar, das er links geschneitelt trägt und ist bekleidet mit einem dunkelbraunen Jackettanzug. Besondere Kennzeichen sind: eine Narbe auf der Stirn in der Form einer 8 und mehrere andere von Schnittwunden herrührende Narben im Gesicht.

Der schauerliche Mord, dem die Martha Franzke aus der Alderstraße 85 am 15. März d. J. zum Opfer fiel, wird rasch seine Sühne finden. Gegen die beiden Mörderinnen, die 25 Jahre alte Friseurin Johanna Ullmann und die 28 jährige Fabrikarbeiterin Anna Sonnenberg, ist die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht beim Landgericht I schon auf den 9. d. Mts. angelegt worden. Für die Verhandlung sind zunächst drei Tage in Aussicht genommen worden.

Ein unbekannter Knabe wurde gestern am Rotbuser Damm aufgegriffen und, da er über seine Persönlichkeit nur ungenügende Angaben machte, in Schutzhaft genommen. Der Knabe ist etwa neun Jahre alt, mittelgroß, hat ein rundes Gesicht und trägt einen grauen Sweater, eine blaue Hose und schwarze Strümpfe und Schuhschuhe. An dem Sweater ist eine Hindenburg-Medaille angeheftet. Es konnte festgestellt werden, daß er in der Althorststraße bekannt sein muß. Die Eltern des Knaben werden ersucht, sich an die Fürsorge des Polizeipräsidiums, Fräulein Magarete Dittmer, zu melden, damit er ihnen übergeben werden kann.

Birkus Busch, der in Anpassung an die neue Sommerzeit seine Vorstellungen jetzt um 1/2 Uhr beginnen läßt, fährt in seinem Repertoire eine Reihe ganz vorzüglicher neuer Spezialitäten vor. Verechtigtes Staunen erregte vor allem die Hellscherin Astra, eine Skandinavierin. Alle an sie gestellten Aufgaben löste sie mit einer Sicherheit, die ans Wunderbare grenzte. Mitten in der Manege stehend, erriet sie das Datum, die Unterchriften, den Wortlaut all der Briefe, Karten u. dgl., die ihrem fernabstehenden Partner aus dem Publikum gerichtet wurden. Mit der gleichen verbüßenden Sicherheit beantwortete Astra die an sie gestellten Fragen einiger Zuschauer. Vorzügliche Leistungen boten auch die beiden Roggers in ihrem Angel-Balance-Acte. Als graziose Turnerinnen am Tropes führten sich die drei Luftgrazien ein. In schwindelnder Höhe vollführten sie die gewagtesten Produktionen. Den Schluß des Programms bildet nach wie vor die farbenprächtige Pantomime „Ostern“. Der zahlreiche Besuch und der lebhaft geäußerte Beifall beweisen, daß trotz der warmen Jahreszeit die kirchliche Kunst ihre Anziehungskraft nicht verloren hat.

Verloren wurde am Sonnabendabend in der Wiener Straße eine kleine gelbe Ledertasche, Inhalt Krankenlisten, Verbands- und Wahlvereinsbücher, auf die Namen Robert und Elisabeth Schmidt lautend. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Fund Wiener Straße 56a vorn III bei Schmidt abzugeben.

Aus den Gemeinden.

Die Zucker- und Kaffeeversorgung Charlottenburgs.

Nachdem die Ausgabe der Zuckerkarten an die Bevölkerung Charlottenburgs in diesen Tagen erfolgt ist, werden die Zuckervorräte nunmehr an die Wiederverkäufer, Wäder, Konditoren, Gast- und Schankwirtschaften zugewiesen werden. Der Magistrat Charlottenburg hat sich entschlossen, seine Zuckervorräte selbst an die Kolonialwarenhandeler und anderen Wiederverkäufer abzugeben. Die Abgabe erfolgt in derselben Weise, wie die Abgabe des Mehls. Die Kolonialwarenhandeler erhalten die ihnen zur Verfügung gestellte Menge Zucker zugewiesen durch Zuckermarken. Nachdem bei der städtischen Kasse der entsprechende Betrag eingezahlt ist, erfolgt die Auslieferung des Zuckers und zwar entweder frei Haus oder ab Lager. Die Ausgabe der Zuckerkarten an die Kolonialwarenhandeler usw. erfolgt durch das Statistische Amt, Rathaus, Zimmer 181, und zwar für die Anfangsbuchstaben A—G am Donnerstag, den 4. Mai, 9—12 Uhr vormittags, H—P am Donnerstag, den 4. Mai, 6—8 Uhr nachmittags, Q—Z am Freitag, den 5. Mai, 9—12 Uhr vormittags. Wäder, Konditoren, Gast- und Schankwirtschaften und Kaffeehäuser erhalten ihre Zuckermarken am Montag, den 8. Mai, 5 1/2—7 Uhr nachmittags, Dienstag, den 9. Mai, 10—12 Uhr vormittags und Mittwoch, den 10. Mai, 10—12 Uhr vormittags.

Die vorhandenen Vorräte kommen bei der ersten Zuweisung an die Kolonialwarenhandeler, Wäder, Konditoren usw. noch nicht zur Anrechnung, wohl aber bei der zweiten Austeilung.

Lebensmittelfrage in der Reinickendorfer Gemeindevertretung.

Zu einer lebhaften längeren Aussprache über die Lebensmittelfrage kam es in der letzten Gemeindevertreterversammlung. Von sozialdemokratischen und bürgerlichen Vertretern wurden die besonders bei der Fleischversorgung hervorgetretenen Mängel erörtert, deren Berechtigung vom Gemeindevorstand auch zugegeben, aber mit der unregelmäßigen Anlieferung von Vieh und mit dem durch fortgesetzte militärische Einberufungen verursachten Veantmangel entschuldigt wurde. In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß unter diesem Mangel weder der Gemeindevorstand noch die Gemeindevertretung ferner für die sachgemäße Verwaltung der Gemeinde die Verantwortung übernehmen können.

Die Resolution soll durch eine aus der Gemeindevertretung gewählte Kommission dem Generalkommando von Berlin überreicht werden und bei ihm auf Abhilfe gedrungen werden. Beschlossen wurde ferner, ein Lebensmittelbureau zu errichten, das alle die mit der Beschaffung und Verteilung von Lebens- und Futtermitteln bedingten Aufgaben zu erledigen hat. Die bestehende Kriegswohlfahrtskommission soll bei allen Maßnahmen befragt und demgemäß häufiger zusammen berufen werden.

Die Verkaufsstellen für Schweinefleisch sollen vermehrt, auch soll versucht werden, das Fleisch an mehreren Tagen zu verkaufen. Ferner soll der Versuch unternommen werden, den Andrang vor den Fleischverkaufsläden zu beseitigen.

Dem Statutenentwurf für den mit mehreren anderen Landgemeinden und Gutsbezirken zu bildenden Zweckverband des Reichs genossenschaftlicher Regelung der Fleischversorgung wird zugestimmt, ebenso dem Abschluß eines Vertrages mit dem Direktor der Milchversicherung Viktoriapark bezugs Lieferung von Milch, die in den Lebensmittelverkaufsstellen der Gemeinde abgegeben werden soll. Ferner soll versucht werden, das zu liefernde Quantum von 500 auf 2000 Liter zu erhöhen und die Meierei Walle zu veranlassen, ihren Entschluß, vom 8. Mai ab die Milchlieferung nach Reinickendorf einzustellen, rückgängig zu machen.

Ein von der bürgerlichen Fraktion gestellter Antrag auf Abänderung der Gemeinde-Umsatzsteuerordnung fand gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter Annahme. Hiernach soll dem Gemeindevorstand gestattet sein, in geeigneten Fällen — zwangsweisen Erwerb eines Grundstücks durch einen

Schuldenläufiger — von der Erhebung der Anfahrtssteuer abzusehen. In Stelle des eingezogenen Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmännerrichts wurde Rechtsanwalt Winkler gewählt. Der Schöffengericht, dessen Wahlperiode abgelaufen ist, wurde wieder gewählt. Die Kreisunterkommission soll in geeigneten Fällen auch Nichtunterstützungen gewähren können, wenn das Einkommen der zu Unterstützenden den von der Gemeinde erreichten Mindestsatz erreicht oder überschritten hat. — Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung der neugewählten Gemeindevertreter, darunter auch unsere Genossen Konkowski und Zeising.

Soziales.

Spätfolgen der Syphilis.

Zwei Wiener Ärzte, Dr. Natuschek und Wiley haben die Lebensgeschichte von beinahe 4000 an Syphilis erkrankten Offizieren 20 Jahre hindurch verfolgt können und sind zu dem überraschenden Ergebnis gelangt, daß gerade diejenigen Fälle, die im Anfang recht milder verliefen, sehr viel häufiger in späteren Jahren zu ernsteren Nachkrankheiten, namentlich Erkrankung von Gehirn und Rückenmark, Anlaß geben. Das ließe sich ja, so erklären, daß diejenige Form, welche im menschlichen Organismus gleich im Anfang lebhafteste Krankheitserscheinungen hervorruft, nicht so gefährlich ist wie jene, welche sich unmerklich und schleichend einnistet. Es mag auch sein, daß Menschen, bei denen die Anfangsstadien der Krankheit sehr hart ausgeprochen sind, sich viel energischer behandeln lassen als die, die von ihrer Krankheit in den ersten Jahren nur sehr wenig verspüren. Ja, es gibt Fälle, die in der ersten Zeit so wenig Symptome machen, daß sie von den Patienten gar nicht bemerkt und infolgedessen überhaupt nicht behandelt werden. Nun geht aus der genannten Statistik hervor, daß von den Menschen, welche an den schweren Folgen der Syphilis erkrankten, die große Mehrzahl gar nicht oder nur sehr mangelhaft behandelt worden ist, und daß sich unter ihnen nur ein kleiner Prozentsatz ausreichend behandelte befindet. Das sollte zu denken geben. Leider lehrt die Erfahrung, daß noch immer trotz aller Aufklärung der größte Teil der Kranken nach dieser Richtung hin außerordentlich leichtsinnig verfährt. Ein Hamburger Arzt hat über seine Patienten Buch geführt und gefunden, daß nur 10 Proz. ihre Behandlung in sachgemäher und ausreichender Weise zu Ende führten.

Wenn das den Ärzten auch schon längst bekannt war, so haben Zahlen doch immer auch für die weniger Eingeweihten eine schlagende Beweisraft. Jedenfalls sieht man, wie berechtigt das Vorgehen der deutschen Versicherungsanstalten ist, welche jetzt besondere Beratungsstellen zum Schutz syphilitischer Erkrankter einrichten wollen. Es kann eben niemand, der einmal syphilitisch erkrankt war, genau wissen, wie es im gegebenen Augenblick mit seiner Gesundheit steht. Es kann sein, daß er außer Gefahr ist, es kann aber auch sein, daß er sich noch in großer Gefahr befindet. Deshalb müssen diese Beratungsstellen in der Bevölkerung allgemein bekannt und volkstümlich werden. Sie müssen leicht zugänglich sein, so daß jeder, der einmal der Krankheit unterlag, ohne erheblichen Zeitaufwand und ohne Kosten in die Lage kommt, sich darüber Aufklärung zu verschaffen, ob er für seine Krankheit noch etwas tun muß oder einsteifen von weiteren Kuren absehen darf.

Oranienstraße 177 verhaftet worden ist, beschlagnahmt gestern das Schwurgericht am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Neuenfeld.

Unter der Anklage des schweren Raubes und der gefährlichen Körperverletzung standen der noch nicht 19jährige Arbeiter Erich Hestfischer und der noch nicht 20jährige Weber Paul Berdermann. Beide Angeklagte waren bis zum 8. Februar als Pfleger in der Städtischen Irrenanstalt Dalkdorf beschäftigt gewesen und hatten sich dann gemeinsam nach Hamburg begeben, wo sie bei einer Schiffswerft Arbeit fanden. Sie legten diese aber nach einigen Tagen wegen zu geringen Lohnes nieder und kehrten am 18. Februar nach Berlin zurück. Da ihr Geld fast ganz zur Reize gegangen war, verabredeten sie sich am 18., „ein Ding zu drehen“, um zu Geld zu kommen. Die beiden jugendlichen Verbrecher erwählten dann das Pfandleihgeschäft von Alch zur Ausführung ihrer Tat. Berdermann war mit den dortigen Verhältnissen vertraut, weil er dort schon mehrmals Gegenstände verpfändet hatte; er wußte, daß die beiden alten Eheleute Alch allein in dem Geschäft waren, und so ging dann der Plan dahin, dort einen Raub auszuführen und Werkzeuge mitzuführen, um die beiden Eheleute niederschlagen. Hestfischer rief, auch eine Art Dolchmesser, welches er besaß, mitzunehmen, um auch dieses nötigenfalls in Anwendung zu bringen; Berdermann wollte sich damit nicht befassen, erhielt aber auf seine Vorhaltung von Hestfischer die Antwort „Ach was, es muß klappen, wenn man auch ein wenig dabei kaputt geht!“ So gingen dann die beiden Angeklagten kurz nach 8 Uhr morgens in das Pfandleihgeschäft und legten der Ehefrau einen braunen Lederzieher zum Verkauf vor mit der Frage, was darauf gegeben werden würde. Die Ehefrau erkundigte sich bei ihrem im Nebenzimmer den Morgenkaffee trinkenden Ehemann, kam in das Geschäft zurück und wurde mit dem Angeklagten über die Summe von 5 M. einig. Die Frau füllte einen Pfandchein aus und reichte dem Hestfischer gerade das Geld hin, als Berdermann sie plötzlich mit einem Hammer auf den Kopf schlug, so daß sie zu Boden fiel. Während sie am Boden lag, gab ihr Berdermann noch mehrere Schläge auf den Kopf; Hestfischer hielt ihr den Mund zu, um sie am Schreien zu verhindern, was ihm aber nicht gelang. Die Frau rief gellende Hilferufe aus, die den Ehemann veranlaßten, nach dem Geschäftsräum zu eilen. Bevor er diesen jedoch erreicht hatte, trat ihm Berdermann, der von der Frau abgelaufen hatte, entgegen und verfechtete ihm mehrere Hammerschläge gegen den Kopf; währenddessen schlug Hestfischer mit seinem Dolchmesser auf die Frau ein, um sie stumm zu machen. Berdermann nahm dann eine im Geschäft liegende Geldtasche mit 392 M. Inhalt an sich und floh mit seinem Komplizen davon. Sie kamen nicht weit, sondern wurden bald fest genommen, da Herr Alch noch die Kraft behalten hatte, ein Fenster zu öffnen und laut um Hilfe zu rufen. Frau Alch hat durch die Hammerschläge und das Dolchmesser mehrere Verletzungen davongetragen, die glücklicherweise Knochen nicht verletzt haben und jetzt ziemlich geheilt sind; der Ehemann hatte an beiden Seiten des Kopfes Verletzungen, außerdem an der rechten Stirnseite eine dicke Blutgeschwulst.

Die Angeklagten waren geständig und erklärten, daß sie nicht die Absicht der Tötung gehabt hätten. Arbeits- und Mittellosigkeit hätten sie auf den Weg des Verbrechens geführt. Die Geschworenen verneinten die mildernden Umstände. — Das Gericht hielt mit Rücksicht auf die Jugend der Angeklagten das Mindestmaß von je 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust für eine angemessene Strafe. Außerdem wurden je ein Monat auf die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. Von der Verhängung der Polizeiaufsicht nahm das Gericht ausdrücklich Abstand, damit, wenn die Angeklagten hoffentlich gebessert — in die Freiheit zurückkehren, ihr Bemühen, ein eheliches Leben zu führen, nicht durch die Polizeiaufsicht durchkreuzt werde.

Aus aller Welt.

Großfeuer in einem sibirischen Dorfe. Vor einigen Tagen wütete in Kollien (Kreis Jöhannsburg) eine furchtbare Feuersbrunst, der 11 Wohnhäuser und 18 Wirtschaftsgebäude zum Opfer fielen. Das Feuer, das durch Fahrlässigkeit entstanden sein soll, konnte infolge der leichten Bauart der Häuser bei dem herrschenden Winde schnell um sich greifen. Der entstandene Schaden wird auf 100 000 R. geschätzt.

Schwere Grubenunfälle. Aus Battenfeld wird gemeldet: Auf der Zeche „Gannover“ kamen drei Bergleute bei Ausübung ihres Berufs zu Tode. Auf den Schachtanlagen 3 und 4 der genannten Zeche geriet der Gesteinsbauer Franz Drilling unter plötzlich niedergeringende Gesteinsmassen und konnte nur als Leiche geborgen werden. Die auf der Schachtanlage 1 und 2 beschäftigten Bergleute Lang und Meier verunglückten durch plötzlich hereinbrechende Gesteinsmassen ebenfalls tödlich. — Wie aus Dortmund berichtet wird, gingen auf der Zeche Kaiserstuhl II auf einer Strecke größere Gesteinsmassen nieder, wodurch drei Bergleute verunglückt wurden, die sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten war es möglich, die Leute noch lebend, wenn auch zum Teil mit schweren Verletzungen, zu bergen.

Sammungskid. An Aitena i. West. entstand bei Ausschachtungsarbeiten auf einem Fabrikgrundstück ein Erdsturz, wodurch zwei Arbeiter verunglückt wurden. Der eine, Fritz Koeb, konnte nur als Leiche geborgen werden, der andere kam mit leichten Verletzungen davon.

Der Serajewer Hauptattentäter auf dem Sterbepost. Der „Eti Hag“ meldet, daß der Mörder des österreichischen Thronfolgerpaars, Gavrillo Princip, bei dem sich schon seit längerer Zeit Spuren von Lungentuberkulose und religiösem Verfolgungswahn zeigten, im Sterben liegt. Princip ist 20 Jahre alt; er konnte wegen seines jugendlichen Alters seinerzeit nicht zum Tode verurteilt werden.

Explosionsunglück in Frankreich. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau ereignete sich in den Gemächern von La Rochelle eine Explosion, auf die ein Brand folgte. Die Gebäude, in denen die Explosion stattfand, sind zerstört. Zwanzig Opfer wurden unter den Trümmern herbeigezogen. Eine Anzahl von Personen wurde verwundet; die Verletzungen sind im allgemeinen leicht.

Das Kaiser Rathaus ist abgebrannt. Am Ostermontag ist, wie die „Kaiser Zeitung“ meldet, das Rathaus von Dill in Flammen aufgegangen. Nur mit Mühe ist ein Uebergreifen des Brandes auf die umstehenden Häuser verhindert. Der angerichtete Schaden läßt sich schwer abschätzen, weil eine Anzahl alter Bilder und kostbarer alter Möbel und ein paar ehrwürdige Einbauten geschichtlicher Denkmäler mit zerstört sind. Deutsche Soldaten entriß wenigstens ein Drittel der kostbaren Bücher den Flammen.

Parteiveranstaltungen.

Teltow-Beeskow. Die für Sonntag, den 7. Mai, geplante Kreis-Generalsammlung kann wegen der uns auferlegten Bedingungen nicht stattfinden.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr im Jugendheim Vortrag des Genossen Emil Unger. Alle Jugendlichen, deren Eltern und alle Parteigenossen sind eingeladen.

Kinderveranstaltung in Neuföhn. Morgen zum erstmaligen Spielanfang nach Trepptom. Treffpunkt 8 Uhr am Wildenbrückplatz (Glenzweg).

Gerichtszeitung.

Der Raubanfall in der Pfandleihe.

Die fast an Mordversuch grenzende Gewalttat zweier bisher noch unbefragter jungen Männer, die am 19. Februar d. J. gegen das bejahrte Pfandleiher Ehepaar in der

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises, Landsberger Viertel, Bezirk 396 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Steinbruder
Theodor Wagenführ
(Schiffbaustr. 42)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 213/20 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Gustav Ziemek
am 20. April im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Martins-Kirchhofes in Weihenfelden aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer
Adolf Suchland
von der Firma Scholz, Zentral-Carage, Schaufelstrasse, am 29. April im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichshagen, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Quasdiener
Paul Hasse,
am 30. April im Alter von 35 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 4. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
64/12 Die Bezirksverwaltung.

Heute nacht 1 1/2 Uhr erlitt ein sanfter Tod von schwerem Leiden meinen guten Mann und Vater
Otto Grundke
im 39. Lebensjahre.
Eise Grundke
geb. Günther
Ursula Grundke
Berlin, den 2. Mai 1916.
N. 30, Gerichtstr. 47. 209/14
Die Trauerfeier findet am Freitag, den 5. d. Mts., nachmittags 4 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Vorwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Robert Gloege
am 30. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenfelden aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Friedrich Kuhring
Neuföhn, Jägerstr. 53,
im Alter von 61 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Sonnabend, den 29. April, auf dem Neuföhner Friedhofes statt.
Die Ortsverwaltung.

Verband d. Branerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Holzarbeiter
August Rungenhagen
(Böhm. Brauhaus) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Mai 1916, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Central-Friedhofes in Weihenfelden, Nichtenberger Straße, statt. 42/14
Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, treuergender Mann, Vater, Schwiegervater Onkel und Schwager
Franz Karius
nach kurzem, qualvollem Leiden am 20. April 1916 entschlafen ist.
Dieses zeigen hierdurch an:
Wwe. Vina Karius geb. Grünbach, Sohn Franz Karius, s. i. Felde, Schwiegertochter Wanda Karius geb. Hilbebrandt.
Die Beerdigung findet heute, am 3. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Neuföhn, Glotzstr. 67, auf dem Mariendorfer Weg statt.

Kranken- und Begräbniskasse der Seilensieder u. Berufsgenoss. zu Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied
Karl Thürling
nach kurzer, aber schwerer Krankheit verstorben ist.
Beerdigung heute 8. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes Friedrichshagen aus.
Um rege Beteiligung bitten
283/12 Der Vorstand.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kränzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, Mutter, Schwester und Schwägerin
Mathilde Gerchow
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, der Firma Samayll, dem Sparverein „Guten Schoppen“ sowie für die tröstlichen Worte des Herrn Wianoffe und den Sängern unserer innigen Dank.
134/8
Paul Gerchow und Sohn.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim, Bezirk Lichtenberg.
Am 30. April verstarb unser Mitglied, der Genosse
Otto Pfaff
Sonntagstraße 32 (Gruppe 45) im Alter von 66 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Rühlstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
18/1 Die Bezirksleitung.

Küßte früh und fern von seinen Lieben starb im Feldlazarett am 24. April nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter, lieber Vater und einziger Sohn, der Hefenreher
August Weide
im 38. Lebensjahre. 130/1
In tiefer Trauer
Frau Anna Weide, Gehilfenstr. 22, Gertr. und Erich als Kinder.
Ruhe sanft in fremder Erde!

Dankagung.
Sagen hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die uns beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters bewiesene Teilnahme unseren besten Dank.
Witwe Helgis nebst Kindern.
Witesser
Bild, auch die hartnäckigsten, fettigängende, grobporige Haut und sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit fast 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt. 2,75 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.*

Arbeiter Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.
Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 63, Tel. 931.7203.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.
Die
Ordentliche Ausschußsitzung
der Kasse findet am Montag, den 15. Mai 1916, abends 8 Uhr, im Restaurant von Krogusch, Berlin-Pankow, Kreuzstr. 4/5, statt.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Abnahme der Jahresrechnung für 1915 und Bericht des Rechnungsanschaffers.
3. Antrag des Vorstandes auf Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage an die Angestellten der Kasse.
4. Verschiedene Klassenangelegenheiten.
Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden hierdurch zu der Sitzung eingeladen mit dem Bemerken, daß ihnen eine Legitimation noch zugeben wird.
Büchliches Ergötzen ist notwendig.
Der Vorstand. 26/820
Otto Rißmann, Vorsitzender.

Billige Preise!!

Prachtvolle Seides-Setsammelmäntel bester Ersta für Gummi, gestrichelt geschliffen, federleicht, wunderbare Ausführungen, prachtvolle Farben
62.- 54.- 46.- 42.- 40.-
Imprägnierte Staubmäntel aus Wolle und Seide
24.- 40.- 22.- 24.- 12.-
Seiden-Mäntel, kurz u. lang, Tafel, Liberty, Moire, Kammg., dar. Prachtstücke, für starkste Figuren 100.- 75.- 50.- 42.- 35.- 17 1/2.-
Modell-Konfäms hell und dunkel, reizende Aufmachung, (keine Dutzendware), beste Stoffe, feinste Form, (Jugendstücke), weiche, fließende Seide, Tafel, Holländer, Kammgarn.
Herbst für beste Werkstättenarbeit 12.- 10.- 8.- 6.- 4.- 3.- 2.- 1.-
Mehne Loden-Artikel:
Loden-Mäntel 27.- 30.- 15.-
Loden-Pelzina 20.- 15.- 12.-
Loden-Kostüme 42.- 35.- 35.-

Katzenkappe, wunderbare Stoffe, Kammgarn, Popeline, Seide, Glockenschleife, recht wette Formen
62.- 52.- 40.- 32.- 25.- 20.- 15.-
Herrn-Gummimäntel
20.- 20.-
Wunderbare Modell-Kleider Seide, Tafel, Kammgarn und Phantasiestoffe
30.- 22 1/2 18.- 15.- 10.-
Fein Körper (Kostüm) Mäntel mode und grüne Töne, aparte Formen, auch glatte Verarbeitung, Herbst für Herrenarbeit, in allen Lagen, wunderbare Stoffe
25.- 20.- 15.- 12.- 10.- 9.-
Mehne Winter-Angehörtel
Loden-bek. ged. Qual. Nachmittags 100.- 70.- 50.-
Loden-bek. ged. Qual. 100.- 70.- 50.-
Loden-bek. ged. Qual. Uster 62.- 45.- 30.- 15.-

Von jetzt ab: Sonntags 8-10 Uhr geöffnet.
Westmann
I. Geschäft: Mohlenstraße 57a (Kolonnaden)
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Aus Irlands Leidenszeit.

Seit acht Jahrhunderten vergießt Irland, das die Iren selbst Fein (d. i. die weisliche Insel) nennen, sein Blut für seine Freiheit. Als im Jahre 1171 Dermot Mac Murray, Fürst von Leinster, dem Stammherrscher O'Rourke von Meath die Gemahlin geraubt hatte...

Langsam arbeitete man an der Wiederaufrichtung des Landes. Und man glaubte sie nahe, als im Jahre 1780 England alle seine Truppen gegen die amerikanische Revolution verwenden mußte. Irland stiftete eine Freiwilligenmiliz, die bald so mächtig wurde, daß...

Ein Viertel der Bevölkerung Irlands sieht langsam dahin. Ihre einzige Nahrung, die Kartoffel, fehlt von 1846 bis 1851 beinahe ganz. Die Cholera kommt. Die Landstraßen werden zu Viehhäusern, und die Kutsher fahren bei Nacht über Leichen...

Spöttisch, der Feldzug werde von den New Yorker Küchenfeen bezahlt. Der kanadische Plan scheiterte, da die Patrioten von einem Spion verraten und verkauft wurden. Sie verjagten nun, den Aufstand nach England selbst zu tragen...

Immer erbitterter wurde der offene und heimliche Kampf gegen den englischen Bedrücker, als den Iren in Barmen ein neuer O'Connell entstand. „Zahlt nicht Pachtgelder,“ sagte er zu den Bauern; „laßt Euch lieber aus dem Besitz verdrängen...“

Kleines Feuilleton.

Theater des Westens: „Rubinke“.

Der bekannte Friseur- und Dienstmädchen-Roman aus dem bayerischen Viertel von Georg Hermann hat nun auch den Weg auf die Bühne gefunden. Ein Erzähler! mit allem Drum und Dran anheimelnder, oft sogar lyrisch zersiehender Schilderungskunst...

Die gut vorbereitete Aufführung wurde bemerklich durch Arthur Bergen (Rubinke) getragen, dem Erich Kaiser (Fiz), Martha Wittenberg und einige Dienstmädchen-Darstellerinnen wirksam zur Seite standen.

Lustspielhaus: „Brauchbar und Fix“.

Die Autoren dieses Schwanks N. Geyner und M. Vendiner sind Virtuosen der Streckungsstaffel. Einen winzigen Einschnitt, der wohl für ein paar Szenen hätte reichen können, so in die Länge zu walzen, daß er die Stunden eines regulären Theaterabends füllt...

und schießt sich die zweite Kugel vor den Kopf, so daß den nächsten Blut und Gehirn ins Gesicht spritzt.

„Zu gleicher Zeit kamen die Generale, die schon auf dem Weg gewesen und die Schiffe gehört hatten, im Karrierte an. Aber da war alles vorbei. Der Oberst war tot und der Patow rührte auch kein Glied mehr.“

„Am Dienstag rückten wir aus und zogen nach Frankreich.“ Der Alte schwieg, die anderen blieben lange still. „Und die graue Bestie — die Stute?“ fragte endlich schüchtern ein Rekrut; die anderen lachten.

Unter dem Gelächter der Wachmannschaft und selbst des Tambours ruft der Posten heraus. Der Kapitän B. ist da und inspiziert die Wache.

Vom großen Vart.

Es ist Frühling, die Fenster der Wachtstube stehen offen, lustig grünen die Linden, welche den weiten Platz umgeben, die Schwalben schießen spielend durch die klare Höhe. Der Posten vor dem Gewehr steht in der Nähe des Fensters, lässig auf seine Muskete gelehnt. Aug' und Ohr fliegen hin und wieder über den Markt, ob nicht ein Offizier naht, dem er die Honneurs zu machen hat...

Aber er macht sich auch selten, der Alte, und zum erstenmal seit dem Winter haben sie ihn wieder gefast und bitten

bar fährt, ist Inhaber eines mit schweren jüdischen Mitgift und klingenden Adelsstitulaturen handelnden Heiratsbureaus. Hand in Hand mit den besorgten Gläubigern bemüht er sich, ein durch gewaltige Pumpereien die angeborene Roblesse betäubendes Grafenexemplar in den rettenden Hafen der Millionenheirat zu bringen.

Ein jüdischer Arbeiterdichter.

Wie der „Vossischen Zig.“ aus New York geschrieben wird, ist vor einigen Tagen der jüdische Volksdichter J. Bawlschower im Alter von 48 Jahren gestorben. Seine Bedeutung liegt in den zahlreichen Schilderungen aus dem Leben des niederen jüdischen Volkes und in Uebersetzungen, unter denen eine Uebersetzung von Goethes Faust die weiteste Verbreitung gefunden hat.

Das in Warschau erscheinende jüdische Arbeiterblatt „Die Lebensfragen“ widmet dem verstorbenen Dichter folgenden Nachruf:

„Für die Literatur und das gesellschaftliche Leben ist Bowschower schon lange tot gewesen. Seit 1899 war er geistig krank und befand sich in einer psychiatrischen Heilanstalt, verfunken in eine schwere Melancholie.“

Joseph Bowschower wurde im Jahre 1872 in Pjebawitsch, Goub. Mohilew (Rußland) geboren; schon in früher Jugend trat er als Angehender in eine Meißelhandlung ein. Im Jahre 1890 wanderte er nach Amerika aus, wo er zuerst als Landarbeiter und dann als Angestellter in einem Kolonialwarengeschäft seinen Unterhalt fristete.

In seinen Liedern beweist Bowschower die Leiden der Arbeitermassen, die unter dem Joch einer endlosen Ausbeutung seufzen. Viele seiner Lieder wurden wirkliche Volkslieder, die von den Arbeitern gesungen werden. Zum erstenmal erschienen sie in den jüdischen anarchistischen Zeitungen „Arbeiterfreund“ in London und „Freie Arbeiterstimme“ in New York. Einige seiner Lieder überlegte er auch ins Englische. In London erschienen auch zwei kleine Sammlungen seiner Lieder unter dem Titel „Lieder und Gedanken“ und „Lieder und Gedichte“. Viele von seinen Liedern sind auch in die vom jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterbund (in Rußland) herausgegebenen illegalen Wiederansammlungen aufgenommen worden.

Die Furcht vor der Kriegsmüdigkeit.

Die Zensur verbot, so heißt es in „L'Deubre“ vom 24. April, kürzlich die Veröffentlichung von Ansichtskarten, die ganz unanständig eine junge Frau im Bett darstellten, weil die Unterschriften als allzu friedensfreundlich und geeignet erschienen, den Mut der Poilus zu schwächen. Sie lauteten:

- 1. Ich denke an Dich...
2. Und ich kann nicht schlafen...
3. Ich glaube, Deine Schritte auf der Treppe zu hören...
4. Wann kommt dieser Tag des Glücks?...

Das wird gewiß, bemerkt „L'Deubre“, die Kräfte unserer tapferen Soldaten verzechnachen.

Notizen.

Der Kongress für innere Medizin begann am 1. Mai in Warschau seine außerordentliche Tagung.

Wie ein Frontkino aussieht. Eine unserer bedeutendsten Kinofirmen hat unmittelbar hinter der Front eine Lichtbildbühne errichtet. Wie so ein Kino aussieht, kann man einer Schilderung der „Lichtbildbühne“ entnehmen. Ursprünglich war es eine Scheune, dann wurde die Duerwand entfernt, Fenster Scheiben eingeseigt. Die bunten Plakate taeten dann das Uebrige dazu. 300 Stuhlreihen birgt das Kino. Die Logenplätze sind aus Stügen unbrauchbar gewordenen Kraftwagen hergestellt und mit Sandiäden überzogen. Um am Eingang das Tageslicht abzublenden, mußte der Himmel eines französischen Bettes einen Stellungswechsel vornehmen. Die Einnehmungen dieses Frontkinos sind für die Fürsorge für Kriegshinterliebene bestimmt.

nun und drängen, daß er ihnen erzähle, wie damals. Da sieht er, wie gesagt, am offenen Fenster und die Sonnenstrahlen vergolden sein eisgraues Haupt und den Dampf, der reichlich aus der unentbehrlichen Pfeife quillt.

„Reint ihr denn“, sagt er endlich, „man löse die Erzählungen nur so aus dem Kopf herauschütteln, zumal wenn keine mehr da sind? Und muß denn, was vor Zeiten einmal uns neugierig machte und aufhorden ließ und uns in Bewegung setzte, notwendig auch eine Haupt- und Staatsaktion gewesen sein, die nach zwanzig und mehr Jahren immer noch gut zu erzählen und erbaulich anzuhören ist? Freilich hab' ich gehört, daß es Leute gibt, die mir nichts dir nichts eine Geschichte sich ausdenken, und aus einem Zweig sozusagen einen ganzen Baum konjungieren, und wenn ich's recht bedenke, habe ich selbst so einen Hanswurst gekannt und ihm oft genug zugehört. Allein ich selbst bin keiner von der Sorte und frage den Penker nach allen Märgen und Geschichten.“

„Da habt Ihr unrecht“, meinte der Freiwillige. „Müssen wir Jungen nicht wissen, was die vor uns Tüchtigen getan und Wichtiges erlebt haben, um für gleiche Fälle gefast zu sein, um sie desto mehr bewundern und ihnen nacheifern zu können? Wozu müßt die Erfahrung, wenn sie die Jüngeren nicht klüger und tüchtiger macht?“ — „Nacheifern, klüger und tüchtiger machen!“ versteht der Tambour und schüttelt lachend den Kopf. „Bah! nacheifern! Ich sag' Euch, mein guter Herr, damit ist es nun gar nichts. Dem Feigen und Schlechten müßt Ihr so viel erzählen, wie Ihr wollt, er läuft doch davon und ahmt keiner Seele nach; und umgekehrt, der Gute und Brave, wenn er auch im Leben nichts hört von den großen Kriegsläusen und Schlachten und sonstigen Affären, wo's heiß hergeht, der wird doch stehen und doch Kopf und Mut haben. Unsere Leute Anno dreizehn dachten nicht im Schlaf an das, was andere vor ihnen getan, und dennoch schlugen sie sich so gut, wie nur je die besten Truppen.“

„Ja“, ruft der Freiwillige, „das war aber auch eine Zeit, wie sie nicht alle Jahrhunderte einmal wiederkehrt, eine Zeit, deren berausender Duft nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen erfüllte! Daher ist sie auch so einzig, so herrlich über alles! Diese Herzlichkeit, diese brüderliche Freundschaft zwischen den verschiedensten Nationen, das schöne Vertrauen zwischen Fürsten und Büllern — wie groß und herrlich!“

(Fortf. folgt)

Erzählungen eines alten Tambours.

4) Von Edmund Hoefler.

„Erst war alles still, da aber reitet der Patow langsam vor. Das Musikkorps und wir Tambours standen auf dem äußersten rechten Flügel des Regiments, ganz nahe bei den Dragonern, und die ganze Geschichte passierte keine fünfzig Schritte von uns entfernt.“

„Als dahin hatte der Oberst sich ganz still gehalten, weder Mann noch Pferd regte ein Glied. Sobald aber Patow drei Schritt von ihnen hielt, zuckte des Obersten Hand nach dem Säbel, und seine heillose graue Bestie warf den Kopf in die Höhe und ihr Schweif grang wie ein Kreiseln in die Runde, so daß uns allen bei solchem Teufelsputz die Haare zu steigen angingen; denn damals glaubten wir alle noch an des Satans Walten.“

„Die hielten also einander gegenüber, guckten einander in die Augen und schwiegen zuerst. „Nun! he!“ schreit endlich der Oberst, „was will denn der Kaiser? hat er kein Maul?“ — „Ich wollte Ihnen nur anzeigen, Herr Oberst, daß ich mich beim General zu beklagen wünsche über die Unbilligkeit meiner Strafe.“ — „He! was will Er?“ sagt der Oberst verdutzt, denn das hatte seit Menschengedenken keiner gewagt, wenn's schon erlaubt war. „Ich wünsche mich zu beklagen,“ versetzte der andere ganz kalt, „zugleich auch, weil Sie meine ehrliche Geburt beschmutzt haben, die doch reiner und ehrlicher ist als die Ihre.“

„Nun müßt ihr wissen, daß bei uns ein Musketier von des Obersten Gütern stand; der hatte uns von seiner, des Obersten, Mutter, einer galanten Frau, Dinge erzählt, die Patows Aeußerung rechtfertigten oder nicht, gleichviel. Sobald aber der Patow jene Worte gesagt, wird der Oberst so rot wie eine glühende Kohle und schreit: „Wachtmeister, Wachtmeister! hierher mit zwei Mann! Reicht mir den Hund vom Pferde und haut ihn, bis er liegen bleibt!“

„Der Wachtmeister der Leibschwadron reitet denn auch vor, aber bevor er noch zehn Schritte gemacht hat, reißt der Patow die Pistolen aus der Halfter, schreit: „So stirb, Hundsdott!“ und schießt den Obersten vom Gaul. Da stürzt es von allen Seiten heran, der Patow aber ruft: „Platz da!“

Alkoholf. Getränke
Franz Abraham
Frank Meissner- u. Römerstr. 101.
C. 15. Berlin. Tel. Fernsp. Kgl. 13708

Erde-Anlagen
Central-Bad
Anzengruberstr. 25.
Koppenstr. 23.
Diana-Bad
sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 2.
Passage-Bad
Kottbuser Damm 75.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditorien
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.
A. Großhinsky, Boxhagenstr. 27.

Oskar Hauke's Brotbackerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neu-Westend u. Treptow
Geöffnet 1892.

F. Klessowetter, Schönebergstr. 14.
Felix Eynart, Dinnenstr. 4.
G. Meier, Grünbergstr. 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückstr. 24.
Turban
Pflaizen in allen
Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 1.
Otto Wolf, Treptow, Kröhlstr. 18.
Zechow, Gr.-Lichtstr., Chausseest. 124.
Paul Zastrow, Stromstr. 25.

Bandagen, Gummif.
R. Bruke, Stralauer Str. 54.
E. Kraus, Samsbudenstr. 58.
A. E. Lange, Brunnenstr. 164.

Erscheint 2 mal
wöchentlich.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
August Holz
13 Detail-
Geschäfte,
Herm. Kunst, Culmstr. 29

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E. 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram
Cigarrenfabriken
JUHL
250 GESCHÄFTE

J. Neumann
300 Niederlagen
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz, Halleserstr. 24

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bierbrauerei, Bierhandl.
Brauerei Bützow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.

Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel

C. Habels Brauerei
hell - Nabelbräu - dunkel.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg

Trinkt Wanninger Bier!
Spandauerberg-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasstr. 97. Tel. 1251, 1252

Essigfabriken
Timmer-Essig
Überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Conditorei
SAROTTI
Kakao und Schokolade
preiswert
beliebt in jedem Haushalt.

Eisen, Stahl, Waffen, Werke
Carl Jung, Stromstr. 21.
Röhlmann, P. Müllerstr. 15. E. 1253

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh. Herm. Gerbach
Charlottenburg, Bismarckstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik
Willy Gerlach, Petersburgerstr. 21
Otto Kengel, Altes Jakobstr. 22
Lohke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr.

Milch, Butter, Feinwaren
Seheer, Herm., Wilmerd., St. 45

Vester, E. Kottbuser-
Damm 12/13

Herren- u. Knabengard.
J. Baer
Waldstr. 25, Ecke
Prinzen-Allee.
Eckhaus Lindenstr.
Leske & Sipeckel, Schick-Allee 74

Kolonialwaren
Fritz Höber, Schönemannstr. 11.

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwg.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten
Assortiert vorräthig: Espresso
Kaffee, Yee, Kakao
und Schokolade etc.
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann

Mehlmüllereien
Bethke, Georg, Kottbuser-
Str. 64, Wasserstr. 124, Friedrichstr. 21
Treptow, Grün-Str. 14.

Gaige, Otto Charlotten-
burg,
F. Pflingmacher, Colonnadenstr. 48.

F. W. Sichter Wrangelstr. 73
Ecke Cuvrystr.

Kart., Weib., Wolw., Trikol.
Harriann Moyer, Schönewaldstr. 21.

Photogr. Apparate
M. Albrecht 50, Kottbuserstr. 1.
auch Gelogenstr. 10.
Photo-Janssen, Hauptstr. 23.

Untenstehende Geschäfte
empfehlen sich b. Einkäuf.

Molkereien
„Schweizerhof“
Meierei und Milchkanzanstalt.
Endeher Str. 48. u. Tel. II 2553.

Milchmaschinen
Bollmann, L. Gollnowstr. 20
Nähmaschinen

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Gros, Paul, Warscheburgerstr. 56.
Schubert, Carl. Nolln. Borzstr. 143

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Kugo Dingel
40 Filialen in allen Stadtteilen.

Norm. Meyer & Co. Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Or.-Berl.

Underberg
Bismarck-
Semper Idem
anerkannt bester Bitterlikör

Meierei
C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21. Alt-Moabit
Altenteiler und größter
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Schrekwagen
O. Prochnow, Mühlentempelstr. 45

Ubrun u. Zeitwaren
Lehmann, Alb., Franz. Allee 40

Versicherungsges.
„Deutschland“ Berlin
Arbeiter-Versicherung - Selbstver-
sicherungsgesellschaft, Invaliden-
Str. 2.

Wiederholungsvers.
Kackepeter Invalidenstr. 130.
O. Rohlf, Berlin, Kottbuserstr. 13

Original-Schultheiß-Ausschnitt
Alexanderpfl., Rath. Schönebergstr.

Wahldorf
Frau A. Pagen, Kolonnenstr. 10.

Mariadorf
**H. Wagner, Hauptstr. 11, Prenzlauer-
Wald**

Spargel
**Schwarzstein, Berl. Str. 13, Post-
7, W. 100.**

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
8 Uhr: Die grüne Flöte (Ballot).
Vorher: Die Lästigen.

Kammerspiele.
8 1/2 Uhr: Der eingeholt Kranke.
Vorher: Balletts.

Volkshäuser-Theater a. 80lewp.
8 1/2 Uhr: Romeo und Julia.

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
8 1/2 Uhr: Kameraden.

Komodienhaus
8 1/2 Uhr: Der lebende Tag.

Berliner Theat.
8 1/2 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lesing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 1/2 Uhr: Die Troorinnen.
Donnerst: Die gutgeschneitene Ecke.
(Albert Bassermann.)

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Die selige Exzellenz.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
**Ägypten, der Suezkanal
und der Weltkrieg.**
8 Uhr:
Professor Dr. P. Schwahn:
Im eroberten Warschau.

Casino-Theater
Vollbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr.
Theater! Spezialitäten! Sino!
Eingel in Berlin! Ganz billige Preise!
8, 8-9 1/2, 10, 11 Uhr
Die Vogelschenke.
Nur noch wenige Aufführungen.
Sonntag 4 Uhr: Was machst du?

Possen-Theater
Lindenstraße a. d. Friedrichstraße
Täglich 8 1/2 Uhr:
Na so was!
Gannell & Co.
mit Leonhard Haskel
und Siegfried Borisch.

Zentralverband der Stein Arbeiter Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 4. Mai 1916, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.
Tagesordnung: 171/7

1. Bericht vom 1. Quartal. 2. Die von den Arbeit-
gebern abgelehnte Feuerzulage und wie stellen sich
die Kollegen dazu. 3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Kollegen um
recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchtet.
Die Ortsverwaltung. & U.: Otto Hirte.

Abgehälter nageleuere Boh-
rungsarbeiten für jeden anwen-
dlichen Zweck. Kottbuserstr. 87.
vorm II rechts (geradlinig). Näherer
gewiss. 143/11*

Fahrräder.
Trommsdorfer Herrenfah-
rräder 65,00, Damenrad mit
erhaltenen 18,00-35,00. Müller,
Weinmeisterstr. 4 (W. 143/12*

Kaufgesuche.
Metall-Einkaufsbureau, Berliner
Weg 66, kauft alle Metalle höchst
zählend. 6065*

Fahrradverkauf Vintenstr. 10.
Platinabfälle, Gramin bis 8,50
kaut Romantisch, Seidelstr. 30a

Jahrgeld: Braungold: Silber-
schaden, Wollstapf, amilische Metalle
höchstzählend. Schneize Stralander,
Rosenstr. 20 a (gegenüber
Rantentempelstr. 11) 111/12*

Jahrgeld: Braungold, Silber-
schaden, Platinabfälle, Zin, Plat,
Duedler, Glühstrumpf, sehr
höchstzählend. Metallwerke Lohn,
Drumstr. 25 und Neudamm,
Verlinerstr. 76. 111/12*

Fahrradfabrik Roberstr. 42.*

Platin, Goldschm., Silber,
Jahrgeld, Wollstapf, amilische Metalle
höchstzählend. Platinabfälle, Zin,
Duedler, Glühstrumpf, sehr
höchstzählend. Metallwerke Lohn,
Drumstr. 25 und Neudamm,
Verlinerstr. 76. 111/12*

Theater für Mittwoch, den 3. Mai.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Figaros Hochzeit.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 1/2 Uhr: Das Dreimäderhaus.

Kleines Theater.
8 1/2 Uhr: Logierbesuch.

Komische Oper.
8 1/2 Uhr: Der Favorit. Operetten-
neuheit.

Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Brauchbar & Flx.

Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria
Therisia).

Montis Operetten-Theater
8 1/2 Uhr: Der selige Balduin

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Loge No. 7 mit Henry
Bender.

Schiller-Theater O.
8 Uhr: Die heitere Residenz.

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Ultimo.

Thalia-Theater.
8 1/2 Uhr: Blondinchen.

Theater am Nollendorfpf.
8.40 Uhr: Immer feste druff!

Theater des Westens
8 1/2 Uhr: Kubinke.

Tranon-Theater.
8 Uhr: Tante Tus'chen.

Admiralspalast.
Das neue Eisballett
Frau Fantasie.
8 1/2, 9 Uhr. 2, 3, 4 H.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass, schick, dauerh. Zusatzen
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Nene Promenade 8, J.I. (Stadtbörse)

Sozialdemokr. Wahlverein für Charlottenburg
Donnerstag, den 4. Mai 1916, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Volkshaus, Rosenstr. 4.
Tagesordnung: 250/10

1. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalsversammlung.
2. Anträge zu derselben.
Das Mitgliederbuch legitimiert, ohne Mitgliederbuch kein Einlass.
Um zahlreiches Besuch bitten
Der Vorstand.

Abessinier
billig.
Köchlin & Co.,
Wte Jakobstr. 20/22.

Verkäufe.
Zellich-Thomas, Oranienstr. 44
hochbillig farbige Teppiche,
Gardinen, Vorhängen 5 Prozent
Ertragsabatt. 810*

Wandteppiche Hermannstr. 8.
Hedermanns Kaufgelegenheit. Grobes
Teppichplage, Gardinenlager, Wände-
lager, Seitenlager, Lädenlager, Gold-
schaden, Kleinauswahl Herrenanzüge,
Herrenpaletots, Herrenhosen.

Teppiche mit keinem Fehler, sehr
billig, Gardinen, Vorhänge, Stepp-
decken, Köchden, Divandecken, sehr
billig, Vorhängeliege 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Bräun, Dodelerstr.
Markt 4 (Bahnhof Brje). Sonntags
geöffnet. 254/3*

Stannenerregend! Betteneinrichtung
Frachtheppiche, Gardinenauswahl,
Anschaffungspreise. Köchden, Stepp-
decken, Divandecken, Herrengarderobe.
Überverkauf, Sammelwaren, Sport-
preise! Leihhaus Röhrenstr. 7.

Alle Arten Betten zu sehr billigen
festen Preisen. Maßweise Pfund
70 Uf. Alle Tage zu haben bei
Guttfeld, Potsdamerstr. 40. Brot-
kasten mitbringen.

**Kronenanzüge und Sommer-
paletots** von 10 Mark sowie Hosen von
4,00, Gebrochungsge von 12,00,
Rack von 2,50, sowie für forbulente
Figuren. Neue Garderobe zu freiem
billigen Preisen, aus Wollstoffen ver-
fertigte Sachen kauft man am billigsten
bei Koh, Nollendorfpf. 14.

Knapphantwagen, Teilzahlung
Kinderwagen, Kinderbetten, Richardl.
Häuserstr. 60. 179/8*

Frachtpolstermöbel, hübsche
Sportwagen, Kofferstücke, Kloden-
röde, Rahmenmöbel, imprägnierte
Seidenmatten, Gummimattchen, direkt
aus den Fabriken. Meyer, Säcker-
str. 13, L. Rein Laden, Sonntag
geöffnet.

Vorjährige elegante Herrenanzüge
Paletots und Ullter aus feinsten
Stoffen 30-60 Mark, Hosen 6-18 Uf.
Jünglings-, Knaben-Anzüge sehr
preiswert. Verlagsbuchhandlung
Unter den Linden 21. 52*

Waschlösche, Markt 4, Markt 5,
große Auswahl, Verkauf 3-8. Kur-
löhn, Boddinstr. 81. 644*

Kinderwagen, gut erhalten, billig.
Hahn, Kreuzbergstr. 4, Seiten-
flügel pariere. 643*

Walhalla-Theater.
Mittwoch, den 3. Mai, abends 8 Uhr:
Alwin Neuß
a. G.
Die goldene Eva.

Rose-Theater.
8 Uhr: Gri gri.
Sonntag 3 Uhr: Die Fäbrster-Christl.

Strois Risch
Anfang 8 1/2 Uhr
? Airä !!
Ein Wunder d. Geheilmissenschaft
Näherdem täglich: Die tollesten
Hai-Schlager!
Ein Zirkus- und Varieté-
Programm sonderglichen.
U. a.: Sturzflügel von
50 Pfund, vorgeführt v. Hel
Adele Althoff.
2 Roggen, Riegel-Balanceact.
13 Luft-Feen!
10 Uhr Genormime „Ostern“.
Kleine Sommerpreise (Mont-
tag bis Freitag) Vog. 2.80; Barcl.
2.40; Ball. 1.90; 1. Prg. 1.40;
2. Prg. 1.20; 3. Prg. 1.00;
Gal. 40 Uf. Militär u. Kinder
(außer Galerie) halbe Preise!

Wanderbücher
in die Umgebung
von Berlin, ebenso
Wanderkarten
zu herabgesetzten
Preisen sind vor-
handen in der
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68 :: Lindenstrasse 3

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. A. Sahnisch, Adersstr. 174.

O. Karl Welle, Veitersburger Platz 4. N. Wengels, Maruststr. 36.
O. 2. Jucht, Ammannstr. 12.
N. H. Wolgast, Reihstr. 8. G. Rischer, Bastianstr. 6.
Karl Mars, Giesenerstr. 22. J. Pönisch, Müllerstr. 31a.
G. Vogel, Poyngstr. 37. J.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48.
SW. G. Schmidt, Fürwalderstr. 42.
S. St. Brin, Grünstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lauffer Weg 14/15. P. Horich, Engelauer 15.
Adlershof, Karl Schwarze, Bismarckstr. 28.
Baumschulweg, G. Hornig, Marienbader Str. 13, L.
Borsigwalde, Pant Kienast, Rinderstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Zahnberg, Eselsteiner Str. 1.
Friedrichshagen, Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Max Goussier, Parkstr. 23.
Karlshorst, Hermann Biling, Dönhofferstr. 23.
Köpenick, Emil Richter, Kieperstr. 6. Laden.
Lichtenberg 1, Cito Reitel, Gartenbergr. 1.
Lichtenberg II, A. Rosenkrantz, Alt-Bogdanz 56.
Neukölln, W. Heinrich, Redarstr. 2. G. Röhr, Siegfried-
str. 28/29.
Nieder-Schöneweide, Wlf. Harub, Brückenstr. 10.
Nowawes, Karl Grobner, Gliedendammstr. 10.
Ober-Schöneweide, Alfred Haber, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
Pankow, Cito Kihmann, Nollendorfpf. 30.
Reinickendorf, P. Geric, Poyngstr. 56, Laden.
Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Reiningen Str. 9 im Laden.
Spandau, Schmuckmacher, Dettlichstr. 64.
Steglitz, G. Bernice, Allee 5.
Tempelhof, Joh. Krahn, Dönhofferstr. 62.
Treptow, Robert Gramenz, Kiebolterstr. 412, Laden.
Weißensee, Gustav Rostopf, Berliner Allee 11.
Wilmerdorf, Paul Schubert, Gültensaustr. 27.

WINTER GARTEN
Mai-Spielplan!

Arizonda
das Mädchen
mit den
Schicksals-
Augen
Varieté-
Operette in
2 Bildern von
Gilbert

Clotilde
von Derp
Tänzerin
Johnson und
Johnson
Birkendör
Kromo
Paul Jülich
Wilma
Kino

Voigt-Theater.
Badstr. 56. Badstr. 58.
Mittwoch, den 3. Mai:
Sorbeerbaum und Bettelstab.
Schauspiel in 3 Akt. u. einem Nachspiel:
Bettelstab und Sorbeerbaum
von Holtei.
Ressöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2, u. 8 U.
Wieder-Auftreten
Robert
STEIDL
mit seinen neuesten Vorträgen
und das große
Hai-Programm!

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Ein Malen-Spuk.“
Studentenbild
von Heigl.
Anfang 8 Uhr
für Militärper-
sonen freie
Eintritt zu den
Stell. Sängern.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Wein-Terrasse!
Großes Konzert
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist
Franz v. Bion.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 5. Mai cr.: Wohltätigkeits-Konzert zum Besten
der Kriegswohlfahrtspflege der Kaiserlichen Marine.

Unterricht.
Klavierkurs. Ermäßigten
Schneidmethode, Komposition 3-4,
Klavierübungen frei. Klavierschule
Oranienstr. 63 (Wohlfühl).

Teilnehmer an einem englischen
Hiel für Anfänger werden gesucht,
ebenfalls für Konversationszwecke. Preis
monatlich 4 Mark (4 Stunden
wöchentlich). Privatstunden billig.
G. Schmitz, Charlottenburg, Stati-
gartplatz 9, Gartenhaus IV. 11*

Verschiedenes.
Barentswaalf Rätter, Göttinger-
str. 16.

Vermietungen.
Zimmer.
Engelauer 19, möbliertes Vorder-
zimmer, sofort vermietbar, 18.-
Strauß. 7439

Arbeitsmarkt.
Schlosser auf Militärarbeit ver-
langt Ed. Vais, Tempelhof. 592*

Korbmacher sofort gesucht. Max,
Savignypfad 5. 779

Tüchtige Lehrenbauer
auf harte Lehren werden sofort ver-
langt.

Ehrich & Graetz, Berlin SO.,
Glienstraße 90/94.
Tüchtige
Werkzeughobler
werden sofort verlangt.

Ehrich & Graetz, Berlin SO.,
Glienstraße 90/94.
Werkzeugdrehler
auf Befehl gesucht. 143/15